Materialien zur Friedenserziehung

Beispiele

Praxis

www.volksbund.de

Pädagogische Handreichung – Arbeit für den Frieden

Nachkriegsjahre

1945–1949

Pädagogische Handreichung
von Erich und Hildegard Bulitta

Landesverband Bayern
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

Chronik 1945 – 1949 4

8. Mai 1945: Ende des Krieges – Kapitulation Deutschlands 9
Erinnerungen an das Kriegsende – Ein Soldat erlebt das Kriegsende 10
Was bedeutet der 8. Mai 1945 für Deutschland? 11
Kriegsende in anderen Ländern 12
Der 8. Mai 1945 in Großbritannien – Der 8. Mai 1945 in den USA – Der 8. Mai 1945 in Frankreich –
Der 8. Mai 1945 in Polen – Der 9. Mai 1945 in Russland / 60 Jahre danach

Bilanz des Zweiten Weltkrieges 15
Deutschland nach dem Krieg: Fakten und Zahlen

1945: Wiederbeginn der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. 16
Die Aufgaben des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nach Kriegsende – Bayerische Verbandsgeschichte nach 1945
– Der Volksbund als Mittler des Aussöhnungsprozesses – Beginn seiner Jugendarbeit

Das politische Leben beginnt 18
Die Berliner Deklaration – Der Alliierte Kontrollrat – Die Potsdamer Konferenz – Demilitarisierung –
Denazifizierung – Dekartellisierung – Umerziehung – Die Oder-Neiße-Linie
Die vier Besatzungszonen: Die amerikanische Besatzungszone – Die britische Besatzungszone – 21
Die französische Besatzungszone – Die sowjetische Besatzungszone – Einschränkung der Bewegungsfreiheit

Nachkriegsalltag 24
Die tägliche Not am Ende des Krieges: Wohnungsnot – Hungersnot – Der „Hungerwinter" 1946/47 –
Versorgung auf dem Land – Ein begehrtes Nahrungsmittel: Zuckerrüben – Die CARE-Pakete –
Der Schwarzmarkt – Hamsterfahrten: „fringsen" gehen – Benzinklau – Die Trümmerfrauen –
Trümmerfrauen in Würzburg
Nachkriegskinder: Getrennte Familien – Von Mutter und Vater getrennt – Getrennte Kinder – 33
Die vaterlose Generation
Alltagsleben: Spielen: Not macht erfinderisch – Fundmunition – Selbstgemachte Kleider – 35
Wäschewaschen – Baden
Begegnung mit den Fremden: Aus Feinden werden Freunde – Geschenke von GIs – 37
Amerikahäuser als Begegnungsstätten
Die Schule beginnt wieder: Schulalltag – Schwierigkeiten im Alltag eines Gymnasiums – Querschnitt 39
durch eine Münchner Volksschulklasse – Schulspeisung
Neubeginn des öffentlich-kulturellen Lebens: Literatur – Gruppe 47 – Trümmerliteratur – Film – Musik 42

Kriegsfolgen 44
Kriegsversehrte – Flucht und Vertreibung: Zwölf Millionen Deutsche verlieren die Heimat –
Zerrissene Familien: Arbeit der Suchdienste – Suche auch heute noch – Displaced Persons – Kriegsgefangene –
Friedland: Synonym für ein neues Leben

Wege zur Demokratie in Deutschland 52
Die Nürnberger Prozesse – Flucht aus der Verantwortung – Die Truman-Doktrin – Reparationsleistungen –
Der Marshall-Plan – Währungsreform – Aufbau der Verwaltung – Erste Wahlen – Entstehung der beiden
deutschen Staaten – Berlin-Blockade – Luftbrücke nach West-Berlin – Das Ende der Blockade – Notopfer Berlin –
Der Parlamentarische Rat – Das Grundgesetz – Konrad Adenauer – Grundgesetz und Weimarer Verfassung

Literaturverzeichnis 62

Nachkriegsjahre 1945–1949

8. Mai 1945: Deutschland kapitulierte – bedingungslos. Nach sechs Jahren Krieg war Deutschland geschlagen, moralisch und materiell am Ende. Europa lag in Trümmern, die Infrastruktur in vielen Ländern war zerstört. 55 Millionen Tote waren zu beklagen. Millionen Verletzte, Invaliden, Witwen und Waisen, zerrissene Familien, Ausgebombte, Lagerhäftlinge, Kriegsgefangene, Flüchtlinge und Vertriebene waren die Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Die Auswirkungen des furchtbarsten Krieges der Geschichte sind auch 60 Jahre danach immer noch zu spüren. Die Erinnerung an diesen unmenschlichen Krieg ist bei den Zeitzeugen bis heute nicht erloschen.

Der 8. Mai besiegelte neben dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch das Ende der Diktatur des Nationalsozialismus in Europa. Aber die Not und das Sterben waren damit noch nicht zu Ende. Auch nach dem Krieg gab es viele Opfer zu beklagen: viele Flüchtlinge, KZ-Häftlinge, Verwundete, Kriegsgefangene und die so genannten „Displaced Persons“ (= DPs) starben an den Folgen des Krieges. Dieser 8. Mai 1945 war aber gleichzeitig auch die Chance für einen Neuanfang in Deutschland, Europa und der Welt.

Am 8. Mai 2005 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 60. Mal. Aus diesem Grund hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, LV Bayern, ein Preisausschreiben mit dem Thema: „Spurensuche … 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges“ ausgeschrieben. Dieses Preisausschreiben war Anlass, die Handreichung „Nachkriegsjahre 1945–1949“ zu schreiben. Sie beschäftigt sich mit der Zeit von 1945 bis zur Unterzeichnung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949.

„Was geht mich das heute noch an?“, mag sich mancher fragen. Aber: Ein Heute ohne ein Gestern gibt es nicht! Bundespräsident Köhler stellte in diesem Zusammenhang in seiner Ansprache anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes fest: „Es gibt keinen Schlussstrich.“

Noch immer werden heute alleine in Deutschland 1,3 Millionen Menschen vermisst. Niemand weiß, was aus ihnen geworden ist. Noch immer wissen viele Angehörige nicht, wo der Mann, Vater, Sohn oder Bruder im Krieg gefallen ist und warten auf eine Nachricht, wo er zu finden ist. Die Suchdienste und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge haben immer noch sehr viel Arbeit vor sich, gerade nach Öffnung der Archive in Russland. Jedes Jahr birgt der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge viele Gebeine von deutschen Soldaten und gibt den Toten eine menschenwürdige letzte Ruhestätte und damit ihren Namen zurück. So wurden vom Volksbund auf den Soldatenfriedhöfen in Osteuropa bis jetzt über 450 000 Soldaten bestattet, in Rossoschka bei Stalingrad (Wolgograd) alleine ca. 52 000, und es kommen täglich neue Särge dazu. Die Zeit drängt, da die letzten Zeitzeugen sich ihrem eigenen Lebensende nähern und viele Angehörige endlich von der Last der Ungewissheit befreit werden wollen. Sie wollen Gewissheit haben, welches Schicksal ihre Angehörigen erlitten haben.

Vor allem die junge Generation kennt viele Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit nur vom Hörensagen bzw. aus den Medien. Viele junge Menschen gehen deshalb verstärkt auf Spurensuche und suchen in der Ortschronik, in Geschichtsbüchern oder in der Literatur oder befragen Zeitzeugen. Gerade Letztere sind es, die den Krieg, die Not und die Angst dieser schlimmen Zeit aus erster Hand jungen Menschen vermitteln können. So kommt es zu einem Gespräch zwischen der „sprachlosen bzw. traumatisierten Generation“ – der Generation, die den Krieg und seine Auswirkungen unmittelbar erlebt hat – und der „fragenden Generation“ – der heutigen Generation –, die wissen, will, wie es „damals“ war und was die Eltern und Großeltern erlebt haben. Beide Seiten können dadurch voneinander lernen.

Für wichtig erachten wir auch die Spurensuche auf dem Ortsfriedhof und auf den vielen Kriegsgräberstätten, die vom Volksbund angelegt und unterhalten werden. So kann die heutige Generation die Auswirkungen von Krieg und Gewalt sehen und erfahren, dass damals auch viele junge Menschen gestorben sind und keine Chancen auf eine Zukunft hatten.

Nach über 60 Jahren soll diese Handreichung Anregung sein, sich mit der damaligen Zeit zu beschäftigen. Neben den geschichtlichen Ereignissen zeigt sie an vielen persönlichen Erinnerungen die Not und das Leiden der Zivilbevölkerung. Dabei kommt es uns darauf an, geschichtliche Ereignisse durch Schicksale und Beispiele auch (nach)erlebbar zu machen. Die Einsendungen zum Preisausschreiben haben uns dazu Material geliefert.

Das vorliegende Heft vermittelt auch die wichtige Rolle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die dieser gerade nach dem Zweiten Weltkrieg eingenommen hat. Durch seine Arbeit baut er Vorurteile ab, tritt ein für die Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern und arbeitet für den Frieden. „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“ ist sein Motto, für das sich immer mehr junge Menschen engagieren.

Die einzelnen Bereiche der Handreichung sollen Lehrer und Schüler dazu anregen, sich mit den Themen Krieg, Kriegsende und Neuanfang in Deutschland zu beschäftigen und selbst Quellen zu erforschen. Das vorliegende Heft soll dabei Hilfe sein.

Wir sind uns bewusst, dass jeder Zeitzeuge diese Jahre individuell und subjektiv anders erlebt hat. Außerdem erhebt die Handreichung keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Eine pädagogische Handreichung mit einem solch umfassenden Themenbereich muss notwendigerweise lückenhaft bleiben. Wir mussten deshalb inhaltlich eine Auswahl treffen und haben daher Schwerpunkte gesetzt, von denen wir glauben, dass sie vor allem für Schüler und Lehrer interessant sein könnten.

Erich und Hildegard Bulitta

Chronik 1945

1. 1.	Neujahrsansprache Hitlers – Unternehmen „Bodenplatte“, letzte Großoffensive im Westen
12. 1.	Beginn mehrerer russischer Großoffensiven im Osten gegen Berlin – **Massenflucht** und **Vertreibung** von Deutschen aus den deutschen Ostprovinzen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern beginnen: Von 16,6 Millionen Deutschen, die dort gelebt haben, sterben über zwei Millionen Menschen. Bis 1950 finden rund zwölf Millionen Menschen Aufnahme im Gebiet westlich der Oder-Neiße-Linie
27. 1.	Die **Rote Armee** befreit das **Konzentrationslager Auschwitz** – Beginn der **Todesmärsche** und **Befreiung** der **KZs** in Deutschland bis Ende April
30. 1.	Letzte Rundfunkansprache Hitlers. Er ruft zum „Endsieg“ auf und verweist auf den Einsatz von „Wunderwaffen“ – Die mit Flüchtlingen überfüllte „Wilhelm Gustloff“ sinkt vor der pommerschen Küste: über 5200 Tote
4.–12. 2.	Beginn der **Konferenz von Jalta** mit Franklin D. Roosevelt (USA), Winston S. Churchill (Großbritannien) und Josef Stalin (UdSSR). Die Regierungschefs beraten über die Gestaltung der Nachkriegszeit und Aufteilung Deutschlands. Zudem wird besprochen, wie der Krieg in Asien schnell zu beenden ist
13./14. 2.	Nach **Luftangriffen auf Berlin** am 3. Februar mit 22 000 Toten bombardieren die Alliierten Dresden: ca. 35 000 Tote
15. 2.	Die britische Armee erreicht den Rhein. Am 2. März erreicht auch die US-Armee den Rhein
26. 2.	Erlass Himmlers zur Errichtung von „Sonderstandgerichten“
5. 3.	**Einberufung aller Jungen** des Jahrgangs 1929 (16-Jährige!) zum **Kriegsdienst**
7. 3.	Eroberung der Rheinbrücke von Remagen durch US-Streitkräfte
10. 3.	**Luftangriff auf Tokio:** ca. 80 000 Tote; 20 km² der Stadt stehen in Flammen
16./17. 3.	Bombardierung der Städte Würzburg und Nürnberg
19. 3.	Hitlers Befehl „Verbrannte Erde“ („Nero“-Befehl), nach dem alle Industrie- und Versorgungseinrichtungen vor dem Rückzug zu sprengen sind
22. 3.	**Rheinüberquerung der alliierten Truppen** bei Oppenheim
12. 4.	Plötzlicher Tod des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Sein Nachfolger Harry S. Truman übernimmt die Amtsgeschäfte der Regierung
16. 4.	Beginn der sowjetischen Berlin-Offensive
18./19. 4.	Letzter alliierter Luftangriff auf Berlin
23. 4.	Hitler enthebt Göring seiner Ämter
25. 4.	Berlin ist fest eingeschlossen. Amerikanische und sowjetische Truppen treffen sich bei Torgau an der Elbe
28. 4.	Der italienische Diktator Benito Mussolini wird von Partisanen erschossen
30. 4.	Adolf **Hitler** begeht zusammen mit Eva Braun, die er zuvor geheiratet hat, im Bunker der Reichskanzlei in Berlin **Selbstmord** – Die 7. US-Armee besetzt München
1. 5.	Bekanntgabe von Hitlers Tod durch Admiral Dönitz im Rundfunk
2. 5.	Die Rote Armee erobert Berlin. Ende der Kämpfe in Berlin
4. 5.	Kapitulation der deutschen Teilstreitkräfte in den Niederlanden, Nordwestdeutschland und Dänemark
7. 5.	2.41 Uhr: Unterzeichnung der **bedingungslosen Kapitulation** der deutschen Wehrmacht in Reims vor General Dwight D. Eisenhower. Diese tritt am 8. Mai um 23.01 Uhr in Kraft
8. 5.	**Unterzeichnung** (Wiederholung) der bedingungslosen **Kapitulation** durch den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, im russischen Hauptquartier in Karlshorst. Die Einstellung aller Kampfhandlungen wird auf den 8. Mai um 23.01 Uhr festgelegt und gilt für alle deutschen Truppen
23. 5.	Gefangennahme der Regierung Dönitz – Selbstmord Himmlers
5. 6.	Die **Besatzungsmächte** übernehmen in Deutschland die **Machtausübung**. Deutschland wird in vier Zonen, die Reichshauptstadt Berlin in vier Sektoren aufgeteilt
16. 7.	Erste Zündung einer **Atombombe** in der Wüste von New Mexiko (USA)
17. 7.–2. 8.	**Potsdamer Konferenz** mit Truman, Churchill und Stalin: Beratung über die Neuordnung Deutschlands
6. 8.	**Atombombenabwurf über Hiroshima:** mehr als 100 000 Tote – Zehntausende sterben noch viele Jahre später an den Folgen der radioaktiven Strahlung – Damit beginnt ein neues Zeitalter: das Atomzeitalter
9. 8.	**Atombombenabwurf über Nagasaki:** 36 000 Menschen sterben
2. 9.	Mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch Japan **endet der Zweite Weltkrieg auch in Asien** – In Deutschland herrschen bei völliger Zerstörung fast aller größeren Städte wirtschaftliches Chaos, Hunger, Elend und Verzweiflung
14. 11.	Der **Nürnberger Kriegsverbrecherprozess** wird eröffnet

Chronik 1946

10. 1.	Die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) wird in London eröffnet
12. 1.	Der Alliierte Kontrollrat einigt sich auf eine gemeinsame **Entnazifizierungsdirektive**
14. 1.	Im **Pariser Abkommen** einigen sich die Vertreter von 18 Staaten über die Reparationsleistungen Deutschlands an die Siegermächte
20. 1.	**Erste freie deutsche Wahlen** seit 1933 in der amerikanischen Besatzungszone (Gemeindewahlen)
14. 2.	Der Alliierte Kontrollrat genehmigt die Wiederaufnahme des Postverkehrs zwischen Deutschland und dem Ausland
15. 2.	**Gründung des Zonenbeirats** der britischen Besatzungszone aus Vertretern von Parteien, Verwaltung und Gewerkschaften. Der Zonenbeirat berät die Militärregierung „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“
26. 2.–1. 3.	Konrad Adenauer wird zum Vorsitzenden der CDU in der britischen Besatzungszone gewählt
5. 3.	Das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ in der amerikanischen Besatzungszone überträgt die Entnazifizierung deutschen Spruchkammern
1. 4.	Die deutschen Gerichte nehmen ihre Arbeit wieder auf
10. 4.	In Oldenburg treffen sich die ersten vom Krieg verstreuten **Mitarbeiter des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge** und errichten eine erste noch provisorische Geschäftsstelle. Am 10. 4. erhält der Volksbund von der britischen Militärregierung eine generelle Arbeitsgenehmigung für die gesamte britische Zone: „Dieser Organisation wird die Erlaubnis gegeben, innerhalb der britischen Zone zu arbeiten. [...] Diese Erlaubnis ist folgenden Bedingungen unterworfen: Die Arbeit dieser Ausschüsse wird beschränkt auf die Identifizierung der Gräber, auf die Errichtung einfacher Einzelkreuze oder Tafeln und auf die Unterhaltung der Gräber und Friedhöfe. [...]“
10. 4.	Der Alliierte Kontrollrat erlaubt die Bildung von Betriebsräten in ganz Deutschland
18. 4.	Beschluss der Auflösung des Völkerbundes. Übertragung der Aufgaben an die Vereinten Nationen (UNO) – Eröffnung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag
21. 4.	**Gründung der SED** (= Sozialistische Einheitspartei Deutschland) in Berlin
13. 5.	Befehl der alliierten Militärregierung, nationalsozialistische Denkmäler zu zerstören, Museen aufzulösen und Bücher mit nationalsozialistischem Gedankengut aus öffentlichen Bibliotheken sowie Buchhandlungen abzuliefern
25. 5.	Einstellung der Reparationslieferungen aus der amerikanischen Besatzungszone an die Sowjetunion
6. 6.	Die amerikanische Militärregierung unterzeichnet einen Vertrag mit der US-Hilfsorganisation „**C**ooperative for **A**merican **R**emittances to **E**urope“ (**CARE**), um die deutsche Zivilbevölkerung zu unterstützen und die tägliche Not zu mildern
30. 6.	**Wahlen** zu den verfassunggebenden Landesversammlungen in der **amerikanischen Besatzungszone** – Einführung des Interzonenpasses, mit dem Deutsche über die Besatzungsgrenzen hinaus reisen dürfen – Die USA zünden über dem Bikini-Atoll einen Nuklearsprengsatz und starten damit ihr Atomtestprogramm
22. 7.	Die ersten deutschen Soldaten kehren aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück
23. 8.	Bildung der Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein durch die britische Militärregierung
30. 8.	Bildung des Landes Rheinland-Pfalz aus dem Zusammenschluss der Pfalz, Teilen der Provinz Hessen-Nassau und dem linksrheinischen Teil Hessens durch die französische Besatzungsmacht
5. 9.	In Berlin nimmt der „**R**undfunk **i**m **a**merikanischen **S**ektor“ (RIAS) seinen Sendebetrieb auf
6. 9.	US-Außenminister James F. Byrnes legt in seiner „Stuttgarter Rede“ die Grundsätze der Besatzungspolitik der Vereinigten Staaten in Deutschland dar und leitet damit eine positive Wende in den deutsch-amerikanischen Beziehungen ein
1. 10.	Urteilsverkündung in den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozessen
17. 10.	In Bayern beginnt die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge: Am 17. Oktober bescheinigt das Bayerische Staatsministerium des Innern dem Volksbund-Landesverband Bayern den Bedarf an 150 000 Karten zur Anlegung einer Kriegsgräberkartei
20. 10.	Landtagswahlen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) – Letzte gemeinsame Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Groß-Berlin
29. 10.	Erste Nachkriegs-Volkszählung in den vier Besatzungszonen Deutschlands. Dabei werden 65,9 Millionen Einwohner erfasst, darunter 36,6 Millionen Frauen und 29,3 Millionen Männer einschließlich 9,7 Millionen Vertriebene
1. 11.	Bildung des Landes Niedersachsen durch Zusammenschluss der Länder Hannover, Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Oldenburg
28. 11.	Aufstellung der „Deutschen Grenzpolizei“ auf Weisung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)
1. 12.	Die bayerischen Landtagswahlen sind verbunden mit einem Volksentscheid über die Annahme der neuen **bayerischen Verfassung**, die am 8.12. in Kraft tritt
22. 12.	Wirtschaftlicher Anschluss des Saarlandes an Frankreich
ab 1946	Von 1946 bis 1961 wandern 780 000 Deutsche aus. In Bayern erreicht die Emigration 1952 ihren Höhepunkt mit 11 000 Auswanderern. Bevorzugte Ziele sind neben der USA vor allem Kanada und Australien. Viele deutsche Frauen folgen ihren amerikanischen Ehemännern in die Staaten

Chronik 1947

1. 1.	Wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zur **Bizone**
11. 1.	Das bayerische Innenministerium stellt an die US-Militärregierung in Bayern den Antrag, dem Volksbund offiziell die Arbeitsaufnahme zu gestatten. Dies wird am 4. September unter Auflagen genehmigt. Der Volksbund nimmt Kontakt mit dem amtlichen italienischen Gräberdienst auf
21. 1.	Endgültige Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen unter Einschluss von Lippe-Detmold
23. 1.	Bremen wird amerikanische Besatzungszone (ursprünglich britische Besatzungszone)
10. 2.	Unterzeichnung von Friedensverträgen in Paris zwischen den Siegermächten und den europäischen Kriegsverbündeten Deutschlands: Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn
25. 2.	Formelle Auflösung des Landes Preußen als „Träger des Militarismus und der Reaktion“ durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46
1. 3.	Aufruf der SED zu einem Volksentscheid für die Einheit Deutschlands
4. 3.	Abschluss des französisch-britischen Beistands- und Bündnispaktes
10. 3.–24. 4.	5. Außenministerkonferenz der vier Siegermächte in Moskau: Auf Empfehlung der Außenminister wird ab dem 27. 4. die weitere Durchführung der Entnazifizierung Deutschland übertragen
12. 3.	Verkündung der „**Truman-Doktrin**“ zur Eindämmung der kommunistischen Gefahr
26. 3.	Der US-Präsident plädiert nach einer Reise durch Deutschland für eine Aufhebung der wirtschaftlichen Einschränkungen und für eine Neuorientierung der Deutschlandpolitik
18. 4.	Britische Marineeinheiten sprengen auf Helgoland militärische Befestigungsanlagen und den Hafen der Insel. Die erwartete vollständige Zerstörung der Insel findet jedoch nicht statt
20. 4.	Erste Landtagswahlen in der britischen Besatzungszone
18. 5.	Landtagswahlen in der französischen Besatzungszone und gleichzeitige Volksabstimmung über die Verfassung, mit Ausnahme des Saarlandes
23. 5.	Nach einer Mitteilung des französischen Ministeriums für Kriegsopfer und Angelegenheiten der Kriegsteilnehmer wurden während des Zweiten Weltkrieges 620 000 Franzosen getötet
5. 6.	US-Außenminister George C. Marshall fordert in einer Rede an der Harvard-Universität ein wirtschaftliches Aufbauprogramm für Europa und die Einbeziehung Deutschlands auf der Basis gegenseitiger Hilfe und Hilfestellung durch die USA. Dieses **E**uropean **R**ecovery **P**rogram (ERP) wird als so genannter **Marshall-Plan** bekannt
6. 6.	Im Durchgangslager Friedland (Kreis Göttingen) trifft der erste Transport ehemaliger Rotkreuzschwestern ein, die sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befunden hatten
6.–8. 6.	Ministerpräsidentenkonferenz in München. Vorzeitige Abreise der Ministerpräsidenten-Delegation aus der sowjetischen Besatzungszone
9. 6.	Im Saarland wird an Stelle der Reichsmark die Saarmark eingeführt. Der Umtausch beginnt am 15. Juni
10. 6.	Einrichtung des Wirtschaftsrates der Bizone und Schaffung einer Zentralverwaltung mit Sitz in Frankfurt/Main
16. 6.	Einrichtung des Wirtschaftsrates der Bizone mit Sitz in Frankfurt durch die Besatzungsmächte Großbritannien und USA. Das Wirtschaftsgebiet der Bizone wird am Marshall-Plan beteiligt
12. 7.–22. 9.	Konferenz von 16 europäischen Staaten in Paris über den Marshall-Plan. Die Sowjetunion hat bereits die Teilnahme am Marshall-Plan für sich und andere Ostblockstaaten abgelehnt
23. 7.	Das ehemalige Konzentrationslager **Auschwitz** wird von den polnischen Behörden in eine **Gedenkstätte** umgewandelt – Die Zahl der noch vermissten deutschen Wehrmachtsangehörigen wird von der Wiesbadener Zentralstelle auf 1,7 Millionen geschätzt
30. 7.	In Berlin wird die Suchdienst-Verbindungsstelle des Deutschen Roten Kreuzes gegründet
20. 8.	Im Nürnberger Prozess gegen nationalsozialistische Ärzte werden sieben Angeklagte zum Tode verurteilt
1. 9.	Nach Angaben der polnischen Militärmission in Berlin wurden während des Zweiten Weltkrieges insgesamt 6 028 000 Polen getötet
8. 9.	4500 jüdische Flüchtlinge, die sich auf dem Schiff „Exodus“ befinden, werden auf Anweisung der britischen Behörden in Hamburg zwangsweise an Land gebracht
5. 10.	Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung und zum Landtag im Saarland
12. 10.	Wahlen zum Bremer Senat
25. 11.–5. 12.	Sechste Konferenz des Außenministerrats der vier Siegermächte in London. Im Mittelpunkt steht die Erörterung der Deutschen Frage. Die Konferenz steht von Beginn an im Zeichen des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts
15. 12.	**Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz**

Chronik 1948

3. 1.	Einführung der französischen Währung im Saarland („Franzosenscheine“)
23. 2.–6. 3.	Erste Londoner Sechsmächtekonferenz: Die drei Westalliierten und die Benelux-Staaten empfehlen die Schaffung eines bundesstaatlichen Systems in Westdeutschland und dessen Einbeziehung in den Marshall-Plan und die Ruhrkontrolle – Die Sowjetunion wird nicht eingeladen
27. 2.	Offizielles Ende der Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone
2. 3.	Ludwig Erhard wird vom Wirtschaftsrat zum Direktor der Wirtschaftsverwaltung der Bizone gewählt
17. 3.	Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten schließen das erste europäische Nachkriegsbündnis, den Brüsseler Vertrag. Diese „**West-Union**“ richtet sich erstmals gegen die Politik der UdSSR und nicht mehr gegen Deutschland. Sie regelt neben der kollektiven Selbstverteidigung die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit
20. 3.	Der sowjetische Militärgouverneur Sokolowski verlässt den Alliierten Kontrollrat aus Protest gegen die Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz vom 23. 2.–6. 3. und die Gründung der „West-Union“ vom 17. 3. 1948. Damit endet die gemeinsame Verwaltung Deutschlands durch die vier Siegermächte
1. 4.	Beginn der **„kleinen“ Berlin-Blockade**: Behinderung des Verkehrs durch sowjetische Inspektionen und Behinderungen westalliierter Militärreisender. Später werden die Maßnahmen der SMAD auch auf den zivilen Personen- und Güterverkehr zu Wasser und zu Lande ausgedehnt
16. 4.	16 Mitgliedsstaaten des Rates für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa einigen sich auf die Inanspruchnahme der Wiederaufbauhilfe durch den Marshall-Plan und gründen die „**O**rganization for **E**uropean **E**conomic **C**ooperation“ (**OEEC**)
20. 4.–2. 6.	Zweite Sitzungsperiode der Londoner Sechsmächtekonferenz der drei westlichen Siegermächte und der Benelux-Staaten: Beschluss, es dem deutschen Volk zu ermöglichen „auf der Basis einer freien und demokratischen Regierungsform“ seine Einheit wiederherzustellen und allmählich „volle Regierungsverantwortung“ zu übernehmen – Ermächtigung der westdeutschen Ministerpräsidenten, eine „verfassunggebende Versammlung“ einzuberufen
7.–10. 5.	**Haager Kongress:** Forderung nach Schaffung eines Europarates
16. 6.	Die UdSSR stellt ihre Mitarbeit in der alliierten Kommandantur Berlins ein
20. 6.	**Währungsreform** durch Einführung der D-Mark in den **westlichen Besatzungszonen**
23. 6.	**Währungsreform** in der **sowjetischen Besatzungszone**
23./24. 6.	Als Reaktion auf die Londoner Sechsmächtekonferenz tritt die **Warschauer Achtmächtekonferenz**, bestehend aus der Sowjetunion, Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn zusammen: Sie kritisiert die Versuche der Westmächte zur „Spaltung Deutschlands“, die Gefährdung der „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ und pocht auf der Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse bezüglich der Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung und dem Abschluss eines Friedensvertrages
24. 6.	Die SMAD beginnt mit der **Großblockade** der **Berliner Westsektoren** zu Lande und zu Wasser als Reaktion auf den gescheiterten Versuch, ihre Währungsreform auf Gesamtberlin auszudehnen – Die Westmächte führen in ihren Sektoren die D-Mark ein – Die Sowjetunion erklärt die Vier-Mächte-Verwaltung Groß-Berlins für „praktisch beendet“
26. 6.	Beginn der amerikanisch-britischen **Luftbrücke** zur Versorgung West-Berlins mit Hilfsgütern, Geräten, Brennmaterial und Lebensmitteln
1. 7.	Die drei westalliierten Militärgouverneure übergeben die „Frankfurter Dokumente“ an die Regierungschefs der elf Länder in den drei westlichen Besatzungszonen. Sie sehen die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung bis zum 1. 9. 1949 mit dem Ziel der Bildung eines föderalen Staates, die Neugliederung der Länder und den Erlass eines alliierten Besatzungsstatuts vor
3. 7.	Aufstellung bewaffneter Volkspolizei-Einheiten durch die SMAD in der sowjetischen Besatzungszone
6. 7.	Die Westalliierten fordern von der Sowjetunion ultimativ das Recht auf freien Zugang nach Berlin gemäß der gemeinsamen alliierten Vereinbarung vom 5. 6. 1945 (Berliner Deklaration)
8.–10. 7.	Konferenz der westdeutschen Ministerpräsidenten in Koblenz über die „Frankfurter Dokumente“ vom 1. 7. 1948. Vereinbarung, dass die Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung von den Landtagen und nicht direkt gewählt werden
14. 7.	Eine sowjetische Note spricht den Westmächten das von ihnen beanspruchte Recht auf freien Zugang nach Berlin ab und bezeichnet die Stadt als Teil der sowjetischen Besatzungszone
10.–23. 8.	Verfassungskonvent auf der Insel Herrenchiemsee (Bayern) zur vorbereitenden Beratung des Grundgesetzes
15.–30. 8.	Wahl der Delegierten für den Parlamentarischen Rat in den Landtagen
1. 9.	Konstituierung des Parlamentarischen Rates in Bonn
15. 9.	**Konrad Adenauer** wird zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates gewählt
9. 10.	Gesetz des Wirtschaftsrates zur Einführung des „**Notopfer Berlin**“
22. 11.	Memorandum der Westalliierten an den Parlamentarischen Rat über ihre Forderung nach einer föderativen Struktur des künftigen westdeutschen Staates
30. 11.	**Spaltung** des Berliner Magistrats durch die **SED**. In Ost-Berlin wird eine eigene Stadtverwaltung eingerichtet. Amtssitz des West-Berliner Magistrats ist das Schöneberger Rathaus
9. 12.	Die Vereinten Nationen verabschieden die **Deklaration der Menschenrechte**

Chronik 1949

3. 1.	Der West-Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter (1889 – 1953) verlangt die Einbeziehung West-Berlins in den zukünftigen Bundesstaat
3. 2.	Die Fünferkommission des Parlamentarischen Rates einigt sich in Bonn darauf, West-Berlin neben den elf Ländern der westlichen Besatzungszonen als zwölftes Bundesland in die Präambel des Grundgesetzes mit aufzunehmen
19. 3.	Verabschiedung der Verfassung der künftigen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durch den Volksrat der Länder der sowjetischen Besatzungszone (SBZ)
4. 4.	Gründung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (**NATO**) in Washington
5. 5.	Gründung des **Europarates** durch zehn europäische Staaten: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden
8. 5.	Das Grundgesetz für den neuen westdeutschen Bundesstaat wird in dritter Lesung mit 53 gegen 12 Stimmen vom Parlamentarischen Rat angenommen
10. 5.	Bonn wird vom Parlamentarischen Rat zur vorläufigen Bundeshauptstadt gewählt. Von 62 gültigen Stimmen entfallen 33 auf Bonn und 29 auf Frankfurt/Main
12. 5.	Die Sowjetunion hebt die Berlin-Blockade auf – Die westalliierten Militärgouverneure Clay, Robertson und Koenig billigen das vom Parlamentarischen Rat verabschiedete Grundgesetz vorbehaltlich der Bestimmungen des Besatzungsstatuts und der Anerkennung West-Berlins als zwölftes Bundesland
15./16. 5.	Wahlen zum III. Deutschen Volkskongress in der sowjetischen Besatzungszone, erstmals nach einer Einheitsliste des „Demokratischen Blocks“
18.–20. 5.	Alle westdeutschen Landtage mit Ausnahme Bayerns billigen das Grundgesetz
23. 5.	Feierliche **Verkündung des Grundgesetzes** für die Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Das Grundgesetz tritt damit in Kraft
30. 5.	Der Deutsche Volkskongress billigt die Verfassung der DDR
August	Die **Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“** erscheint wieder. Sie berichtet u. a., dass die belgische Regierung die Zusammenbettung aller deutschen Gefallenen des Zweiten Weltkrieges nach Lommel und Recogne-Foy beschlossen hat
11. 8.	Unterzeichnung des **Genfer Abkommens** über den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte durch 59 Staaten; unter ihnen ist auch die Bundesrepublik Deutschland. Ein Zusatzabkommen sichert das dauernde Ruherecht der Kriegstoten
14. 8.	**Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag**
7. 9.	Konstituierende Sitzungen des 1. Deutschen Bundestages und des Bundesrates
12. 9.	Die Bundesversammlung wählt in Bonn den **Bundespräsidenten**. Im zweiten Wahlgang setzt sich **Theodor Heuss** (FDP) gegen Kurt Schumacher (SPD) durch
15. 9.	Wahl **Konrad Adenauer**s (CDU) zum **Bundeskanzler**
7. 10.	**Gründung** der Deutschen Demokratischen Republik (**DDR**). Die Provisorische Volkskammer setzt die Verfassung in Kraft
10. 10.	An die Stelle der SMAD, die ihre Verwaltungsfunktionen an die DDR-Regierung überträgt und aufgelöst wird, tritt die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) – Wahl der Provisorischen Länderkammer durch die fünf Landtage der DDR
11. 10.	Die Provisorische Volkskammer und die Provisorische Länderkammer wählen einstimmig den SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck zum Präsidenten der DDR
12. 10.	Otto Grotewohl wird Ministerpräsident der DDR
21. 10.	Bei seiner Regierungserklärung begründet Bundeskanzler Adenauer den im Grundgesetz verankerten **Alleinvertretungsanspruch** der Bundesrepublik
22. 11.	Die Alliierten Hohen Kommissare und Bundeskanzler Adenauer unterzeichnen das **Petersberger Abkommen**. Es berechtigt die Bundesrepublik unter anderem, konsularische Beziehungen zu westlichen Staaten aufzunehmen und internationalen Organisationen beizutreten

8. Mai 1945: Ende des Krieges – Kapitulation Deutschlands

Am Nachmittag des 30. April 1945 beging Adolf Hitler Selbstmord, nachdem die Rote Armee in der Schlacht um Berlin schon im Stadtzentrum stand. Zu seinem Nachfolger bestimmte er Großadmiral Karl Dönitz. Aufgrund der völlig aussichtslosen militärischen Situation für Deutschland wollte Dönitz eine Teilkapitulation gegenüber den Westmächten erreichen und gleichzeitig den Kampf gegen die Rote Armee noch fortsetzen, um möglichst viele „deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den vordringenden bolschewistischen Feind zu retten“ und sie nach Westen flüchten zu lassen. Zudem hoffte er, die Westmächte würden sich mit Deutschland gegen die Sowjetunion verbünden.

EXTRA THE STARS AND STRIPES EXTRA

HITLER DEAD

Fuehrer Fell at CP, German Radio Says; Doenitz at Helm, Vows War Will Continue

Churchill Hints Peace Is at Hand

Extra-Ausgabe der amerikanischen Soldatenzeitung „The Stars and Stripes“ Paris, 2. Mai 1945

Dönitz beauftragte Generaloberst Alfred Jodl, bei den Kapitulationsverhandlungen im amerikanischen Hauptquartier entweder eine Teilkapitulation zu vereinbaren oder eine viertägige Frist zwischen der Unterzeichnung einer Gesamtkapitulation und der Einstellung aller Truppenbewegungen zu erhalten. General Dwight D. Eisenhower ließ sich jedoch nicht darauf ein und forderte eine sofortige bedingungslose Gesamtkapitulation, billigte jedoch eine Frist von 48 Stunden für die Übermittlung der Kapitulation an alle Truppenteile der Wehrmacht zu.

Am 7. Mai 1945 unterzeichnete Jodl im Namen des deutschen Oberkommandos die Gesamtkapitulation aller Streitkräfte im Alliierten Hauptquartier in Reims (Frankreich). Stalin forderte, dass Deutschland auch vor den sowjetischen Generälen kapituliert. Daher wurde die Kapitulation nochmals im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst unterzeichnet. Hier ratifizierten kurz nach null Uhr (sowjetischer Zeit) in der Nacht zum 9. Mai, wie von Josef Stalin gefordert und in Reims festgelegt, die hochrangigen deutschen Militärs Wilhelm Keitel, Hans-Georg von Friedeburg und Hans-Jürgen Stumpf in Anwesenheit von Marschall Georgi K. Schukow die Kapitulationsurkunde für alle Wehrmachtsteile. Damit war der Zweite Weltkrieg in Europa beendet. In Ostasien ging der Krieg allerdings weiter. Erst nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki und der Kapitulation Japans am 2. 9. 1945 endet der Zweite Weltkrieg endgültig.

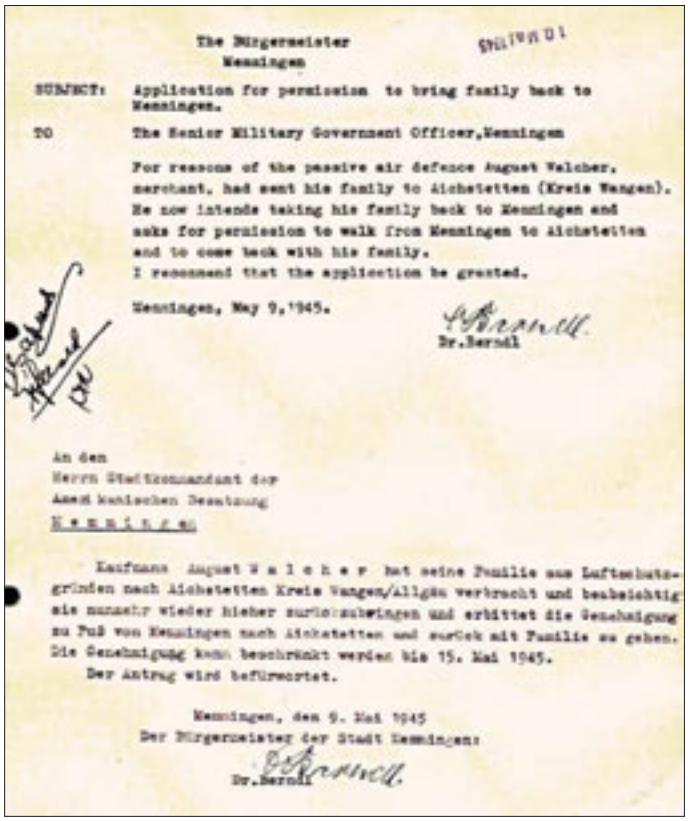
Aus der Kapitulationsurkunde:

„Wir Endunterzeichneten, die wir im Namen des deutschen Oberkommandos handeln, erklären die bedingungslose Kapitulation aller unserer Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie aller übrigen Streitkräfte, die zur Zeit unter deutschem Befehl stehen vor dem Oberkommando der Roten Armee und gleichzeitig vor dem Oberkommando der alliierten Expeditionsstreitkräfte. Unterzeichnet am 8. Mai 1945 in Berlin. Im Namen des deutschen Oberkommandos: Keitel, Friedeburg, Stumpf [...].“

Über Lautsprecherwagen wurde die Rundfunksendung über die Kapitulation verkündet. Das „Dritte Reich“ war nach zwölf Jahren politisch, wirtschaftlich, militärisch und moralisch am Ende. Alliierte Truppen fuhren durch das verwüstete Land und kontrollierten es. Die Menschen waren erleichtert. Aber was die Mehrheit – auch der Deutschen – als Befreiung empfand, war für andere Schmach und Schande, ja sogar die deutsche Katastrophe schlechthin. Manche NS-Größen versuchten noch in letzter Minute, sich selbst zu retten und flohen ins Ausland.

Generaloberst Alfred Jodl unterzeichnet die Kapitulationsurkunde in Reims (Frankreich)

Erinnerungen an das Kriegsende



The Bürgermeister
Memmingen

SUBJECT: Application for permission to bring family back to Memmingen.

TO The Senior Military Government Officer, Memmingen

For reasons of the passive air defence August Walcher, merchant, had sent his family to Aichstetten (Kreis Wangen). He now intends taking his family back to Memmingen and asks for permission to walk from Memmingen to Aichstetten and to come back with his family.
I recommend that the application be granted.

Memmingen, May 9, 1945.

Dr. Berndl

An den
Herrn Stadtkommandant der
Amerikanischen Besatzung
M e m m i n g e n

Kaufmann August W a l c h e r hat seine Familie aus Luftschutzgründen nach Aichstetten Kreis Wangen/Allgäu verbracht und beabsichtigt sie nunmehr wieder hieher zurückzuholen und erbittet die Genehmigung zu Fuß von Memmingen nach Aichstetten und zurück mit Familie zu gehen. Die Genehmigung kann beschränkt werden bis 15. Mai 1945.
Der Antrag wird befürwortet.

Memmingen, den 9. Mai 1945
Der Bürgermeister der Stadt Memmingen:
Dr. Berndl

Rückkehr der Familie
(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM, Lindenschule Memmingen)

Ein Soldat erlebt das Kriegsende

Dirschau, 10. Mai 1945:

Sowjetisches Sammellager deutscher Kriegsgefangener aus Danzig und Ostpreußen. Sehr früh am Morgen. Trotz der Tausenden hier auf engstem Raum: Keine Menschenseele zu sehen. Irgendwo fern lärmen russische Soldaten; fern fallen Schüsse, wie schon während der ganzen Nacht.
Ich starre auf die Anschlagtafel: „9. Mai: Das Deutsche Reich hat kapituliert. Hitler ist tot.“ Ich stehe und starre. Ich sehe nichts um mich herum. Das ist nun der Tag, auf den wir alle mehr als sechs Jahre lang gewartet haben?
Freude? Erleichterung? Ich starre und starre.
Entspannung? Nichts. Nichts, Nichts.
Ausgebrannt. Leer. Erschöpft. Zerrieben. –
Ist das wirklich nun der ersehnte große Tag?
Wird jetzt alles anders? Wird jetzt Friede sein?
Werden wir, werde ich heimkehren? Wann? ... und was dann?
„Es ist kein Krieg mehr!“ schreit es plötzlich aus mir heraus. „Krieg vorbei!“ – ich brülle es.
Aus einem Verschlag kriechen zwei, drei Gestalten. Bleich. Recken sich.
„Bist du besoffen?“ schnauzt mich einer an. Tonlos sage ich – deute mit dem Finger auf den Anschlag: „Komm her! Lies!“
Er kommt. Liest. Schreit: „Frieden – Kommt her – Frieden! – Kommt alle raus! – Kein Krieg mehr!“
Aber was da kommt, sind ein paar wankende, bleiche Gestalten. Ausgemergelt. Verdorrt.
Alle starren nur auf den Papierfetzen am Anschlagbrett. Dann einer leise: „Ob das wahr ist? – Man weiß ja nie ... So wenig wie vorher ... Wieder nur Propaganda? Nur eine Mausefalle für uns? WER sagt WAS? – dann ab nach Sibirien.“
Jetzt stehen schon zwanzig, dreißig um mich herum. Ich drück mich hindurch; schleiche davon. Krieche in den stinkenden, winzigen Stall, in dem wir zu dritt nächtigen. Jauche am Boden. Ziehe den grauen Mantel über mein Gesicht. Der Ratten wegen.
Ein Gedanke noch: Kapitulation neunter Mai.
Meiner Mutter Geburtstag. Ich weine.

(aus: Christoph Beitz, Schicksale, Heft 4: 1945 – Ende und Anfang; pädagogische Handreichung, LV Bayern)

Hilde G. erinnert sich: *„Am 8. Mai 1945 hielt ich mich zu Hause in Scheinfeld in der Bogenstraße auf. Voller Angst hatten wir mit allen Nachbarn im Keller gesessen und gewartet, ob das mit dem Kriegsende wirklich stimmt.*

Durch einen Nachbarn erfuhren wir, dass der Krieg zu Ende war. Es verbreitete sich in der Stadt wie ein Lauffeuer, aber die Angst blieb. Wohnungsnot, Essensnot und keine Kleidung. Es blieb uns nur die Hoffnung, dass unser Vater bald nach Hause kommen würde. Ich hatte keine Angst mehr vor Bombenangriffen, aber mein Vater war noch in Gefangenschaft. Unsere Mutter musste uns drei Kinder allein ernähren. Schwerste Arbeit musste sie täglich leisten. Morgens in einer Wäscherei helfen und am Nachmittag beim Bauern auf dem Feld arbeiten.

Das Essen hat für die ganze Familie reichen müssen. Und die paar Mark, die sie verdient hat, musste für den restlichen Unterhalt ausreichen. Unterstützung gab es zu der Zeit nicht.“

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 6e, Dietrich-Bonhoeffer-Realschule, Neustadt/Aisch)

MILITÄRREGIERUNG - DEUTSCHLAND

Bekanntmachung

Ausgangsbeschränkung

19:00 bis 06:00 Uhr

Ausgangsbeschränkung in Memmingen 1945

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM, Lindenschule Memmingen)

Was bedeutet der 8. Mai 1945 für Deutschland?

Der 8. Mai 1945 und damit das Ende des Zweiten Weltkrieges war in Europa eine der großen Zäsuren des 20. Jahrhunderts. Die Bedeutung des 8. Mai 1945 für Deutschland war lange Zeit umstritten. War das Ende des Zweiten Weltkrieges eine Befreiung oder eine Niederlage? Die Diskussion darüber dauerte jahrzehntelang. Erst 1985 wurde die Frage durch den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges vor dem Deutschen Bundestag beantwortet: *„Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. [...] Obwohl dem 8. Mai 1945 mittlerweile als Tag der Befreiung gedacht wird, ist er aber kein Tag zum Feiern.“* Und weiter betonte er in seiner bahnbrechenden Rede: *„Der Völkermord an den Juden ist beispiellos in der Geschichte.“* Diese Sichtweise der deutschen Vergangenheit wird auch 60 Jahre nach Kriegsende weitgehend geteilt.

Prof. Dr. Wippermann von der FU Berlin meinte dazu: *„In allen Ländern gleich ist die epochale Bedeutung dieses Datums. [...] Obwohl das Datum als Zäsur gilt, war es dennoch keine ‚Stunde null‘ für die Deutschen. Viele, die zu den Eliten im Dritten Reich gehörten, haben ihre Karriere später ohne Unterbrechung fortgesetzt. Beispielsweise hat es im Auswärtigen Amt nach 1945 mehr Mitarbeiter gegeben, die vormals Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei waren.*

Der Zweite Weltkrieg und dessen Ausgang wird heute in Deutschland auch nicht mehr in erster Linie als Katastrophe für das eigene Land gesehen, wie es noch in der Nachkriegszeit der Fall war. Trotz eigener Verluste, Qualen, Vertreibung und moralischer Diskreditierung sei die eigentliche Katastrophe die Shoah gewesen, das Verbrechen, das am Volk der Juden begangen wurde.“

(Wolfgang Wippermann, a.a.O.)

Anlässlich des 60. Gedenktages zum Ende des Zweiten Weltkrieges sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder: *„Die Erinnerung an Krieg und Nationalsozialismus ist Teil unserer nationalen Identität geworden. Und sie ist eine bleibende Verpflichtung.“* Bundespräsident Horst Köhler betonte, dass die Deutschen mit Schrecken und Scham auf den von Deutschland entwickelten Zweiten Weltkrieg und den „Zivilisationsbruch Holocaust“ zurückblickten: *„Deutschland ist heute ein anderes Land als vor sechzig Jahren. [...] Wer einen Teil der Geschichte verdrängt, versündigt sich an Deutschland. [...] Die jetzige Generation muss die Erinnerung an die Verbrechen der Nazizeit wach halten: Es gibt keinen Schlussstrich. [...]“*

Gab es eine „Stunde null“?

„Mit dem 8. Mai 1945 begann eine der größten Umbruchphasen der jüngeren deutschen Geschichte – eine Umbruchphase, die Zerstörungen und Wanderungsbewegungen gigantischen Ausmaßes hervorgebracht hat. Das Wort von der *Zusammenbruchgesellschaft* bringt diesen Prozess auf den Punkt. [...] Inhaltlich gesehen [...] waren die Grenzen des Umbruchs bei Lichte betrachtet wesentlich enger, als gemeinhin angenommen, und der Begriff *Stunde null* kann in diesem Sinne für uns Heutige allenfalls ein Hilfskonstrukt sein: insinuiert er doch, dass es eine für die gesamte Gesellschaft gemeinsame und gleichzeitige Zäsur gegeben habe, ein kollektives *Pausenzeichen der Geschichte*. Und er insinuiert, dass in dieser Pause eine Situation geschaffen worden sei, in der die Karten der deutschen Geschichte und der Deutschen selbst quasi gänzlich neu gemischt worden seien. Beides aber war nicht der Fall.“

(Andrea Hoffend, a.a.O.)

Marianne Meyer-Krahmer meint dazu: „Die ‚Stunde null‘ könnte nur eine Kurzformel für Geschichtsbücher sein. Weder das kollektive noch das individuelle Bewusstsein kennt diese Zäsur. Wohl mag es Tage geben, an denen wir eine neue Seite im Buch unseres Lebens aufschlagen, wenn wir an einem neuen Ort, mit einem neuen Berufsabschnitt beginnen. Immer aber begleitet uns unsere Vergangenheit. Sie begleitet uns nicht wie ein sanft dahinfließender Strom, unabhängig von unserem Dasein. Oft kann sie sperrig sein, diese Vergangenheit, dem naiven Sich-Erinnern widerstehen.“

(Marianne Meyer-Krahmer, a.a.O.)

Annemarie Renger empfand das Kriegsende als eine Befreiung und meinte dazu: „In den ersten Monaten nach Kriegsende waren viele Menschen auf der Suche nach einem neuen Anfang. Aber eine ‚Stunde null‘ gab es nicht, weder geistig, noch politisch, noch materiell. [...] Aber eines war klar: Die ganze Gesellschaft musste erneuert werden.“

(in Andrea Hoffend, a.a.O.)

Die so genannte „Stunde null“ bedeutete das Ende einer Epoche und der Beginn einer neuen Zeitrechnung: die Zeit des Kalten Krieges und des Atomzeitalters mit einer ungeheuren Aufrüstung. Für die Menschen bedeutete das Ende des Weltkrieges aber vor allem eines: keine Angst mehr vor Bombenangriffen haben zu müssen und neu anfangen zu können.

„Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Innern wird.“

(Richard von Weizsäcker, ehemaliger Bundespräsident)

Kriegsende in anderen Ländern

Der 8. Mai 1945 in Großbritannien

8. 5. 1945 London-Whitehall: Menschen feiern das Kriegsende und jubeln Churchill zu

Vor dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg war Großbritannien das einzige Land, das Deutschland widerstehen konnte. Die Verluste der Briten während des Kriegs waren groß: ca. 270 000 Soldaten wurden getötet, mehr als 60 000 Zivilisten kamen ums Leben, hauptsächlich durch die „Blitz"-Bombardierungen der britischen Städte.

In London wurde daher das Ende des Zweiten Weltkrieges mit großer Erleichterung von jubelnden Menschenmassen begrüßt und gefeiert. Vom Kabinettszimmer in der Downing Street Nr. 10 verkündete der britische Premierminister Winston S. Churchill in einer Radioansprache an die Nation am 8. Mai 1945 die Kapitulation Deutschlands. Daraufhin versammelten sich riesige Menschenmengen am Trafalgar Square, andere vor dem Buckingham Palast, und erwarteten die königliche Familie. Churchill selber erschien auf dem Balkon des Gesundheitsministeriums, um zu der euphorischen Menschenmasse zu sprechen. Die Siegesfeiern dauerten bis spät in die Nacht.

8. 5. 1945: Die königliche Familie und Premier Churchill feiern das Kriegsende (links Prinzessin Elizabeth, die spätere Königin)

Der 8. Mai 1945 in den USA

„Nun wehen die Flaggen der Freiheit über ganz Europa, die Welt ist nun befreit von dem Diktator Adolf Hitler", verkündete der damalige US-Präsident Harry S. Truman in einer Rundfunkansprache am 8. Mai 1945 nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Roosevelt, der die USA durch den Krieg geführt hatte, war einen Monat zuvor gestorben. Wie Churchill zeigte sich Truman in der morgendlichen Sendung sehr glücklich. Er rief seine Nation auf, nun unermüdlich für einen Sieg im Pazifik zu streiten, warnte jedoch vor Massenfeiern, da der Krieg dort noch nicht zu Ende sei. Truman forderte die Amerikaner auf, nicht zu feiern, sondern anstatt dessen „sich den ernsten Aufgaben zu stellen, die vor ihnen liegen". Er schloss: *„Unser Sieg ist erst halb gewonnen. Der Westen ist frei, aber der Osten ist noch im Griff der verräterischen Tyrannei der Japaner. Erst wenn die letzte japanische Division sich bedingungslos ergeben hat, ist unser Auftrag beendet."*

7. 5. 1945: New Yorker feiern am Times Square die bedingungslose Kapitulation der Deutschen

Trotzdem versammelten sich Tausende in den amerikanischen Städten. In New York strömten Menschenmassen zum Times Square und jubelten. Telegrafenstreifen, Toilettenpapier und zu Konfetti zerrissene Telefonbücher flatterten von den Wolkenkratzern in die Straßenschluchten. Veteranen des Ersten Weltkrieges schwenkten Fähnchen. Die Menschen jubelten und zeigten das Siegeszeichen. Dazu läuteten die Glocken der Trinity Church und die Schiffssirenen heulten im Hafen. Etwa 15 000 Polizisten waren notwendig, um die Feiernden in geordneten Bahnen zu halten.

Mit dem 8. Mai 1945 war aber das militärische Engagement der USA im Zweiten Weltkrieg noch nicht zu Ende. Im Fernen Osten gingen die Kämpfe weiter. Erst mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch Japan am 2. 9. 1945 war der Zweite Weltkrieg für die USA zu Ende.

Der 8. Mai 1945 in Frankreich

Frankreich hat drei Nationalfeiertage: Am 8. Mai wird das Ende des Zweiten Weltkrieges und der Sieg über Hitler-Deutschland gefeiert, am 14. Juli werden der Französischen Revolution und des Sturms auf die Bastille gedacht und am 11. November wird an die deutsche Kapitulation und das Ende des Ersten Weltkrieges erinnert. Der Versuch des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing im Jahre 1975, im Zusammenhang mit der deutsch-französischen Versöhnung, den 8. Mai als Nationalfeiertag abzuschaffen, entrüstete die Veteranen und Widerstandskämpfer des Zweiten Weltkrieges, die die zweite deutsche Kapitulation des 20. Jahrhunderts weiterhin feiern wollten. Die Entscheidung musste er rückgängig machen. Kranzniederlegungen, Festreden und Militärparaden würdigen daher weiterhin diesen für Frankreich wichtigen Tag. Der 8. Mai 1945 ist für Frankreich der Beginn eines neuen Selbstbewusstseins, das unter Pétain ein vorläufiges Ende fand.

8. 5. 1945: Pariser feiern am Triumphbogen das Ende des Zweiten Weltkrieges

Charles de Gaulle (1890–1970)

Nach der französischen Kapitulation rief General de Gaulle in der Londoner Rundfunkrede vom 18. Juni 1940 zur Fortführung des Krieges auf und erklärte sich zum legitimen Repräsentanten Frankreichs. Er missbilligte die Politik Pétains, der den Waffenstillstand mit den Nazis unterschreiben wollte. De Gaulle lehnte Pétain als illegitim ab und floh nach Großbritannien. Er gründete in London das Komitee „Freies Frankreich". Daraufhin wurde de Gaulle vom Kriegsrat der Vichy-Regierung im August 1940 wegen Hochverrats in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Nach Ausschaltung seiner Gegenspieler galt de Gaulle an der Spitze des Französischen Komitees der Nationalen Befreiung seit Juni 1943 als Chef der französischen Exilregierung, die er im Mai 1944 zur Provisorischen Regierung der Französischen Republik erklärte. 1945/46 wurde er als Ministerpräsident bestätigt und zum provisorischen Staatsoberhaupt gewählt.

General de Gaulle schreitet die Front einer Panzerdivision ab

Wenn die Franzosen an das Kriegsende denken, dann ist die Erinnerung in erster Linie von der Libération (= Befreiung) geprägt und nicht so sehr von der Kapitulation.

Der 8. Mai 1945 in Polen

Polen ist das Land, das am meisten unter dem Zweiten Weltkrieg zu leiden hatte, vor allem deswegen, weil es zwei Gegner hatte: Deutschland im Westen und im Osten Russland, das gegen Ende des Krieges seinen Machteinfluss nach Westen ausweitete. Auch in Polen endete der Krieg 1945 – aber nicht mit der Befreiung, denn als die Rote Armee die polnische Ostgrenze überschritt, holte sie sich ihren Teil von der Beute des Hitler-Stalin-Paktes.

1945: Nach dem Krieg liegt Warschau in Trümmern

1945 war Polen ein zerstörtes und zerschlagenes Land. Die polnische Westgrenze war gemäß der Absprachen von Teheran 500 km nach Westen verlegt worden. Millionen Ostpolen wurden daher in die ehemaligen deutschen Gebiete vertrieben. Warschau war 1945 ein menschenleerer Trümmerhaufen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hatte Polen die größten Menschenverluste aller Nationen zu beklagen. Sechs Millionen

Polen überlebten den Krieg nicht – zu mehr als 95 Prozent waren es Zivilisten. Annähernd sechs Jahre war Polen ein *„mechanisiertes Schlachthaus, dessen Fließband ständig die Leichen ermordeter Menschen davonträgt“*, wie es der polnische Literaturnobelpreisträger Czeslaw Milosz einmal nannte. Im besetzten Polen – und nur dort – standen die großen Vernichtungslager Auschwitz, Treblinka, Sobibor, Belzec, Chelmno und Majdanek. Von den 3,3 Millionen polnischen Juden konnten sich nur zehn Prozent retten.

22. 10. 1945: Trümmer und Geröll sind alles, was vom Warschauer Ghetto übrig blieb

1945 war das Jahr der Befreiung vom deutschen Terror und so wurde der 60. Jahrestag im Mai 2005 in Polen auch begangen. Was aber niemand vergisst: Frei wurde Polen 1945 nicht. Das von Moskau installierte kommunistische Regime ließ dem nationalsozialistischen Terror den stalinistischen folgen. Viele, wie etwa der spätere Außenminister Wladyslaw Bartoszewski, waren sowohl Gefangene Hitlers, als auch Stalins. Für viele Polen endete der Zweite Weltkrieg nicht 1945 – sondern erst mit dem Ende des Kalten Krieges in den 1980er-Jahren.

Der 9. Mai 1945 in Russland

Da nach russischer Zeitrechnung die Unterzeichnung der deutschen Kapitulation am 9. Mai 1945 erfolgte, wird in der Sowjetunion der 9. Mai gefeiert. Kaum ein anderer Feiertag hat in Russland eine so wichtige Bedeutung wie dieser. An diesem Tag feiert Russland den Sieg über Hitler-Deutschland; ein Sieg, den die Sowjetunion vor über 60 Jahren mit einem hohen Blutzoll von über 20 Millionen Menschenleben errungen hatte. Das Leiden des russischen Volkes im Zweiten Weltkrieg war unermesslich. Große Landstriche waren dem Erdboden gleichgemacht. Der „Tag des Sieges“ über Nazi-Deutschland wird daher bis in die Gegenwart aufwändig gefeiert. Doch die enorme Symbolik verhindert eine kritische Erinnerung und Aufarbeitung, auch der eigenen Geschichte.

60 Jahre danach

Militärparade auf dem Roten Platz am 9. 5. 2005: Russland verbeugt sich vor den Veteranen seines Großen Vaterländischen Krieges

Bundeskanzler Gerhard Schröder bat 60 Jahre später das russische Volk um Vergebung für das Leid, das ihm *„von Deutschen in deutschem Namen zugefügt wurde“*. Kein Land habe den Sieg über Hitler-Deutschland so teuer bezahlt wie die damalige Sowjetunion. Deutschland und Russland trügen gemeinsam Verantwortung dafür, dass die *„großartige Vision einer dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung Wirklichkeit wird“*.

Anlässlich der Parade auf dem Roten Platz 60 Jahre nach Kriegsende gedachte Gerhard Schröder gefallener deutscher Soldaten auf dem Soldatenfriedhof Ljublino bei Moskau

Bilanz des Zweiten Weltkrieges[1]

Menschenverluste im Zweiten Weltkrieg insgesamt	**55 293 500**
Deutsche Verluste insgesamt	**7 375 800**
Kriegsversehrte des Zweiten Weltkrieges	**35 000 000**
Gefallene deutsche Soldaten (einschl. Österreicher)	3 200 000
Vermisste deutsche Soldaten (einschl. Österreicher)	1 100 000
Verluste der deutschen Zivilbevölkerung	500 000
Verluste durch Vertreibung und Verschleppung	2 251 500
Verluste der Zivilbevölkerung in Österreich durch Luftkrieg und Endkämpfe	24 300
Verluste der Deutschen durch politische, rassische und religiöse Verfolgung	300 000
Verluste der Streitkräfte Italiens	313 000
Verluste der Zivilbevölkerung Italiens	165 700
Verluste der Streitkräfte der westlichen Alliierten[2]	610 000
Verluste der Zivilbevölkerung der westlichen Alliierten[2]	690 000
Verluste der Streitkräfte der ost- und südosteuropäischen Länder (ohne Sowjetunion)	1 000 000
Verluste der Zivilbevölkerung der ost- und südosteuropäischen Länder (ohne Sowjetunion)	8 010 000
Verluste der sowjetischen Streitkräfte[3]	13 600 000
Verluste der Zivilbevölkerung der Sowjetunion	6 700 000
Verluste der Streitkräfte der Vereinigten Staaten	229 000
Verluste der Streitkräfte der übrigen Welt, insbesondere Ostasiens	7 600 000
Verluste der Zivilbevölkerung der übrigen Welt, insbesondere Ostasiens	6 000 000
Vermisste des 2. Weltkrieges, soweit als verstorben anzusehen (ohne deutsche Vermisste)	3 000 000

[1] Das Zahlenmaterial stammt aus Unterlagen der Deutschen Dienststelle in Berlin, der früheren Wehrmachts-Auskunftsstelle (WASt).

[2] ohne die Vereinigten Staaten.

[3] Nach Angaben der sowjetischen Behörden (23. 3. 1991) sind im Zweiten Weltkrieg 8 668 400 Soldaten umgekommen. Nach neueren Angaben sollen die sowjetischen Gesamtverluste 27 Millionen Menschen betragen.

Bei Kriegsende belief sich die Zahl der ermordeten jüdischen Männer, Frauen und Kinder auf fast sechs Millionen (Quelle: Dokumentation Obersalzberg, Berchtesgaden).

Deutschland nach dem Krieg: Fakten und Zahlen

- In jeder Stunde starben 1045, in jeder Minute 17 Menschen.
- Jeder achte männliche Deutsche – gerechnet vom Säugling bis zum Greis – kam ums Leben, in den Ostgebieten jede fünfte männliche Person. Insgesamt wurden elf Prozent der Bevölkerung getötet, also jede neunte Person.
- Bei den Bombenangriffen im gesamten deutschen Reich gab es zwischen 600 000 und 800 000 „Ziviltote“. Insgesamt ruhen heute in Deutschland rund 1,3 Millionen Kriegstote.
- Die Gefallenen hinterließen mehr als 1,7 Millionen Witwen, ca. 2,5 Millionen Halbwaisen und etwa 100 000 Vollwaisen. Insgesamt gab es 1,5 bis 2 Millionen Kriegswitwen. Die Zahl der Witwen und Witwer betrug 1960 noch 1,1 Millionen, der Waisen 500 000 und 800 000 Eltern, deren Sohn oder Söhne gefallen waren.
- Zu Kriegsende waren über elf Millionen deutsche Soldaten in 12 000 Kriegsgefangenenlagern auf 80 Staaten der Erde verteilt. 1946/47 kehrten zwischen neun und zehn Millionen ehemaliger Soldaten aus Kriegsgefangenschaft wieder zurück. Im Frühjahr 1947 befanden sich noch 2,3 Millionen Kriegsgefangene in alliierten Händen, ca. 900 000 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. 1947 wurden weitere 350 000 Kriegsgefangene entlassen, 1948 eine halbe Million, 1949 weitere 280 000 Kriegsgefangene. Die letzten 10 000 kehrten erst 1955/1956 nach Hause zurück.
- Im Bundesgebiet wurden im November 1950 über 2,01 Millionen „Kriegsbeschädigte“ registriert, davon waren etwa 1,5 Millionen zwischen 30 und 100 Prozent in ihrer Erwerbstätigkeit beeinträchtigt, davon etwa 760 000 über 50-Jährige.
- Mehr als zwei Millionen Zivilisten kamen auf der Flucht oder während der Vertreibung ums Leben, davon mehr als die Hälfte Frauen und Kinder.
- Aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße flohen mehr als sieben Millionen Menschen oder wurden vertrieben. Dazu kamen etwa fünf Millionen aus den früheren deutschen Siedlungsgebieten. Wahrscheinlich war mindestens jede achte Frau aus dem deutschen Reichsgebiet von Flucht oder Vertreibung betroffen. Ende 1952 befanden sich in der BRD 2,58 Millionen und in der DDR 3,8 Millionen deutsche Heimatvertriebene.
- Zwischen 200 000 und 400 000 Personen wurden verschleppt, von denen etwa 50 Prozent starben.
- Ungefähr ein Viertel aller deutschen Kinder wuchs nach dem Krieg ohne Vater auf, der gefallen oder vermisst war. Unter den Heimatvertriebenen fanden sich allein über zwei Millionen Kinder und Jugendliche. 1,6 Millionen davon hatten die Eltern oder einen Elternteil verloren.
- Viele Kinder waren allein unterwegs. Nach Schätzungen hielten sich allein von den Berliner Kindern 1945 noch 10 000 bis 20 000 ohne Kontakt mit ihren Angehörigen in gefährdeten Gebieten ohne ausreichende Nahrung auf.
- 1951 gab es in der Bundesrepublik Deutschland über 120 000 Pflegekinder und über 500 000 Minderjährige standen unter Amtsvormundschaft.

(aus: Statistisches Jahrbuch 1952, Fenske, H. Radebold, R. Overmanns und M. Dörr, a.a.O.)

Noch immer werden 2005 alleine in Deutschland 1,3 Millionen Menschen vermisst. Ihr Schicksal ist bis heute ungeklärt!

1945: Wiederbeginn der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Seit der Gründung im Jahre 1919 hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge einen langen und oft nicht leichten Weg hinter sich. Stets setzte sich der Verband im Sinne des Genfer Rotkreuz-Abkommens dafür ein, die Kriegsgräber auch als Mahnung zu erhalten. Während bei der Gründung des Volksbundes die Aufgabe darin bestand, den Millionen toten deutschen Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg, die zum Großteil in fremder Erde lagen, eine würdige letzte Ruhestätte zu geben, hat sich das nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltig ausgeweitet. Alleine im Inland gab es über eine Million Kriegsgräber der in den Kämpfen gefallenen Soldaten und vor allem bei Bombenangriffen umgekommene Zivilpersonen. Auch im Ausland lagen Millionen deutscher Soldaten und Ziviltoten, auf die eine würdige Ruhestätte wartete.

Die Aufgaben des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nach Kriegsende

Am Ende des Zweiten Weltkrieges bestand die Organisation des Volksbundes nicht mehr, der Volksbund musste wie 1919 ganz von vorne anfangen. Viele Mitarbeiter waren gefallen, andere mit ihrem eigenen Schicksal irgendwo im Lande oder Ausland beschäftigt. Die meisten Unterlagen über die Gräber des Ersten Weltkrieges waren vernichtet, die wichtigsten Dokumente über Gräber und Gefallene des Zweiten Weltkrieges nicht zugänglich. Deutschland wurde zerrissen. Große, ehemals deutsche Gebiete gingen verloren, und in der sowjetischen Besatzungszone wurde den Bürgern sehr schnell klargemacht, dass die deutschen Soldaten fast alle Faschisten und Verbrecher gewesen seien und eine Gräberfürsorge für sie unerwünscht sei.

Totengedenken nach Kriegsende: 25. November 1945

Dennoch begannen einzelne Mitarbeiter in dieser fast hoffnungslosen Situation, wieder Kontakt miteinander aufzunehmen. Jemand musste einfach den verzweifelten Angehörigen helfen und das Schicksal der Kriegsopfer als Erinnerung und Mahnung an die Nachwelt dokumentieren. So bargen die Mitarbeiter des Volksbundes Gefallene und sammelten Unterlagen über Gräber, aber die wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen und eine offizielle Genehmigung für eine Verbandstätigkeit fehlten. Erst allmählich begannen in den westlichen Besatzungszonen die Aktivitäten des Volksbundes. Die Westalliierten gaben dem Volksbund in ihren Besatzungszonen bald die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Arbeit. Bis Anfang der 50er-Jahre wurden bereits rund 400 Kriegsgräberstätten im Inland angelegt. Nach 1952 verlagerte der Volksbund seine Tätigkeit ins Ausland. Im Gräbergesetz von 1952 wurden die Aufgaben des Volksbundes festgelegt: Der Volksbund arbeitet seitdem im Ausland im Auftrag der Bundesregierung, im Inland obliegt es den Gemeinden, würdige Anlagen für die Kriegstoten zu schaffen und zu erhalten.

In der späteren DDR verhinderten zunächst die Besatzungsmacht, dann die Machthaber des SED-Regimes jegliche Neugründung oder Tätigkeit des Volksbundes. Hier nahmen sich, soweit das möglich war, Privatpersonen in den Gemeinden und vor allem die Evangelische Kirche der Grabpflege für die Opfer an.

Bayerische Verbandsgeschichte nach 1945

1945: In Bayern ruhen heute mehr als 166 000 Tote beider Weltkriege und der NS-Gewaltherrschaft, davon 64 000 Gefallene und Tote des Bombenkrieges, 97 000 Opfer des NS-Regimes sowie 5000 Flüchtlinge und Vertriebene.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge konnte in den ersten Nachkriegsjahren für die Erfassung der Kriegsgräber offiziell nicht viel tun, da er unter das Verbot der Besatzungsmächte für Vereine und Verbände fiel. Um das noch vorhandene Geld des Landesverbandes Bayern vor der Beschlagnahme durch die Alliierten zu retten, wurden 100 000 Reichsmark an das Bayerische Rote Kreuz zur Linderung der größten Not der vielen Kriegsverwundeten abgetreten. Ein Großteil dieses Geldes ging in die Entwicklung von Leichtmetall-Prothesen für Arm- und Beinamputierte.

1946: Ab März bemühte sich der Landesverband Bayern in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium des Inneren um Wiederzulassung bei der amerikanischen Militärregierung. Erste Vorbereitungen zur Aufnahme des Dienstbetriebes wurden getroffen. Die Landesgeschäftsstelle war in den letzten Monaten des Krieges den Bomben zum Opfer gefallen. Ein Telefonanschluss war trotz Unterstützung des Ministeriums erst nach Monaten möglich, ein Auto war nicht zu beschaffen. Ohne Berechtigungs- oder Bezugsscheine war dringend benötigtes Büromaterial überhaupt nicht zu erhalten.

Am 17. Oktober bescheinigte das Bayerische Staatsministerium des Innern dem Volksbund-Landesverband Bayern den Bedarf an 150 000 Karten zur Anlegung einer Kriegsgräberkartei. Es befürwortete zunächst die Anschaffung von 60 000 Karten und ersuchte die „Landesstelle für Papier“ um Unterstützung dieser Maßnahme. Der Landesverband Bayern zählte in seinen acht Bezirksverbänden, die Pfalz eingeschlossen, 17 641 Einzel- und 594 Korporativmitglieder (Vereine, Firmen), 4232 Mitgliedsgemeinden und 1562 Mitgliedsschulen.

1947: Am 11. 1. stellte das Innenministerium an die US-Militärregierung in Bayern den Antrag, dem Volksbund offiziell die Arbeitsaufnahme zu gestatten. Folgende Aufgaben wurden genannt:

- Die Herrichtung, den Schmuck und die Pflege aller deutschen Kriegsgräber entsprechend dem religiösen Empfinden des deutschen Volkes sicherzustellen.
- Den Angehörigen der Gefallenen und Verstorbenen in allen Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge behilflich zu sein.
- Die zwischenstaatliche Fürsorge für die Kriegsgräber auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu betreiben.

Am 18. 2. schrieb die „Civiladministration Division APO 407" an den bayerischen Ministerpräsidenten:

- *„Die Militärregierung hat nichts gegen die Bildung des Landesverbandes Bayern des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge [...]"*
- *„Jedoch möchte die Militärregierung darauf hinweisen, dass der Verband dauernd darauf achten muss, möglicherweise unbewusste Verherrlichungen militärischer Tätigkeiten zu verhindern; auch darf dieser Verband sich auf keine Weise zu einer Organisation von Kriegsveteranen entwickeln."*

Das Lizenzverfahren wurde eingeleitet. Die Vorstandsmitglieder hatten die Spruchkammerbescheide zum Nachweis ihrer politischen Integrität einzureichen. Der Vorstand musste sich verpflichten, „Hauptschuldige, Belastete und Minderbelastete" nicht als Mitglieder aufzunehmen.

Am 24. Juni trafen sich die Gründungsmitglieder des Landesverbandes Bayern zu ihrer ersten Sitzung in der St.-Anna-Schule in München. Zum 1. Vorsitzenden wurde Oberregierungsrat Alois Braun vom Bayerischen Kultusministerium gewählt.

Am 4. September sprach das Bayerische Staatsministerium des Innern die Lizenzierung aus. Damit konnte der Volksbund seine wichtigen Aufgaben in Bayern beginnen.

Die Bezirksverbände begannen sofort nach der Lizenzierung mit dem Wiederaufbau ihrer Kreis- und Ortsverbände. So geschah es nacheinander in allen westlichen Bundesländern. In systematischer Arbeit entstand eine Gräberanlage nach der anderen. Es gehörte jedoch sehr viel Idealismus dazu, die erforderlichen Aufgaben zu lösen.

1948: Die Währungsreform vom 20. Juni war wiederum ein starker Eingriff in die Entwicklung des Volksbundes. Über Nacht verlor der Verband sein gesamtes noch vorhandenes Vermögen. Wie im Jahr 1923 schieden viele Mitglieder wegen Verarmung aus. Trotzdem wurde wieder neu angefangen.

1945: Der Volksbund als Mittler des Aussöhnungsprozesses – Beginn seiner Jugendarbeit

Eine große Rolle im Aussöhnungsprozess zwischen Deutschland und den ehemaligen Kriegsgegnern spielt der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und insbesondere auch seine schulische und außerschulische Jugendarbeit.

Schon bald stützte sich der Volksbund ganz wesentlich auf seine Jugendarbeit. Junge Menschen sind es, die die Kriegsgräber als Mahnfunktion erkennen. Das Leitmotiv dieser Arbeit, in einem Workcamp in Belgien geboren, heißt nun: „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden."

Seitdem haben hunderttausende Jugendliche Kriegsgräber gepflegt und damit viel für die Versöhnung mit ehemaligen Kriegsgegnern, zum Abbau von Vorurteilen, zur Völkerverständigung, zu gegenseitiger Toleranz und damit zum Frieden in Europa beigetragen. Das war schon 1932 in Sète in Frankreich geschehen. Aber was damals noch ein spontanes Ereignis war, wurde nach 1945 integrierender Bestandteil der gesamten Arbeit des Volksbundes – verankert in der Satzung. Diese Aufgabe ist bis in die Gegenwart ein wichtiger Bestandteil der Volksbundarbeit, damit die Mahnung, die von den Kriegsgräbern ausgeht, auch weiterhin bestehen und die wichtige Volksbundarbeit auch in Zukunft erhalten bleibt.

Diese Jugendlichen sind – unbelastet von persönlicher Mitverantwortung für das Geschehen in der Vergangenheit – oft die besten Botschafter des Volksbundes im Ausland. Durch seine nationalen und internationalen Workcamps und die Jugendbegegnungsstätten leistet der Volksbund aktive Friedensarbeit.

Arbeit auf einer Kriegsgräberstätte

Das politische Leben beginnt

Die Berliner Deklaration

Am 5. Juni 1945 unterzeichneten die Oberbefehlshaber der Siegermächte in Berlin die in 15 Artikeln festgelegte „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ und übernahmen damit die „Oberste Regierungsgewalt in Deutschland“.

Auszug aus der Berliner Deklaration

Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik:

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.

Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.

Unter diesen Umständen ist es notwendig, unbeschadet späterer Beschlüsse, die hinsichtlich Deutschlands getroffen werden mögen, Vorkehrungen für die Einstellung weiterer Feindseligkeiten seitens der deutschen Streitkräfte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen und die sofortigen Forderungen zu verkünden, denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist. [...]

Das Deutsche Reich blieb zwar bestehen, wurde jedoch in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße wurden abgetrennt und unter polnische sowie sowjetische Verwaltung gestellt. Jede der vier Mächte übernahm für eine Zone die alleinige Verantwortung. Alle Angelegenheiten, die Deutschland als Ganzes betrafen, sollten durch einen Alliierten Kontrollrat entschieden werden, der sich aus den vier alliierten Militärgouverneuren zusammensetzte.

Berlin als Hauptstadt des Deutschen Reiches wurde von den Siegermächten in vier Sektoren aufgeteilt und sollte von einer Alliierten Kommandantur gemeinsam verwaltet werden. Jeder der vier Sektoren wurde einem Stadtkommandanten unterstellt.

Der Alliierte Kontrollrat

Der Alliierte Kontrollrat war das oberste Regierungsorgan der Besatzungsmächte und bestand aus den vier Oberbefehlshabern der Besatzungsarmeen. Er trat am 30. Juli 1945 erstmalig zusammen. Seinen Sitz hatte er im ehemaligen Berliner Kammergericht. Gemeinsam und einstimmig sollte er in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten entscheiden.

Sitz des Alliierten Kontrollrats

Die in Potsdam demonstrierte Einigkeit wurde jedoch bald brüchig. Schon die Entnazifizierung, die – mit Ausnahme der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse – jede Siegermacht selbständig durchführte, wies große Unterschiede auf. Die allmähliche Spaltung Deutschlands war eine Folge des weltpolitischen Gegensatzes zwischen den Westmächten und der UdSSR, der sich in den folgenden Jahren immer weiter vertiefte.

Die Potsdamer Konferenz

Um über die Neuordnung Europas und das künftige Schicksal Deutschlands zu beraten, trafen sich vom 17. 7. bis 2. 8. 1945 die vier Siegermächte im Potsdamer Schloss Cecilienhof. Am Verhandlungstisch waren Josef Stalin, Harry S. Truman und Winston S. Churchill, der Ende Juli von Clement R. Attlee abgelöst wurde. Zwischen dem 17. und 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Darauf wurde die Konferenz für zwei Tage unterbrochen, an denen in England die Wahlergebnisse verkündet wurden. Am 28. Juli kehrte Attlee in der Eigenschaft als Premierminister in Begleitung des neuen Außenministers, E. Bevin, zu der Konferenz zurück. Im sogenannten Potsdamer Abkommen wurden die „vier D's“ beschlossen: **D**emokratisierung (s. auch S. 52 ff.), **D**emilitarisierung, **D**enazifizierung und **D**ekartellisierung Deutschlands. Einig waren sich die Alliierten auch darüber, dass die Deutschen wegen ihrer autoritären Traditionen zuerst einer Umerziehung unterworfen werden müssten. Frankreich trat dem Potsdamer Abkommen am 7. 8. 1945 unter Vorbehalt bei.

Teilnehmer der Konferenz von Potsdam: Churchill, Truman und Stalin (v.l.n.r.)

Demilitarisierung (= Entmilitarisierung)

Weg mit der Uniform!

Wer in diesen Tagen noch in einer Uniform des Regimes steckte, suchte sie möglichst unauffällig wieder loszuwerden. Als Herr H. acht Tage nach dem Einmarsch der Amerikaner die Erlaubnis bekam, nach Hause zu gehen, benötigte er erst einen Zivilanzug: *„Ich weiß heute noch, den dunkelblauen Anzug habe ich gehabt. Dann bin ich hinten beim L., dem Hausdiener, an der Buxheimer Straße hinausgelassen worden, weil vorne ja die Posten gestanden sind. Das war illegal, denn die Amerikaner hätten das erst erlauben müssen. Es ist aber nichts passiert."*

Frau G., die weiter im Lazarett im Hildegardhaus arbeitete, wurde dort auch mit dem Uniformproblem konfrontiert: *„Da waren ein paar Ärzte, die haben gleich nebenan gewohnt. Die haben mich über den Gartenzaun in die Nachbarschaft rübergeschickt, um ihre Privatanzüge zu holen, damit sie ihre Uniformen losgekriegt haben. Ich weiß, wir haben auch noch ein paar Uniformen von den Soldaten ‚zivil gemacht': Abzeichen weggetrennt, die Hosen ein bisschen weiter, moderner gemacht, dass es ein bisschen privat ausgesehen hat."*

Frau B. war ebenfalls froh, ihre Nachrichtenhelferinnenuniform ablegen zu dürfen: *„Ich bin dann am Fliegerhorst entlassen worden. Wir sind nach Lagerlechfeld gekommen, wo wir vom Ami Entlassungspapiere gekriegt haben. Das war wie bei den Soldaten."*

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM, Lindenschule Memmingen)

Die Entmilitarisierung Deutschlands war einer der Kernpunkte des Potsdamer Abkommens. Die vier Siegermächte verständigten sich darauf, dass der „deutsche Militarismus und Nazismus" ausgerottet werden muss, damit Deutschland nie wieder „die Erhaltung des Friedens in der Welt bedrohen kann". Da die Alliierten in den Deutschen eine kriegerische Nation sahen, wurden umfangreiche Maßnahmen zur Entmilitarisierung angeordnet. Danach war den Deutschen das Tragen von Uniformen, Orden und Auszeichnungen verboten. Anschließend wurden alle deutschen militärischen oder paramilitärischen Verbände und Organisationen aufgelöst. Anfang 1946 wurde durch den Alliierten Kontrollrat jeglicher Besitz von Waffen und Munition bestraft. Da selbst Förster nun über keine Schusswaffen mehr verfügen durften, wurde das Wild in manchen Gebieten zur Plage. Im Mai 1946 wurden auch alle Denkmäler, Statuen und Straßenschilder, „die darauf abzielen, die deutsche militärische Tradition zu bewahren und lebendig zu erhalten", verboten. Die alliierten Vorbehalte gegen das deutsche Militär waren so tief, dass beim Neuaufbau der deutschen Polizei auf Dienst- und Rangabzeichen, Orden, militärische Grußformen und zunächst auch auf Bewaffnung verzichtet wurde. Auch nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde die Einhaltung der alliierten Entmilitarisierungsvorschriften durch das Alliierte Sicherheitsamt überwacht.

Denazifizierung (= Entnazifizierung)

Etwa 8,5 Millionen Deutsche waren z. T. gezwungenermaßen Mitglieder der NSDAP gewesen. Sie mussten „entnazifiziert" werden. Damit wurde bereits im Frühsommer 1945 begonnen. Ziel dieser Bemühungen war, alle ehemaligen Nazis aus dem öffentlichen Leben und der Wirtschaft zu entfernen. Gleichzeitig wurden führende Nationalsozialisten und Militärs im Nürnberger Prozess angeklagt. Außerdem wurden die NSDAP und alle ihre Unterorganisationen verboten, alle NS-Gesetze aufgehoben und alle Erinnerungen an das „Dritte Reich" – z. B. Straßenschilder, Bücher, Uniformen oder Orden – aus der Öffentlichkeit verbannt. Bei der Durchführung gab es fünf Gruppen:

1. Hauptschuldige
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer)
3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe)
4. Mitläufer und
5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen konnten, dass sie nicht schuldig waren).

Bilanz der Entnazifizierung in den Westzonen

Von sechs Millionen Fällen bei der Entnazifizierung wurden bis 1949 insgesamt 3 660 648 bearbeitet. Davon wurden eingeordnet in die Kategorien:

Hauptschuldige	1 667
Belastete	23 060
Minderbelastete	150 425
Mitläufer	1 005 874
Entlastete	1 213 873

(J. Fürstenau, a.a.O.)

Die Entnazifizierung wurde in den einzelnen Besatzungszonen sehr unterschiedlich durchgeführt. In der sowjetischen Besatzungszone war sie mit einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau im sozialistischen Sinne verbunden. Bis 1947 wurden über 500 000 Personen aus ihren Stellungen entfernt und durch Kommunisten ersetzt. In Speziallager der sowjetischen Geheimpolizei wurden außer NS-Verbrechern auch Denunzierte und später Gegner der SED eingesperrt.

In der französischen Zone wurde die Säuberungsaktion mehr als pragmatische Angelegenheit betrachtet. Hier wurden hauptsächlich die Eliten ausgewechselt. Auch in der britischen Zone ging man nicht so streng vor wie in der amerikanischen Zone.

In der amerikanischen Zone diente zur Ermittlung dieses Personenkreises ein Fragebogen. Auf 131 Fragen wurde wahrheitsgetreue Antwort verlangt, Auslassung und Unvollständigkeit waren als Delikt gegen die Militärregierung mit Strafe bedroht. Das Kernstück des sechsseitigen Fragebogens bildeten die Positionen 41 bis 95, bei denen detaillierte Auskunft über die Mitgliedschaft in allen nationalsozialistischen Organisationen gefordert war. Anfang Dezember 1945 waren bei den Dienststellen der amerikanischen Militärregierung ungefähr 900 000 Fragebogen eingegangen. 140 000 Personen wurden sofort aus ihren Positionen entlassen. Etwa 150 000 wurden als minder gefährliche Nazi-Sympathisanten eingestuft.

Persilschein, nach dem bekannten Waschmittel gebildete ironische Bezeichnung für Ehrenerklärung („weißwaschen"). Der Begriff entstand während der Entnazifizierung als positive Aussagen für Betroffene von Gegnern oder Verfolgten des Nationalsozialismus

In der US-Zone wurde die Entnazifizierung bis zum Frühjahr 1946 von der Militärregierung durchgeführt. Zunächst beschränkte sich die Säuberung darauf, die Fragebogen zu überprüfen. Die am höchsten belasteten Nationalsozialisten fielen in die Kategorie „Automatischer Arrest", dann kamen die NS-Aktivisten, die aus ihren Ämtern entlassen werden mussten, danach die harmloseren Fälle, deren „Entlassung empfohlen" wurde, und schließlich die Mitläufer, die ihre Ämter behalten durften.

Als die USA dann im Zuge des Kalten Krieges die Entnazifizierung in ihrer Zone zum 31. März 1948 einstellten, waren häufig Verfahren gegen Schwerbelastete noch nicht abgeschlossen. Viele Schuldige entgingen so ihrer gerechten Strafe. Engländer und Franzosen nahmen die Entnazifizierung vor allem nach pragmatischen Gesichtspunkten vor: Der Wiederaufbau von Wirtschaft und Verwaltung hatte Vorrang vor der politischen Überprüfung.

Dekartellisierung

Alle Siegermächte waren davon überzeugt, dass der Aufstieg Adolf Hitlers nur mit Unterstützung der Großindustrie möglich gewesen war. Auf der Potsdamer Konferenz beschlossen sie deshalb die Dekartellisierung (Auflösung der Kartelle) der deutschen Wirtschaft. Die Eingriffe in die Wirtschaftsstrukturen sollten auch erfolgen, „um die gegenwärtige übermäßige Konzentration der Wirtschaftskraft durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen zu vernichten".

Umerziehung

Die auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Umerziehung der Deutschen war als positives Gegenstück zur Entnazifizierung geplant. Sie nahm einen wichtigen Platz im Programm der Siegermächte ein. Dabei sollten die historischen Wurzeln des deutschen Militarismus und Totalitarismus beseitigt werden. Eine Besinnung auf das bessere deutsche Kulturerbe war von den Westmächten auch als ein Schritt auf dem Weg zur Demokratie gedacht.

"Germany is at the Crossroads" – amerikanisches Plakat zur Reeducation

Vor der Wiederaufnahme des Schulbetriebs wurden sowohl Schulpläne als auch Lehrer überprüft. Da ein Großteil der Lehrer entlassen wurde, mussten die entstandenen Lücken durch Pensionäre oder schnell ausgebildete Schulhelfer geschlossen werden. Statt der Schulbücher aus der Nazizeit fanden nun wieder die bis 1933 benutzten Bücher Verwendung. In den Hochschulen wurde an die Situation der Weimarer Republik angeknüpft: Die Studenten wurden vor Studienbeginn politisch überprüft. In den Westzonen scheiterten weitergehende Reformen im Bildungssystem häufig aber am Beharrungsvermögen der deutschen Behörden.

Deutsche Zivilisten werden in KZs geführt, um sich die Gräuel anzusehen

In der sowjetischen Besatzungszone sollte durch die Einrichtung von „Vorbereitungskursen“ ab 1946 die Zahl der Studenten aus der „Arbeiterklasse“ vergrößert werden. Erst ab 1948 begann hier dann die klassenbewusste Erziehung zum „Sozialismus“. Die Umerziehung wurde von der UdSSR auch auf die Justiz ausgedehnt. 1946 wurden über 85 Prozent der Richter und Staatsanwälte – meist frühere NSDAP-Mitglieder – durch schnell ausgebildete „Volksrichter“ ersetzt, die den Kommunisten ergeben waren.

Schule mit Spaßcharakter

Herr E. erinnert sich: *„Die letzten Schulen in Memmingen waren zu Lazaretten umfunktioniert worden. Der Schulunterricht fand dafür in Gasthäusern statt. Die meiste Zeit waren wir im ‚Schiffgarten‘. [...] Das waren ein paar Stunden notdürftiger Unterricht. Da war nur noch ein älterer Lehrer da. Das Ganze hatte mehr Spaßcharakter als dass wir viel gelernt hatten.“*

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM, Lindenschule Memmingen)

Die Oder-Neiße-Linie

Ein umstrittenes Thema auf der Potsdamer Konferenz war die Behandlung der deutschen Ostgebiete. Eigenmächtig hatte Stalin bereits in den Territorien ostwärts von Oder und Lausitzer Neiße eine polnische bzw. sowjetische Verwaltung eingerichtet. In Potsdam wurde die Oder-Neiße-Linie von den Westmächten de facto zwar anerkannt, jedoch sollte die endgültige Festlegung der deutschen Grenzen erst in einem Friedensvertrag erfolgen.

Ebenfalls wurde die „Überführung“ der in diesen Gebieten wohnenden Deutschen „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ beschlossen. Die schon bestehende Vertreibung von über zwölf Millionen Menschen wurde damit legalisiert. Über die Auslegung des Potsdamer Abkommens kam es in der Folgezeit immer wieder zu Auseinandersetzungen, da es Begriffe enthielt, die in Ost und West unterschiedlich interpretiert wurden.

Die vier Besatzungszonen

Im Februar 1945 wurde auf der Konferenz von Jalta die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen festgelegt. Da der Alliierte Kontrollrat entscheidungsunfähig war und die vereinbarte Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit scheiterte, handelten die militärischen Oberbefehlshaber meist selbständig in ihrer Besatzungszone. Durch die unterschiedliche Umsetzung der auf der Potsdamer Konferenz beschlossenen alliierten Nachkriegspolitik entwickelten sich die voneinander abgeschotteten Besatzungszonen immer mehr auseinander. Der beginnende Kalte Krieg und die schlechte wirtschaftliche Lage zwangen jedoch bald zur Zusammenarbeit in den westlichen Besatzungszonen. Briten und Amerikaner vereinigten ihre Besatzungszonen am 1. Januar 1947 zur Bizone. Durch den Beitritt Frankreichs entstand dann im April 1949 die Trizone.

Die vier Besatzungszonen

Der Alltag in den Besatzungszonen stand unter der strengen Kontrolle der Alliierten. Amtssprache war die Sprache der jeweiligen Besatzungsmacht. Briefe wurden geöffnet und zensiert, unerlaubte Gegenstände beschlagnahmt. Jegliche politische Betätigung und Maßnahmen zur Stärkung der deutschen Wirtschaft blieben zunächst verboten.

Auf kommunaler Ebene arbeitete die deutsche Verwaltung nach der Kapitulation zunächst weiter. Bürgermeister und Landräte wurden von den Alliierten anfangs nach Belieben ein- oder abgesetzt. Bald wurden auch auf höherer Ebene wieder deutsche Auftragsverwaltungen eingerichtet.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden schon im Juli 1945 fünf Länder geschaffen. Es folgten im September 1945 die amerikanische, sowie die britische und die französische Zone Mitte 1946. Die neugebildeten Länder entsprachen nur zum Teil den historischen Vorläufern.

Die amerikanische Besatzungszone

Die amerikanische Besatzungszone bestand aus Teilen Süd- und Mitteldeutschlands sowie der Enklave Bremen und Bremerhaven. Sie war mit 116 000 km² nur etwas kleiner als die sowjetische Besatzungszone. 1945 lebten 16,7 Millionen Menschen in der von den USA besetzten Zone. Der Hauptsitz der amerikanischen Militärverwaltung (**O**ffice of **M**ilitary **G**overnment **US**-Zone, OMGUS) befand sich im ehemaligen IG-Farben-Haus in Frankfurt am Main. General Dwight D. Eisenhower wurde im November 1945 durch General Joseph T. McNarney als Oberbefehlshaber der US-Zone abgelöst, dem im Januar 1947 General Lucius D. Clay nachfolgte.

Die Amerikaner beschäftigten in ihrer Zone nur wenig eigenes Personal. Daher zogen sie deutsche Verwaltungen, die stufenweise von unten nach oben aufgebaut wurden, zur Mitarbeit heran. Schon am 19. 9. 1945 wurden von der US-Militärverwaltung die Länder Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen gegründet. Die Ministerpräsidenten wurden von der OMGUS eingesetzt. Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war die „Direktive JCS 1067“ vom April 1945. Danach sollte Deutschland als besiegter Feindstaat behandelt werden. Jegliche „Fraternisierung“, also Verbrüderung mit der deutschen Bevölkerung, wurde unterbunden. Obwohl diese Direktive bis zum Juli 1947 in Kraft blieb, fanden ihre Bestimmungen auf amerikanischer und deutscher Seite immer weniger Beachtung.

Leben unter amerikanischer Besatzung

An die Furcht der Amerikaner vor Ansteckung erinnert sich auch Frau G.: *„Ich war zum Mittagessen bei einem alten Ehepaar, das uns aufgenommen hatte, da kamen die Amerikaner und wollten Quartier machen. Die Frau, eine Studienrätin, war in einem Sessel gesessen und hat gehustet. Da wollten die wissen, ob die alte Dame Tbc hat. Die haben furchtbar Angst vor Krankheiten gehabt und weil wir anderen auch noch hier einquartiert waren, sind sie gegangen. Da konnten wir noch dableiben. Aber viele andere mussten raus. [...]“*

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM, Lindenschule Memmingen)

Die britische Besatzungszone

Die britische Besatzungszone umfasste den nordwestlichen Teil Deutschlands und war etwa 97 000 km² groß. Mit 22,7 Millionen Menschen war diese Besatzungszone das bevölkerungsreichste Besatzungsgebiet. Die Hauptverwaltung des britischen Militärs (**C**ontrol **C**ommission of **G**ermany, **B**ritish **E**lement: CCG/BE) residierte in Bad Oeynhausen. Oberkommandierender und Militärgouverneur der britischen Zone war zunächst Feldmarschall Sir Bernard L. Montgomery, der 1946 von General Sir Brian H. Robertson abgelöst wurde.

Ein Jahr später als in der amerikanischen Zone wurden auch in den von Großbritannien verwalteten Gebieten Länder gebildet. Am 23. August 1946 löste die britische Militärregierung die ehemaligen preußischen Provinzen auf und gründete die Länder Nordrhein-Westfalen, Hannover und Schleswig-Holstein. Das Land Hannover wurde am 1. November 1946 umgebildet und erhielt den Namen Niedersachsen. Hamburg blieb als Stadtstaat erhalten. Ein am 15. Februar 1946 gebildeter „Zonenbeirat“, dem Vertreter von Parteien, Verwaltungen und Gewerkschaften angehörten, beriet die Militärregierung „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“. Ihm gehörten auch Konrad Adenauer und Kurt Schumacher an.

... ein bisschen verguckt in sie ...

„[...] Obwohl der Platz in der eigenen Haushälfte schon knapp geworden war durch eine Einquartierung von Leuten, die ihrerseits ihre Wohnung für Amerikaner hatten räumen müssen, durften sich Roy und Bert, so hießen die zwei Engländer, schließlich sogar auf einer Couch und einem Liegestuhl im Wohnzimmer einen Schlafplatz einrichten. Das war unser Glück. Die Amerikaner sind dann auch gekommen mit Panzern und Lastwagen und wollten auch Quartier machen. Da sind die Engländer raus: ‚Wir waren zuerst da. Ihr verschwindet!‘ Nach zehn, elf Tagen sollten sie mit einem Transport nach England zurück. Da haben wir uns tränenreich verabschiedet. Meine Schwester war ja so hübsch und der Roy hatte sich ein bisschen verguckt in sie.

Überraschend kamen die zwei noch einmal zurück, da sie sich entschlossen hatten, erst den nächsten Transport zu nehmen. Für die Gastfreundschaft revanchierten sie sich großzügig. Einmal haben sie gesagt: ‚Oma, du nix kochen‘ und haben eine Pastete mitgebracht. Ich sehe noch unseren Tiegel. Das war so fett, dass wir schier eingegangen sind. Sie haben auch stangenweise Zigaretten und beutelweise Tee gebracht. Die haben sich bei uns buchstäblich wie zu Hause gefühlt, und wir sind dadurch von Plünderungen verschont geblieben. Sie waren wie Schutzengel und es gab keinerlei Übergriffe an uns Mädchen. Die waren derart anständig, wie man es kaum sonst gehört hat. Leider haben wir gar nichts mehr von denen gehört.“

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM, Lindenschule Memmingen)

Die französische Besatzungszone

Die französische Besatzungszone wurde erst nachträglich aus Gebieten der britischen und amerikanischen Zone gebildet. Sie lag ganz im Südwesten Deutschlands, an der Grenze zu Frankreich und war mit 39 000 km² und 5,8 Millionen Einwohnern die kleinste Besatzungszone. Das Hauptquartier der französischen Besatzungstruppen unter General Koenig befand sich in Baden-Baden. Im Gegensatz zu den Briten und Amerikanern verfolgte Frankreich gegenüber Deutschland eine eigene, von einem star-

ken Sicherheitsbedürfnis geprägte Politik („Erbfeindschaft“). Gegenüber dem Saarland bestand Frankreich auf einer Annexionspolitik. Im Juli 1945 wurde das Saarland Wirtschaftsprotektorat und im August 1945 aus der Besatzungszone ausgegliedert. Am 1. 8. 1948 war die volle Einbeziehung des Saarlandes in das französische Zoll- und Währungsgebiet abgeschlossen.

Für die französische Saarpolitik spielten besonders wirtschaftliche Überlegungen eine große Rolle: Die Kohlegruben des Saarlandes bildeten eine hervorragende Ergänzung zu den Erzgruben in Lothringen. Reparationsforderungen für französische Kriegsschäden konnten so befriedigt werden. Zur französischen Besatzungszone gehörten hauptsächlich strukturschwache ländliche Gebiete. Die Reparationsforderungen Frankreichs wurden daher vor allem mit der Kohle des Saarlandes und dem Holz des Schwarzwaldes beglichen. Weil Holz auf dem Weltmarkt hohe Preise erzielte, stieg der Holzeinschlag in Baden und Württemberg-Hohenzollern bald um bis zu 350 Prozent. Durch die „Franzosenhiebe“ entstanden gewaltige Kahlschläge.

Die Franzosen gliederten ihre Zone in vier Länder: Baden, Württemberg-Hohenzollern, Saarland, und das am 30. August 1946 gegründete Rheinland-Pfalz. Die Kompetenzen der Länderregierungen waren jedoch im Vergleich zu den anderen westlichen Besatzungszonen stark eingeschränkt.

Nach Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung im Oktober kam es am 8. November 1947 zur Verabschiedung einer eigenen saarländischen Verfassung. Darin wurde die Unabhängigkeit von Deutschland sowie die außenpolitische und wirtschaftliche Anlehnung an Frankreich erklärt. Im Juli 1948 wurde dann sogar eine international nicht anerkannte eigene saarländische Staatsangehörigkeit geschaffen.

Die sowjetische Besatzungszone

Die sowjetische Besatzungszone war mit 121 000 km² die größte Zone und umfasste den mittleren und östlichen Teil Deutschlands. Ohne Absprache mit den Westalliierten hatte die UdSSR die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße abgetrennt und unter polnische sowie das Gebiet um Königsberg unter sowjetische Verwaltung gestellt. Sitz der Militärregierung, der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), war Berlin-Karlshorst.

Das mitten in der sowjetischen Besatzungszone gelegene Berlin wurde, nach Übergabe von Thüringen und Sachsen durch die Amerikaner an die Sowjets, zwischen den Alliierten in vier Sektoren aufgeteilt. Schon im Juli 1945 richtete der SMAD in den Ländern Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und den Provinzen Brandenburg und Thüringen eigene Landes- beziehungsweise Provinzverwaltungen ein. Nach der Auflösung Preußens im Februar 1947 erhielten die Provinzen Brandenburg und Thüringen ebenfalls Länderstatus. Im Sommer 1945 wurden durch die SMAD elf (später 16) deutsche Zentralverwaltungen eingesetzt, die in ihrem Auftrag die Länder beraten und anleiten sollten. Alle Schlüsselpositionen wurden durch Kommunisten besetzt. Die Zentralverwaltungen waren als Keimzellen künftiger deutscher Regierungsbehörden angelegt.

Einschränkung der Bewegungsfreiheit

Der Wechsel von einer Besatzungszone in eine andere war schwierig. Dafür benötigte man einen Passierschein, der extra genehmigt werden musste.

HEADQUARTERS
649 MEDICAL COLLECTING COMPANY
APO 633 US ARMY

31 January 1946.

Translation
Übersetzung

1. Hiermit wird bescheinigt, dass Frau B e i l die Genehmigung hat, ihren kriegsgefangenen Mann, der sich zur Zeit im Deutschen Militär Lazarett Bad Nauheim befindet, zu besuchen.

2. Der kriegsgefangene Patient Beil hat ein Bein verloren, ist an beiden Armen gelähmt und ist vollkommen hilflos. Frau Beil hat die Erlaubnis ihn zu besuchen, um ihm beim Essen und Ankleiden zu helfen.

3. Sie ist berechtigt, ihn täglich zwischen 0700 Uhr und 1900 Uhr zu besuchen.

Sie untersteht jederzeit den Hausregeln und Anordnungen des Lazarettes.

J.M.CATLIN
CAPTAIN MC
COMMANDING

Quelle: privat

Die Besatzungszeit in der Westzone dauerte bis 5. Mai 1955. Mit der Souveränitätserklärung der Bundesrepublik wurde sie beendet.

Autokennzeichen aus der amerikanischen Besatzungszone

Nachkriegsalltag

Die tägliche Not am Ende des Krieges

Die Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 war Ende und Anfang zugleich: Das Ende der zwölfjährigen NS-Herrschaft und der demokratische Neubeginn unter alliierter Aufsicht in den Westzonen. Zunächst galt es, das eigene Überleben zu sichern. Nahrungsmittel, Brenn- und Treibstoff waren Mangelware. Die Strom- und Wasserversorgung war vielerorts ausgefallen. Millionen von Flüchtlingen, Umsiedlern, Vertriebenen, befreiten KZ-Häftlingen und Gefängnisinsassen, Zwangsarbeitern und entlassenen Soldaten suchten nach Angehörigen und einem neuen Zuhause. Die Menschen standen vor einer ungewissen Zukunft.

Hildegard C. aus Bobingen erinnert sich: *„Ich war 1945 elf Jahre alt und wohnte mit meiner Mutter und meinen drei Geschwistern in Schondorf am Ammersee. Ende April kamen die Amerikaner, das bedeutete für uns, dass der Krieg zu Ende war. Alle waren froh, den Zusammenbruch überlebt zu haben. Die großen Probleme mussten aber noch gelöst werden: die Unterbringung der Flüchtlinge, die aus den deutschen Ostgebieten in den Westen kamen. Die Zwangsarbeiter, die meist aus Osteuropa kamen, waren frei und mussten versorgt werden. Da kam es oft aus Rache zu Plünderungen und Gewalt. Die Häftlinge aus den Konzentrationslagern (KZs), die die Massenvernichtung des Dritten Reichs überlebt hatten, mussten betreut und gepflegt werden. Da hat man begriffen, wie unmenschlich dieses Regime gewesen war. Der Schwarzmarkt blühte, Zigaretten waren das beste Zahlungsmittel. Hamstern war üblich. Nach dem Hunger kam das Frieren. Kohlewaggons wurden geplündert und in den Parks wurden die Bäume gefällt. 1946/47 war ein strenger Winter. Im Laufe des Jahres wurde der Schulunterricht wieder aufgenommen. Lebensrettend waren für viele unter anderem die CARE-Pakete und die Schulspeisung.“*

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005:
Klasse 6a, Dietrich-Bonhoeffer-Realschule, Neustadt/Aisch)

Das im Krieg zerstörte Berliner Stadtschloss (links) und der Dom (rechts)

Wohnungsnot

Weite Teile Deutschlands waren in ein Trümmerfeld verwandelt. Viele Städte, Industrieanlagen und Wohnungen waren zerbombt oder ausgebrannt, die Infrastruktur weitgehend zerstört. Durch die Zerstörung vieler Städte standen die Menschen praktisch vor dem Nichts. In München blieben z. B. von 257 000 Wohnungen nur 25 000 unbeschädigt, 35 Prozent aller Geschäfte lagen in Schutt und Asche. Es herrschte unbeschreibliches Chaos; dazu kam eine ungeheuere Wohnungsnot. Noch Ende 1946 standen für 14 Millionen Haushalte nur acht Millionen Wohnungen zur Verfügung.

Deutlich schreiben!

Lebenszeichen von Beil Jenny

aus Ritzingen, Falterstr. 15

Datum: 23.2.45

Vater u. Toni tot,
Haus Volltreffer
Komme sofort!

Eilnachricht von der Zerstörung des Elternhauses, dem Tod des Vaters und der Schwester

Zu dieser Wohnungsnot kam noch der nicht nachlassende Flüchtlingsstrom aus den deutschen Ostgebieten. Millionen Familien suchten Unterschlupf in den unzerstört gebliebenen Kleinstädten.

Bei Familie H. war es schon früh zu einer Einquartierung gekommen: *„Meine Eltern haben ein Schlafzimmer, ein Wohnzimmer, ein Kinderzimmer und eine Küche gehabt. Davon haben sie ein Zimmer an das Ehepaar F. hergeben müssen. Nette Leute, aber man hat ein Klo miteinander gehabt, einen Wasserhahn und eine Küche. Das hat zwei bis drei Jahre gedauert. Mein Bruder und ich haben im Wohnzimmer schlafen müssen. Das war eine unheimliche Beeinträchtigung.“*

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005:
Klasse 9cM der Lindenschule Memmingen)

Viele Menschen mussten in schnell aufgebauten Barackenunterkünften, die nicht isoliert waren, hausen. Meist gab es nur eine einzige Wasserstelle für viele Familien. Auch führte keine Straße bis zur Wohnungstür. Die Kinder wuchsen in unbeschreiblich beengten Wohnverhältnissen auf, in Wohnlauben, Holzbaracken, Behelfsheimen für Ausgebombte oder sonstigen Notunterkünften. Viele Familien hatten nur einen 20 m² großen Raum, in dem man schlief, kochte und sich aufhielt. Viele Kinder schliefen in einem Bett mit Geschwistern und auch das Bad musste man sich mit den Mitbewohnern teilen.

Wohnverhältnisse: mehrere Studenten teilen sich ein Zimmer

Hungersnot

Vor dem Krieg konnte die deutsche Landwirtschaft zu 80 Prozent die Ernährung sichern. Das Ausmaß der wirtschaftlichen Notlage zeichnete sich bereits am Ende des Krieges ab, zeigte sich aber nach dem Krieg nicht sofort. Bis Ende 1946 reichten die aus der Kriegszeit geretteten Vorräte noch aus. Bis zum Frühjahr 1945 sank der Kalorienverbrauch allmählich auf 2010 Kalorien und 1946 auf zunächst noch 1200 Kalorien (und darunter) pro Kopf.

Nahrung war die größte Sorge der Menschen in den ersten Nachkriegsjahren. *„Der Hunger wurde für viele zum schlimmsten Diktator“,* schrieb die Kölnische Rundschau damals. Die Lebensmittelrationen in den ersten Nachkriegsjahren waren so niedrig, dass der Ernährungsrat der Deutschen Ärzte klagte, sie würden innerhalb einiger Monate zum Tode führen. *„Nur mit äußerster Anstrengung und unter Einsatz aller Ersparnisse aus früheren Jahren, oft unter Preisgabe der mühsam geretteten Reste der beweglichen Habe, unter Missachtung von Gesetzen und behördlichen Bestimmungen“* könnten sich die Menschen durchschlagen. Tatsächlich hat diese Not viele Menschenleben gekostet. In Leipzig starben von den 7273 Lebendgeborenen des Jahres 1945 fast 16 Prozent – das waren 1138 Kinder – vor ihrem ersten Geburtstag. 1946 kamen noch zehn Prozent ums Leben. In Hamburg waren im Juli 1946 von 14 091 Krankenhausbetten 1189 von Patienten mit Hungerödemen belegt. In Aachen hatten 1947 fast 70 Prozent der sechs- bis zwölfjährigen Kinder Untergewicht.

Die Süddeutsche Zeitung in München verbreitete damals den Witz, dass der Fragebogen zur Entnazifizierung erweitert worden sei: *„Gedenken Sie im Jahr 1948 noch zu leben? Wenn ja, wovon?“*

Die Versorgungslage der Bevölkerung war katastrophal. Überall herrschte großer Hunger. Für manche Familie war die zusätzliche Lebensmittelration, die es gab, überlebenswichtig. Mit dem Ausfall der staatlichen Lebensmittelrationierung, die während des Krieges die Ernährung der Bevölkerung halbwegs gesichert hatte, und dem Verlust der agrarreichen Ostgebiete war die Versorgung total zusammengebrochen. All das führte dazu, dass Deutschland sich nicht mehr aus eigener Kraft ernähren konnte und auf Lebensmittellieferungen der Alliierten angewiesen war. Diese waren allerdings sehr knapp bemessen. Viel zu wenig zum Leben gab es für alle, die mit den amtlichen Lebensmittelzuteilungen auskommen mussten. Hatte der Völkerbund noch 1936 den Kalorienbedarf eines Menschen auf 3000 Kalorien pro Tag festgelegt, so lagen nun die Lebensmittelzuteilungen in einigen Landesteilen unter 1000 Kalorien, teilweise sogar bei 800 Kalorien. Doch war der Hunger ungleich verteilt. Auf dem Lande wurde kaum gehungert. Die leidende Stadtbevölkerung musste zu den Bauern „hamstern“ gehen, um zu überleben.

Monika B. erinnert sich: *„Äpfel besorgte der Bruder. Wir bekamen einen Tag Kartoffeln mit Apfelmus, einen Tag Kartoffeln mit Möhren. Etwas anderes hatten wir nicht, wir wollten nur überleben, das war eigentlich alles.“* Quelle: privat

Wer satt werden wollte, war neben der amtlichen Zuteilung auf zusätzliche Nahrungsquellen angewiesen. Etwas zu essen gab es offiziell nur mit einer Lebensmittelkarte. Deshalb war die Devise der Nachkriegszeit: Wer tauscht, überlebt. Tauschbörsen und Schwarzmärkte ersetzten den Handel. Am Wochenende zogen die Stadtbewohner in Schlangen hinaus auf die Dörfer, um für das letzte Familiensilber noch ein paar Rüben einzutauschen. Millionen Menschen, die nichts mehr für die Hamsterfahrt hatten, gingen leer aus und blieben hungrig.

Lebensmittelmarke 1946

Der „Hungerwinter“ 1946/47

Feldmarschall Montgomery hatte schon in seiner Botschaft vom 6. August 1945 warnend erklärt: *„Der kommende Winter wird schwierig sein. Wir müssen mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, dass Mangel an Lebensmitteln, an Kohle, an ausreichender Unterkunft, an Transportmitteln und Verteilungsmöglichkeiten herrschen wird. Es ist notwendig, dass Sie sich das jetzt schon klarmachen. Für die privaten Haushalte stehen im kommenden Winter Kohlen nicht zur Verfügung. Jeder muss sich selbst helfen.“*

Passanten zerlegen einen Pferdekadaver

Die Strom- und Gasversorgung wurde stark rationiert. Niemand konnte sich auf Hilfe durch die Besatzungsmacht verlassen. Nun begannen die Menschen, sich Brennmaterial auf Vorrat zu besorgen, durch Plündern von Kohlenzügen – „Kohlenklau“ nannte man das im Volksmund – und Abholzen in den Wäldern und an den Straßenrändern. In Bamberg wurde z. B. das Parkett des Stadttheaters verheizt. Der einzige Lichtblick war die beginnende Hilfe internationaler Organisationen, so – in Hamburg – des Schwedischen Roten Kreuzes mit der „Schwedenspeisung“ in den Schulen oder später die amerikanischen CARE-Pakete, die Lebensmittel im Wert von jeweils zehn Dollar enthielten. Feldmarschall Montgomery warnte das britische Labour-Kabinett unter Premierminister Clement R. Attlee in einem düsteren Lagebericht, in der britischen Besatzungszone stünden *„weit verbreitete Seuchen und Hunger“* in Aussicht, wenn nicht energische Maßnahmen ergriffen würden. Diese Warnungen blieben aber ohne Wirkung.

Der strenge Winter 1946/47 („Hungerwinter“) übertraf jedoch alles. Ernährung, Energieversorgung und Verkehr brachen zusammen. Da die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Osten verloren gegangen waren und außerdem die Ernte 1946 nur etwa 50 Prozent betrug, war ein Zusammenbruch der Ernährungslage vorprogrammiert. Vor dem Krieg waren ein Viertel des Getreides und 30 Prozent der Kartoffeln aus den Provinzen östlich von Oder und Neiße gekommen. Die schlechte Lebensmittelversorgung führte zu Streiks und Protesten. In Hamburg stand bei einer Kundgebung von 200 000 Menschen im Mai 1947 auf Plakaten: *„Mit 800 Kalorien kann niemand arbeiten.“* Wenige Wochen zuvor hatten die Arbeiter im Ruhrgebiet wegen der Hungerrationen einen Tag lang gestreikt. Die Beschäftigten von Krauss Maffei in Bayern rebellierten dagegen, dass ihnen das ohnehin sehr dünne Bier gestrichen wurde.

Kind beim Kohlenaufsammeln

Gemüseanbau in Berlin vor dem Brandenburger Tor. In vielen Städten wurde auf jedem freien Fleck, z. B. in Parks, Gemüse angebaut

Manchmal musste man auch zu einer List greifen, um z. B. Brot mit nach Hause zu bringen.

Karola Schwider erinnert sich: *„[...] Ich kann mich noch gut erinnern, dass ich mal bei Niewöhner, beim Lebensmittelhändler, stand, eine ganze lange Schlange. Und ich seh’ nur noch vier Brote liegen im Regal.*

Ich denk: ‚Mein Gott, wenn der die jetzt wirklich durchschneidet, dann bekommen nur noch acht Mann Brot [...]‘.

Ich hatte den Säugling auf dem Arm, unseren Gisbert. Ich denk: ‚Lieber Gott, was sollst du machen?‘ Da hab ich den Gisbert in den Hintern gekniffen, und der hat geschrien, wie verrückt.

Und da hat die Frau Niewöhner gesagt: ‚Komm mal vor, du bist auch ein armes Mädchen, immer musst du die Kinder mitnehmen [...]!‘ Auf diese Weise bekam ich mein Brot [....].“

(aus: Horbelt/Spindler, Wie wir hamsterten, hungerten und überlebten, S. 8)

Anstehen vor dem Lebensmittelladen

Versorgung auf dem Land

Auf dem Land waren Lebensmittel nicht so knapp wie in den Metropolen. Wer einen kleinen Garten besaß, war meist besser ernährt als die Bewohner von Mietwohnungen. Viele Bauern wurden durch die Not der Städter wohlhabend. Die Menschen holten sich Wildkräuter von den Wiesen und sammelten Eicheln, um sie zu verkochen oder sammelten im Wald Tannenzapfen zum Feuermachen. Andere fuhren mit dem Handwagen aufs Land und tauschten Waren gegen Eier, Kartoffeln oder Mehl.

Not machte jedoch auch erfinderisch und man kreierte schon während des Krieges ganz besondere Gerichte.

Eichelblutwurst

Zutaten: vier Tassen Magermilch oder Molke, eine Tasse Eichelmehl, zwei rohe Kartoffeln, eine klein gehackte Zwiebel, Salz, Pfeffer, ein Teelöffel Majoran, 500 g Weißbrot

Milch zum Kochen bringen. Eichelmehl einrühren, zehn Minuten kochen lassen. Mit den roh geriebenen Kartoffeln binden. Mit Gewürzen scharf abschmecken. Weißbrot in kleine Würfel schneiden und in ein schmales, hohes Glas füllen. Die Eichelmasse darüber gießen, so dass das Brot fest umschlossen ist.

Zwölf Stunden stehen lassen. Stürzen.

(aus: Horbelt/Spindler, Tante Linas Kriegskochbuch, S. 199)

1947 ernteten die Bauern auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik nur gut die Hälfte der Mengen von vor 1939. In den vier Besatzungszonen konnte nicht das produziert werden, was die Bewohner an Lebensmitteln benötigten. Es fehlte an Saatgut, landwirtschaftlichen Gerätschaften und Transportmitteln. Viele Zugstrecken waren unpassierbar. Außerdem mangelte es an Benzin, um die Ernte zu transportieren.

Grundnahrungsmittel, die allerdings schnell vergriffen waren, wurden nur auf Lebensmittelkarten ausgegeben. Anderes war nur im Tausch zu erhalten.

Tagesration für ein Grundschulkind:

drei Scheiben Brot
ein Teelöffel Marmelade
eine Gabelspitze Fleisch
6,6 g Kunsthonig
5,7 g Rohrzucker
8,3 g Grieß
8,2 g Fett

Das war gerade die Menge zum Überleben, satt wurde man davon nicht!

Tagesration 1947 und Lebensmittelmarke: 350 g Brot, 5 g Butter, 14 g Fleisch, 43 g Gemüse, 52 g Käse, 2 Kartoffeln, 1/8 l Magermilch

Wieder einmal war es die Kartoffel, die eine landesweite Hungerkatastrophe verhinderte. Kartoffeln, Rüben und alles, was wild in Wald und Flur wuchs, wurde für die Nahrungsmittelzubereitung herangezogen. Brennnessel-Spinat, Sauerampfer, Pilze, Wildkräuter und Beeren ergänzten den Speiseplan. Ein Geburtstagskuchen erforderte das ganze Organisationstalent und die Kreativität von Müttern, weil die Zutaten nicht oder nur unter größten Schwierigkeiten zu bekommen waren.

Falsche Spiegeleier

Zutaten: ein kg Kartoffeln, 1/4 l Magermilch, ein Esslöffel Mehl

Für die Füllung: Reste von gekochtem Blumenkohl, ein Esslöffel Tomatenmark, Pfeffer, Majoran

Die geschälten, gewürfelten Kartoffeln werden in Salzwasser weich gekocht. Man gießt das Kochwasser ab und zerstampft die Kartoffeln, die man dann mit Milch zu einem dicken Brei kocht, dabei etwas Mehl untermischen. Runde Platten (in Spiegeleiergröße) auf ein gefettetes Blech streichen. Während diese im Backofen backen, bereitet man die Füllung vor: Gemüsereste klein hacken, mit Tomatenmark, Pfeffer und Majoran gut verrühren und in einem Topf heiß werden lassen. Auf die gebackenen Platten geben, so dass noch ein weißer Rand zu sehen ist.

(aus: Horbelt/Spindler, Tante Linas Kriegstagebuch, S. 56)

Ein begehrtes Nahrungsmittel: Zuckerrüben

Die Zuckerrübe hatte nicht nur für die Kinder eine große Bedeutung. Viele erinnern sich noch nach über 60 Jahren lebhaft an die Sirup kochenden Mütter und an die köstliche, klebrigbraune Masse, die sie begierig auf die Brote strichen und die letzten Tropfen von den Fingern leckten.

Wie koche ich Sirup?

Die Zuckerrüben werden gut gewaschen und gebürstet. Größere Mengen zerkleinert man am besten in der Maschine, kleinere Mengen werden auf der groben Raffel gerieben. Die Masse kommt in einen Leinensack und wird unter der Sackpresse ausgepresst. Die Flüssigkeit wird aufgefangen und muss über Nacht stehen bleiben. Wenn man keine Saftpresse besitzt, kann man die Rüben auch in größere Stücke schneiden und kochen. Über Nacht kann alles abkühlen, den Saft lässt man ablaufen. Der klare Saft wird in einem Kessel über scharfem Feuer erhitzt. Unter ständigem Rühren wird der Saft abgeschäumt und mehrere Stunden eingekocht. Wenn eine Tropfenprobe auf einem Teller wie geschmeidiges Schmalz erstarrt, nimmt man den Kessel vom Feuer, und rührt noch eine Stunde weiter. Noch warm wird der Sirup in irdene Töpfe gefüllt und zugebunden.

(aus: Horbelt/Spindler, Tante Linas Kriegstagebuch, S. 109)

Die westlichen Siegermächte versprachen den Deutschen zunächst einmal 1550 Kalorien pro Tag, im Osten waren es 1500. Tatsächlich sanken die Zuteilungen für den Normalbürger zeitweise unter 1000 Kalorien, in Köln waren es im April 1947 gar nur 737. Zumindest unmittelbar nach dem Krieg steckte eine Strategie dahinter: Die Besatzer wollten, dass die Deutschen weniger zu essen hatten als die von ihnen überfallenen Nachbarn. Sie sollten gerade so viel bekommen, dass Seuchen und Aufstände vermieden wurden. Wie erwartet, blieben die Proteste begrenzt. Die Ausbreitung von Krankheiten führte zwar zu unzähligen Tragödien, aber nicht zu Epidemien – ein Erfolg, um den die Siegermächte oft bangen mussten. Bald nach Kriegsende erkannten die westlichen Alliierten, dass ohne Lebensmittelimporte die Situation nicht unter Kontrolle zu halten war. Später kamen umfangreiche Hilfsprogramme hinzu. Trotzdem blieb die Versorgung bis Ende der 40er-Jahre problematisch.

Kätha B. erinnerte sich: *„Endlich hatten wir uns ein Schwein beim Bauern besorgt. Da Schwarzschlachten verboten war, musste es in der Nacht geschehen. Der Metzger führte das Schwein in den Hof. Als vorsichtig Licht gemacht wurde, erschrak sich das Schwein und flüchtete mit dem Kopf voraus in die Hundehütte. Da steckte es hoffnungslos fest, quiekte laut und natürlich wurden die Nachbarn wach. Sie halfen uns jedoch, und mit vereinten Kräften gelang es, das Schwein aus der Hundehütte zu ziehen. Selbstverständlich luden wir dann die Nachbarn zur Schlachtschüssel ein.“*

Quelle: privat

Die CARE-Pakete

Chronik der CARE-Pakete

27. 11. 1945: 22 amerikanische Wohlfahrtsorganisationen gründen eine private Hilfsorganisation, die „**C**ooperative for **A**merican **R**emittances to **E**urope“, Abkürzung: CARE

21. 2. 1946: Der amerikanische Präsident Harry S. Truman genehmigt den Transport humanitärer Hilfsgüter nach Deutschland

7. 5. 1946: Präsident Truman unterzeichnet einen Scheck in Höhe von 1500 US-Dollar für 100 CARE-Pakete

11. 5. 1946: Erste CARE-Pakete für Frankreich treffen in Le Havre ein

5. 6. 1946: Abschluss des Vertrages zwischen CARE und dem Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone zur Verteilung von CARE-Paketen

21. 6. 1946: Abschluss eines entsprechenden Vertrages für die britische Zone sowie des Vertrages zwischen CARE und dem Zentralausschuss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

15. 7. 1946: Die erste große Sendung von 35 700 CARE-Paketen für Deutschland kommt mit dem US-Frachter „American Ranger“ in Bremen an

1. 8. 1946: Einrichtung des amerikanischen CARE-Büros für Deutschland in Bremen

Ab August 1946: CARE-Pakete treffen in der amerikanischen Zone ein

Ab Oktober 1946: CARE-Pakete treffen in der britischen Zone ein

8. 11. 1946: Abschluss des Vertrages zur Verteilung von CARE-Paketen in der französischen Zone

27. 11. 1946: Gründung von CARE-Canada

Ab Dezember 1946: CARE-Pakete treffen in der französischen Zone ein

1946 – 1949: Fünf Millionen CARE-Pakete werden nach Deutschland gesandt

1948/49 – Berlin-Blockade: Von CARE gecharterte Maschinen fliegen mehr als 200 000 CARE-Pakete in die von jeder Versorgung abgeschnittene Stadt

Die ersten CARE-Pakete kommen 1946 im französischen Le Havre an

Im Winter 1946 machten in den USA Berichte über hungernde europäische Kinder Schlagzeilen. Amerikaner lasen erschüttert, dass Polen, Ungarn und Deutsche im Schnitt täglich nur 800 Kalorien aufnehmen. In den USA war der Jubel über das Ende des Krieges verklungen, die meisten Soldaten waren heimgekehrt, die Wirtschaft boomte, die Mägen waren voll.

Viele Amerikaner hatten Verwandte oder Freunde in Europa. Die Bereitschaft zu helfen war groß. Der Bürgermeister von New York schlug vor, alle Amerikaner sollten zugunsten hungernder Europäer eine Mahlzeit pro Woche auslassen. Aber wie sollten die Lebensmittel aus Amerika den Weg nach Europa finden?

Ein Mann namens Lincoln Clark schlug vor, Pakete zu schicken
Die Idee war nicht neu und hatte sich bereits im Ersten Weltkrieg bewährt. Neu war die Organisation, die Clark aus der Taufe hob: CARE – die „**C**ooperative for **A**merican **R**emittances to **E**urope“. „Care“ bedeutet aber auch: Sorge, Fürsorge. Selten traf ein Kürzel so zu. Später wurde „Europe“ durch „Everywhere“ (überall) ersetzt und Remittances (Überweisungen) durch das schlichtere „Relief“ (Hilfe). Aber da war CARE längst zu einem Markenzeichen der Hilfsbereitschaft geworden.

Ein CARE-Paket bestand aus einem Pappkarton oder einer Metallkiste. Es hatte folgende Maße: 20 x 33,5 x 33,3 cm

Trudy McVicker, heute Amerikanerin, empfing das erste CARE-Paket als elfjähriges Mädchen in Bayern, im Winter 1946. *„Keine Mahlzeit wird mir je wieder so gut schmecken wie jene Lebensmittel aus dem CARE-Paket“,* berichtete sie, und dass eines fast noch wichtiger war als satt zu werden: die Erfahrung, dass sich jemand um sie kümmerte: *„Menschen, die noch vor kurzem im Krieg mit Deutschland waren, sahen über alle Vorbehalte hinweg und halfen, statt sich an unserem Elend zu weiden. Es war mir eine unschätzbare Lehre.“*

CARE-Paket

Dankesschreiben solchen Inhalts hat CARE seither zehntausendfach erhalten, aus aller Welt. Als CARE sich am 27. November 1945 vorstellte, war der Erfolg alles andere als sicher. Die Organisation war winzig, die Aufgabe gewaltig. Die US-Army hatte für die geplante Invasion in Japan 2,8 Millionen Proviantpakete eingelagert. Nach Japans Kapitulation brauchten die GIs die Pakete nicht mehr. Die US-Regierung stellte sie CARE zur Verfügung. Nun wurden US-Bürger gesucht, die eine Patenschaft für einzelne Pakete übernehmen wollten und Adressaten in Europa benennen konnten. CARE gab die Garantie, dass die Pakete ihre Empfänger auch erreichten. Ansonsten: Geld zurück. Diese Zusage einzuhalten, erwies sich als schwierig, jedenfalls in der Anfangszeit. US-Präsident Harry S. Truman finanzierte die ersten hundert Pakete. Die Witwe seines Vorgängers, Eleanor Roosevelt, der Boxer Joe Louis, die Schauspielerin Marlene Dietrich und viele Prominente machten Werbung für CARE.

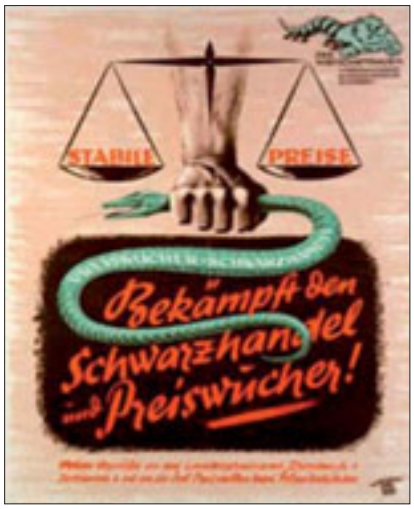
Freude über ein CARE-Paket

Im Frühjahr 1946 genehmigte die Regierung in Washington das erste Hilfsprogramm. Am 11. Mai 1946 erreichten die ersten Pakete Le Havre in Frankreich. Im Juli schon unterhielt CARE Büros und Lagerhallen in elf europäischen Ländern sowie in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland. Die Mitarbeiter von CARE waren Veteranen amerikanischer Hilfsorganisationen, zum Teil Quäker, Gewerkschafter oder Journalisten. Einige waren Soldaten und Agenten des US-Geheimdienstes OSS (**O**ffice of **S**trategic **S**ervices). Aus dem OSS ging nach dem Krieg die CIA hervor. Diese Geheimdienstverbindung erschwerte es CARE, Pakete auch nach Osteuropa und in die sowjetisch besetzten Länder Mitteleuropas zu liefern. Eine Anzeige in US-Zeitungen pries die Pakete als „Amerikas bekannte Geheimwaffe“. Ab Juli 1946 trafen in den westlichen Besatzungszonen Nahrungsmittel, Saatgut und Düngemittel im Wert von 1,6 Milliarden Dollar (bis März 1950) ein. Nach heutiger Kaufkraft entsprach die Summe etwa zwölf Milliarden Euro. Moskau verteufelte die CARE-Pakete als ideologische Handgranaten, als Instrumente des US-Imperialismus. Dennoch: 1946 wurde eine Million Pakete ausgeliefert, 1947 schon 2,6 Millionen. Bis 1963 schickten Amerikaner zehn Millionen CARE-Pakete allein an deutsche Empfänger.

1995 entdeckte CARE ein neues Land, dem es zu helfen galt: die USA. Seither verschickt CARE – mit Sitz in Atlanta – Pakete mit Büchern und Tonbandkassetten an mittellose US-Familien.

„Noch heute können viele von uns das Wort CARE nicht hören, ohne tief bewegt zu sein.“
(Bundespräsident Roman Herzog am 8. Mai 1995)

Der Schwarzmarkt



Gegen Kriegsende zeichnete sich in Deutschland ein Versorgungsengpass ab. Seit März 1945 wurden daher radikale Kürzungen der Lebensmittelrationen vorgenommen. Die auf den Lebensmittelkarten aufgezeichneten Zuteilungen verringerten sich ständig. Dazu kam, dass diese nicht einmal immer in den Geschäften vorrätig waren. Man versuchte, durch Tausch und auf dem Schwarzmarkt das dringend Benötigte zu ergattern.

Heinrich Böll (1917–1985) erinnert sich:

„Kopfkissen zu Brot“

„Ich selbst übte damals eine undankbare Funktion in unserer unbescholtenen Familie aus: Ich war das einzige Bindeglied zu jener denkwürdigen Institution, die wir Schwarzmarkt nannten. Mein Vater war gefallen, meine Mutter bezog eine winzige Pension, und so bestand meine Aufgabe darin, fast täglich kleine Teile unseres geretteten Besitzes zu verscheuern oder sie gegen Brot, Kohle und Tabak zu tauschen. Die Kohle war damals Anlass zu erheblichen Verletzungen des Eigentumsbegriffs, die man heute mit dem harten Wort Diebstahl bezeichnen muss.

So ging ich fast täglich zum Diebstahl oder Verscheuern aus, und meine Mutter, obwohl ihr die Notwendigkeit eines solch anrüchigen Tuns einleuchtete, sah mich morgens nur mit Tränen in den Augen meinen komplizierten Pflichten entgegengehen. So hatte ich die Aufgabe, ein Kopfkissen zu Brot, eine Sammeltasse zu Grieß oder drei Bände Gustav Freytag zu fünfzig Gramm Kaffee zu machen, Aufgaben, denen ich zwar mit sportlichem Eifer, aber nicht ganz ohne Erbitterung und Angst oblag. Denn die Wertbegriffe – so nannten es die Erwachsenen damals – waren erheblich verschoben, und ich kam hin und wieder unberechtigterweise in den Verdacht der Unehrlichkeit, weil der Wert eines zu verscheuernden Objektes keineswegs dem entsprach, den meine Mutter für angemessen hielt.“

(zitiert nach Heinrich Böll, Mein Onkel Fred, aus Heinrich Böll: Erzählungen, Köln, 1994)

Im April 1945 brach das Rationierungssystem vielerorts zusammen. Es kam zu Plünderungen der Vorratslager, um sich in der Übergangsphase bis zur Besatzungszeit bescheiden versorgen zu können. Es fehlte an vielem, angeboten und gesucht wurde alles, was sich verwerten ließ. Schieber und Geschäftemacher hatten Hochkonjunktur. Auf dem Schwarzmarkt war buchstäblich alles zu haben, was man benötigte, und nicht selten handelte es sich um Diebesgut: Butter (das Pfund für 250 Reichsmark), Eier, Speck, Fleisch, Kaffee (das Pfund für 1500 Reichsmark) und sogar komplette Lebensmittelkarten, für 1000 Reichsmark pro Stück. Wer nicht „organisieren“ konnte, blieb auf der Strecke. Wichtiger als die Reichsmark war indessen die „Zigarettenwährung“.

Andreas K. aus Bremen erinnert sich: *„[...] Es entstand die sogenannte ‚Zigarettenwährung‘. Viele Kinder bettelten die Engländer um Zigaretten an. Sie sagten immer den selben Spruch: ‚Have you a cigarette for my father‘? Unsere Eltern hatten uns das Betteln verboten. Für eine Zigarette konnte ich zum Beispiel zwanzig Tuben Gummilösung für die Reparatur von Fahrradschläuchen eintauschen. Die Gummilösung brauchte ich dringend, da ich für die ganze Nachbarschaft die Fahrräder reparierte. [...]“*

Quelle: privat

Zivilpolizist kontrolliert die Handtasche einer Frau

[...] In kleinen, zwanglosen Gruppen stehen Händler und Kunden zusammen, anscheinend höchst uninteressiert [...], die aromatisch duftende, ausländische Zigarette im Mundwinkel. Gesprochen wird nicht viel. Ab und zu fällt eine Zahl, dann folgt entweder ein leichtes Kopfschütteln oder die nickende Zustimmung. Die beiden Handelseinigen verschwinden abseits, tauschen hastig Ware und Gegenleistung aus und stehen Minuten später schon wieder bei anderen Gruppen, um dort ein neues Geschäft zu machen.

Angeboten werden Zigaretten und Bohnenkaffee, Brot und Benzin, Uhren und Schnaps, Fleisch und Lebensmittelkarten. Vom berufsmäßigen Schwarzhändler bis zur armseligen Arbeiterfrau, die, um den Hunger ihrer Kinder zu stillen, die karge Zigarettenration ihres Mannes gegen Brot eintauscht, sind alle Bevölkerungsschichten zu finden. Vor der „Polente“ scheint man keine Angst zu haben. [...]

(nach: Informationen zur politischen Bildung, a.a.O., S. 16)

Hamsterfahrten: „fringsen“ gehen

Hunger bestimmte das Denken und Handeln der Menschen in den Nachkriegsjahren. Nur Tausch- und „Kompensationsgeschäfte“ konnten das Überleben sichern. Kurz nach Kriegsende setzten die so genannten Hamsterfahrten ein. Massenhaft begaben sich die Städter aufs Land, denn hier war die Versorgungslage weitaus besser. In überfüllten Zügen, in Güterwaggons, zu Fuß und mit dem Fahrrad, oft tagelang ohne zu rasten und zu schlafen, zogen sie in die Dörfer, um Hausrat, Kleidung oder Wertgegenstände gegen Butter, Speck oder Kartoffeln zu tauschen. Viele Bauern ließen sich die Lebensmittel teuer bezahlen.

„Hamsterfahrt“ aufs Land

Wer nichts zu „verhamstern“ hatte, stand schlecht da. Viele, die keine Tauschwaren besaßen, besonders Frauen, arbeiteten bei den Bauern als Arbeitskräfte gegen Naturallohn. Andere mussten froh sein, wenn in ihren Betrieben Produkte hergestellt wurden, die „kompensierbar“ waren. In dieser Notzeit erteilte der Kölner Kardinal Frings für kleinere „Ungenauigkeiten“ in Eigentumsfragen von der Kanzel herab die Absolution. Lebensnotwendiges zu nehmen, wenn es weder durch Arbeit noch durch Bitten zu bekommen sei, erklärte er für erlaubt. „Fringsen“ wurde daher zum geflügelten Wort.

„Straßenkontrolle“

Häufig wurde das mühsam „Gehamsterte“ auf dem Weg nach Hause beschlagnahmt. An vielen Bahnhöfen und Ausfallstraßen der Städte fanden Kontrollen statt, denn „Hamstern“ war offiziell verboten. Doch Kontrollen sowie Appelle, das „Hamstern“ zu unterlassen, zeigten keinerlei Wirkung, die Menschen und ihre Familien hatten ganz einfach Hunger. Nach und nach wurden die strengen Regelungen gegen das „Hamsterunwesen“ entschärft und Lebensmittel in bestimmten, festgelegten Mengen, die der Selbstversorgung dienen, nicht mehr eingezogen.

Manchmal half sogar die Polizei dabei, wie sich Karola Schwider erinnert:

„[...] Ich werde nie vergessen – die Polizei, die damals die Kartoffeläcker bewachte.
In Polsum war das. Da sind wir hingegangen und haben gestohlen. Und auf einmal kommt die Polizei. Ein Polizist mit so einem großen Wachhund.
Und ich denk: ‚Mein Gott, jetzt sind wir verloren!‘
Aber da sagt der: ‚Seid ruhig, seid ruhig! Macht meine beiden Säcke voll.‘
Ja, der hatte zwei Säcke dabei und so einen Karren mit Gummirädern, aber keine richtige Gummibereifung, das gab’s damals nicht, sondern um die Räder war ein Wasserschlauch gebunden.
Und der Polizist hat uns sogar nach Hause gebracht.
Da hatten wir fünf Zentner Kartoffeln im Keller und er hatte seine zwei Säcke.“
(aus: Horbelt/Spindler, Wie wir hamsterten, hungerten und überlebten, S. 10)

Da Geld – neben der Reichsmark waren noch die Geldscheine der Alliierten in Umlauf – bis zur Währungsreform im Sommer 1948 kaum einen Wert besaß, fiel das ganze Land zurück in den Tauschhandel. Menschen in den Städten tauschten alles, was auch nur halbwegs einen Gebrauchswert hatte – kostbare Fotoapparate, Teppiche, Silberbestecke oder Geschirr – in Essbares ein. Kein Wunder, dass an diesen „Geschäften“ auch schon Kinder und Jugendliche beteiligt waren.

Preise 1947
1 Ei kostete 12 Reichsmark
1 kg Kaffee kostete 1200 Reichsmark
20 amerikanische Zigaretten kosteten 150 Reichsmark
1 Schachtel Streichhölzer kostete 5 Reichmark

Benzinklau

Benzin war für deutsche Autofahrer sehr schwer zu bekommen und deshalb kostbar. In den Straßen parkten oft unbewacht und ungesichert Militärfahrzeuge. In manchen Orten gab es eine richtige Bande, die sich unter vollem Risiko – mit Flaschen und Gummischläuchen ausgestattet – vor allem nachts an die Autos heranmachte und Benzin aus den Tanks saugte. Der Treibstoff wurde dann in Flaschen abgefüllt und an die damals nur wenigen Autobesitzer zu hohen Preisen weiterverkauft. Mit diesem Geld konnte man dann andere notwendige Waren erwerben.

Die Trümmerfrauen

Da die Männer fehlten, halfen vor allem Frauen bei der Trümmerbeseitigung. Die so genannten „Trümmerfrauen“ trugen die Hauptlast und wurden zum Symbol für den Aufbauwillen und die Überlebenskraft der Deutschen in der Nachkriegszeit, aber auch für den Wiederaufstieg Deutschlands zu einer der führenden Nationen der Welt. Ohne ihre Schwerstarbeit wären die deutschen Städte lange Zeit Schutthalden geblieben, ohne ihre unermüdliche Tätigkeit das Überleben der Familien nicht gesichert gewesen. Die Sorge ums Überleben trieb viele Frauen freiwillig zur Trümmerbeseitigung, denn sie garantierte neben Lohn auch höhere Lebensmittelrationen, während „nicht berufstätige Hausfrauen“ weniger erhielten. Viele Frauen waren dringend auf diese Leistungen angewiesen, denn sie trugen allein die Last im täglichen Existenzkampf. Viele Ehemänner, Brüder und Söhne waren gefallen, versehrt oder noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt.

1945, drei Wochen nach Kriegsende, wurden z. B. in Berlin alle Frauen zwischen 15 und 50 Jahren gezwungen, die zerbombte Stadt Berlin aufzuräumen und die Trümmer zu beseitigen. Ihre offizielle Bezeichnung lautete „Hilfsarbeiterinnen im Baugewerbe“. Diese 60 000 Frauen begannen mit einfachen Geräten, die Straßen zu räumen, Ziegel zu reinigen und Schutt zu sortieren. Es fehlte an geeignetem Werkzeug und Transportmitteln, die Maschinen waren veraltet. Für 60 Pfennig Stundenlohn leisteten die Frauen Schwerstarbeit. Mit bloßen Händen sammelten sie mühevoll und unter großen körperlichen Strapazen Ziegelsteine aus dem Dreck, „klopften“ Mörtel und Steine, damit die Backsteine erneut verbaut werden konnten. In langen Schlangen standen sie in den Trümmern und reichten Steine und Ziegel weiter. Mit Schaufeln luden sie alles auf große Pferdewagen, die sie selber ziehen mussten, oder schoben mit Schutt beladene Loren über die Schienen, räumten Schuttberge beiseite und säuberten die Ruinen. Monatelang wurde der Schutt aus den Städten geschafft, um die Straßen wieder passierbar zu machen und um neues Baumaterial zu gewinnen. Immer wieder stießen sie dabei auf gefährliche Blindgänger der Bombennächte und auf verschüttete Leichen.

Trümmerfrauen bei der Arbeit

Trümmerfrauen in Würzburg

Kurz vor Kriegsende wurde am 16. März 1945 Würzburg durch die britische „Royal Air Force“ in drei Angriffswellen mit 212 Bombern zerstört. Diese warfen 927 Tonnen Spreng- und Brandbomben ab, darunter 307 650 Stabbrandbomben. Die Innenstadt wurde zu 86 Prozent zerstört. Würzburg war neben München und Nürnberg die dritte, bis zur Unkenntlichkeit zerstörte bayerische Großstadt. 22 407 weibliche und 14 438 männliche Personen waren am 6. 6. 1945 für den Stadtkreis Würzburg gemeldet. Die Frauen räumten Schutt, ernährten Familien und erzogen Kinder. Sie schaufelten, karrten und hämmerten in der verbrannten Stadt, erst freiwillig, dann im „Allgemeinen Arbeitsdienst“ – am 18. 12. 1945 befohlen – ab 8. 3. 1946 im „Ehrendienst“. Über zwei Jahre vergingen nach dem verheerenden Angriff bis das Schutträumen am 2. 4. 1947 privaten Unternehmen übertragen wurde.

Trümmerfrauen in Würzburg: 2 700 000 m² Schutt wurden bis 1964 im zerstörten Würzburg beseitigt

Nachkriegskinder

In vielen Familien fehlte während des Krieges der Vater. Als Soldat kämpfte er an der Front. Für den Unterhalt sorgte die Mutter, wobei die Kinder zu Selbständigkeit erzogen wurden. Auch im Haushalt mussten sie mithelfen, um die Mutter zu entlasten. Nach dem Krieg war das nicht viel anders. Viele Väter waren noch nicht zu Hause, oder waren invalide und konnten nicht zum Lebensunterhalt beitragen. Die Kinder waren es, die sich neben ihrer Mutter um die kleineren Geschwister kümmerten und auch damit beschäftigt waren, alltägliche Dinge oder Lebensmittel zu „organisieren".

Viele Kinder wuchsen unter Verhältnissen auf, wie sie ärmlicher nicht sein konnten. Der Kampf um das Überleben beherrschte den Alltag. Mangelhafte Ernährung und Bekleidung, beengte Wohnverhältnisse für Millionen Einwohner als Folge des katastrophalen Wohnungsmangels, Hunger, Not, Kälte, Todesängste, ständige Ungewissheit, überleben zu können, hinterließen bis heute ihre Spuren.

Die Kinder waren unmittelbar vom Kriegsgeschehen betroffen. Sie hatten aber weniger psychische und körperliche Kräfte, um diese Katastrophe durchzustehen. Über die eigenen Ängste konnten oder durften sie jedoch nicht reden. Die inneren Wunden blieben bestehen. In gleicher Weise traf das auch für die Nachkriegszeit zu. Die Not und die Angst konnten nicht verarbeitet werden. Hilfe gab es nicht. Und so zeigten sich auch nach über 60 Jahren viele körperliche und psychische Symptome wie Albträume, Angstzustände oder Krankheiten wie Schlafstörungen, Depression oder Störungen in der Partnerschaft. Das deckte die Psychoanalyse seit den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf.

„Krieg hat massive Folgen, besonders für Kinder. Anders als Erwachsene sind sie nicht in der Lage, das militärische Geschehen in einen politischen Zusammenhang zu bringen. Sind schon Erwachsene mit der Verarbeitung von Erlebnissen wie Bombardierung, Lebensbedrohung, Flucht und Verfolgung überfordert, trifft dies auf Kinder noch mehr zu. Sie sind einerseits unmittelbar von den Kriegsgräueln betroffen, haben aber weniger körperliche und psychische Kräfte, um die Katastrophe durchzustehen. Sie erleben andererseits den Verlust des Schutzes der elterlichen Fürsorge. Ihre Eltern können ihnen Sicherheit und Geborgenheit nicht mehr geben, weil sie selbst mit Existenzbedrohung und Angst kämpfen.

In ihrer Not, sich das Unbegreifbare begreifbar zu machen, entwickeln Kinder Vorstellungen eigener Schuld an diesem Geschehen. Sie bauen Rachephantasien auf, stumpfen seelisch ab, entwickeln eine Vielzahl von Symptomen (Albträume, sich aufdrängende Schreckensbilder, Angstzustände, Wutanfälle, körperliche Krankheiten ...), verlieren den Lebensmut und die Grundüberzeugung, dass das Leben verstehbar abläuft."

(aus: Öffentliche Erklärung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Lindauer Psychotherapiewochen 2003)

Die ehemaligen Kriegskinder heute

„Aus den Bemühungen um akut traumatisierte Kinder der letzten zwei Jahrzehnte entstand erst allmählich die Frage, was wurde eigentlich aus den seinerzeit unbehandelten, traumatisierten Kriegskindern des 2. Weltkrieges?

Ein Teil verstarb noch gegen Kriegsende und auch danach durch gesundheitliche Probleme: ihre Konstitution war enorm geschwächt durch die langen Kriegsjahre. Sie erlagen dabei den Komplikationen bei den üblichen Kinderkrankheiten und an bei uns sonst eher seltenen Erkrankungen wie Ruhr und Typhus, und sie litten an Tuberkulose infolge von Unterernährung und lang anhaltenden Ängsten und Stress und der engen Wohnverhältnisse.

Die überlebenden Kinder gingen allmählich wieder zur Schule trotz Hunger, Unterernährung und manchen Hauterkrankungen, z. T. in beschädigten Schulgebäuden, mit Schichtunterricht und ohne Schulbücher. Sie beendeten teilweise die Grund-, Mittel- und Oberschulen nicht wegen der entstandenen Unterrichtslücken vor allem im letzten Schuljahr. Viele fanden keine Lehrstellen deswegen und gerieten nicht selten sozial auf die schiefe Ebene. Sie landeten als Hilfsarbeiter am Bau, oder kamen in Fürsorgeerziehung und Freiwillige Erziehungshilfe. Ein großer Teil der Kriegskinder indessen schloss Lehren und Studien, oft unter erschwerten Bedingungen in den zerstörten Städten, erfolgreich ab. Aber jeder Erfolg geschah auch dank der gelungenen Abwehrmechanismen der durchgemachten Kriegserfahrungen. [...]"

(aus: Betzendahl, „Psychophysische Auswirkungen an den Kriegskindern des WW II, Vortrag am 30.10.04 bei der 1. Regionaltagung des „kriegskind.de e.V" im Kieler Klosterkirchhof)

Getrennte Familien –

Von Mutter und Vater getrennt

Unzählige Männer, Frauen und Kinder wurden nach dem Krieg über den Rundfunk vom Deutschen Roten Kreuz gesucht. Immer wieder wurden Geschwister von ihren Angehörigen getrennt. So wurden z. B. eine Neunjährige und ihre vierjährige Schwester Anfang Mai 1945 bei der Räumung eines Flüchtlingslagers im heutigen Tschechien von ihrer Mutter getrennt. Beide Schwester schlossen sich anderen deutschen Flüchtlingsgruppen an. Zu Fuß, in Scheunen übernachtend und Lebensmittel von Bauern erbettelnd, schlugen sie sich bis nach Linz an der Donau durch, wo sie von einer Rotkreuzschwester aufgegriffen und in ein Heim gebracht wurden. Auf vielen Plakaten waren verlorene Kinder abgebildet, die ihre Eltern suchten. Erst nach zwei Jahren Trennung gelang es in diesem Fall dem Suchdienst des Roten Kreuzes, die Kinder wieder mit ihren Eltern zusammenzuführen. Anderen Kindern ging es dabei noch viel schlechter. Besonders bei der Flucht aus Ostpreußen im Winter 1944/45 wurden viele Kinder von ihren Müttern getrennt. Manchmal kamen diese Mütter auch bei der Flucht ums Leben, so dass ihre Kinder als Waisen im zerstörten Nachkriegs-Deutschland aufwuchsen.

Plakat: Eltern suchen ihre verlorenen Kinder

Text einer Suchmeldung:
„Ohmland? Horst? Reg. Nr. G 03265307, geb. am 4.4.37 in Danzig aus: Tiegendorf bei Danzig. Mittelblondes feines Haar, dunkelgraue Augen, etwas abstehende Ohren, einige Sommersprossen zu beiden Seiten der Nase, 2 kleine Leberflecke auf dem Bauch (Magengegend). Mutter: Vorname unbekannt, wurde bei einem Fliegerangriff in Danzig getötet, Horst wurde verwundet. – Vater war Fabrikarbeiter, zuletzt Soldat. Geschwister: Wilhelm 16 J., Herbert 15 J., waren mit Horst am Schiff zusammen, gingen dann mit dem Gepäck fort, und Horst hat sie dann nicht mehr gesehen. Horst wurde von einer fremden Frau nach Kopenhagen mitgenommen."
(aus: Bode, Die vergessene Generation, a.a.O., S. 133)

Getrennte Kinder

Als sich ab 1943 der Bombenkrieg auf immer mehr Großstädte ausdehnte, begannen die Nazis damit, ganze Schulklassen aus den bedrohten Großstädten auf das vermeintlich sichere flache Land zu schicken. Besonders zu erwähnen ist das Schicksal der Kinder, die durch Kriegswirren von ihren Eltern getrennt wurden, so zum Beispiel das der so genannten „kinderlandverschickten Schüler". Zwischen 1940 und 1945 wurden rund 2,5 Millionen Kinder aus Ballungsräumen monate- oder sogar jahrelang in etwa 9000 Kinderverschickungslagern untergebracht. Die Kinderlandverschickung betraf die 10- bis 14-Jährigen und erfolgte im Klassenverband. Für die Nazis hatte das den Vorteil, dass die Kinder dem Einfluss der NS-Propaganda und ihrer Jugendorganisationen ausgeliefert und den Eltern entzogen waren. Auf diese Weise konnten die Mütter in der Rüstungsindustrie arbeiten und die Versorgungsprobleme in den Städten entschärft werden.

Dies führte aber dazu, dass viele Kinder aus dem Ruhrgebiet oder Großstädten wie Hamburg oder Berlin in Oberbayern, im Schwarzwald oder sonst wo das Kriegsende erlebten. Kurz vor dem Kriegsende brach auch die Organisation der Kinderverschickungslager zusammen. Die Lager wurden entweder aufgelöst oder blieben zwar bestehen, waren aber bei der Versorgung und Unterbringung der Kinder nach der Kapitulation sich selbst überlassen. Auch die Siegermächte lösten viele Lager auf. Die Kinder zogen dann auf eigene Faust bettelnd durch das kriegszerstörte Land, um ihre Angehörigen zu finden. Eine andere Gruppe von Kindern war in den Wirren von Flucht und Vertreibung von ihren Müttern getrennt worden.

Die vaterlose Generation

Schwieriger als die materielle Not vieler Familien war das Fehlen der Männer. Psychologen sprechen von der „vaterlosen Generation". Etwa 15 Millionen Männer fehlten am Ende des Krieges alleine im Mai 1945. Rund elf Millionen Männer waren in Kriegsgefangenschaft, der Rest war tot oder vermisst. Viele Kinder hatten ihren Vater nur während den wenigen Fronturlauben kennen gelernt. Wenn die Männer dann ausgemergelt und abgekämpft aus der Kriegsgefangenschaft nach Hause kamen, konnten sie die Vaterrolle nicht so schnell ausfüllen. Die älteren Söhne fürchteten um ihre Freiheiten, die sie ohne die Väter genossen hatten und die jüngeren Kinder mussten sich erst an den „fremden Mann" gewöhnen, der immer nur zu Hause saß – oft traumatisiert von den Kriegserlebnissen. Durch die lange Trennungszeit gingen viele Ehen in die Brüche. Viele Frauen hatten alle Hoffnung aufgegeben, ihren Mann je wieder lebend zu sehen und hatten sich neu orientiert. Ein Schock war es für alle, als dann der tot geglaubte Mann plötzlich vor der Tür stand. Viele Frauen berichteten, dass „ihr Mann als ein völlig anderer Mensch aus dem Krieg zurückgekehrt war". Viele Beziehungen verkrafteten das nicht. Ehen brachen dabei auseinander, in anderen brauchte es viel Zeit, bis sich beide Partner wieder angenähert hatten.

Spätfolgen der vaterlosen Generation

Die psychischen und physischen Langzeitfolgen der vaterlosen Generation wurden erst in jüngster Zeit erforscht. Der vollständige Verlust (durch Ausbombung mit Verlust des Besitzes, Flüchtlingsstatus, Verarmung usw.) der ehemals sozialen Sicherheit wurde von den Kindern direkt erlebt. Bis in die 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts wurden die Erlebnisse der „damaligen Zeit" totgeschwiegen und wollten nicht gehört bzw. die Auswirkungen auf die vaterlosen Kriegs- und Nachkriegskinder erforscht werden. Auffallend viele der damaligen vaterlosen Kinder litten unter einer auffallend eingeengten Identität. Sie verfügten bis zum Ende der Therapien nicht über ein sicheres Ich-Bewusstsein. Sie leiden bis heute an tief sitzenden allgemeinen Ängsten und einer posttraumatischen Belastungsstörung. Vor allem leiden sie darunter, dass ihre Eltern über ihre Erlebnisse und Taten nie geredet oder alles im Unklaren gelassen hatten.

(s. auch Radebold und Fehrmann, a.a.O.)

Alltagsleben

Spielen: Not macht erfinderisch

Kinderspielplätze, wie sie heute in jedem Ort selbstverständlich sind, gab es in der Nachkriegszeit nicht. Dafür waren die Städte mit Ruinen und Trümmern übersät. Für die Kinder waren es „Abenteuerspielplätze“. Da die Eltern vollauf damit beschäftigt waren, das kaputte Land wieder aufzubauen und das Lebensnotwendigste für die Familie herbeizuschaffen, war die Nachkriegskindheit häufig eine unbeaufsichtigte Kindheit – mit allen Vor- und Nachteilen. Da es fast kein Spielzeug zu kaufen gab, behalf man sich mit selbst gebastelten Dingen. Viele Jahre lang waren selbstgebaute Seifenkistenwagen in Mode. Vier Kugellager brauchte man für einen Wagen und gut geölt mussten sie sein, damit man aus ein paar Latten und Kistenbrettern einen fahrbaren Untersatz herstellen konnte. Gelenkt wurde mit den Füßen und das Bremsen war sehr schwierig. Seifenkistenrennen gehörten zum Alltag und der Sieger war ein angesehener Junge im Ort.

Not macht erfinderisch: Federn statt Reifen

In den heißen Nachkriegssommern wurde meistens in Flüssen oder Weihern gebadet. Ausgediente Autoreifen dienten als Boote oder Schwimmhilfen. Schwimmbecken wie heute gab es nur in größeren Städten.

Badespaß neben Soldatengräbern

Fundmunition

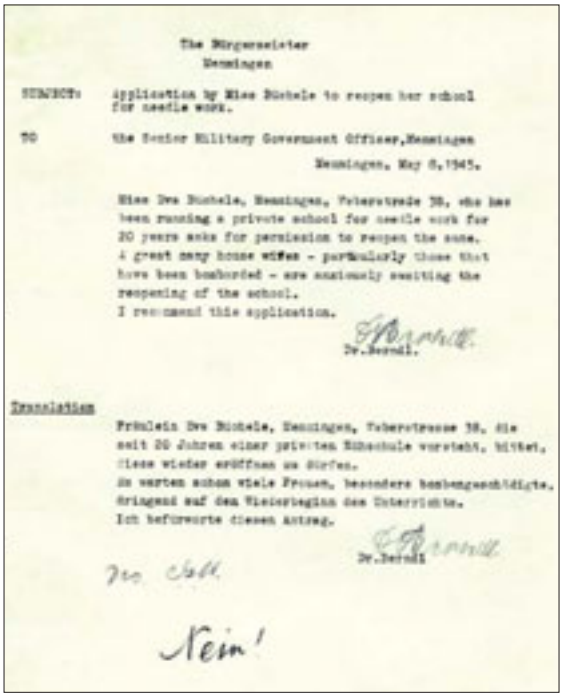
Eine besondere Versuchung für die Jungen war die „Fundmunition“. Überall an Bach- und Flussrändern, in Wäldern, Steinbrüchen und in abgelegenen Straßengräben konnte man bis weit in die 50er-Jahre Infanteriemunition und manchmal auch die gefährlichen Handgranaten und Panzerfäuste finden. Kein Wunder, dass es immer wieder zu schweren und manchmal auch tödlichen Unfällen kam.

Gerhard H. erinnert sich: *„Zusammen mit meinem Freund musste ich wieder einmal nachsitzen. Unser Lehrer gab uns genügend Rechenaufgaben, mit denen wir mindestens zwei Stunden beschäftigt sein würden. In der Zwischenzeit ordnete er in der Bibliothek die Bücher. Wir wussten aus Erfahrung, dass er uns in dieser Zeit nicht kontrollieren würde. Schnell war das Fenster geöffnet und wir ‚büxten‘ aus. Unser Ziel war der Steinbruch. Dort gab es genügend Munition für unser ‚Pätscherles-Spiel‘. Wir zerlegten die Fundmunition ‚fachmännisch‘ und häuften das ausgekippte Pulver auf, um es dann mit einer Zündschnur fernzuzünden. Erwischen lassen durften wir uns allerdings nicht, denn dann hagelte es ‚Hiebe‘! Rechtzeitig vor Ende der Nachsitzzeit waren wir wieder im Klassenzimmer und täuschten angestrengtes Arbeiten vor. Dem Lehrer teilten wir mit hochrotem Gesicht mit, dass die Aufgaben für uns zu schwer gewesen waren.“* Quelle: privat

Selbstgemachte Kleider

Betrachtet man alte Familienfotos aus der damaligen Zeit, dann fällt auf, dass die Kinder selbstgefertigte Kleider trugen und dass viele von Frühjahr bis Herbst barfuß gingen. Im Winter wurden häufig Holzschuhe getragen. Passende Kinderschuhe waren eine Rarität, man trug selbstverständlich die Schuhe der älteren Geschwister auf. Eine eigene Nähmaschine war eines der wichtigsten Utensilien in der Familie. Damit konnte die Mutter alles anfertigen. Die Mädchen trugen unter ihrem selbstgenähten Kleid „Leibchen“. Die Strümpfe waren handgestrickt, kratzten fürchterlich und waren mit Strapsen an dem Leibchen befestigt. Die Hosen waren ebenfalls meist aus kratzigen Militärdecken selbst genäht und oft mit Rübensaft umgefärbt oder aus Wolle gestrickt.

Nachkriegszeit: aus einem Familienalbum



The Bürgermeister
Memmingen

SUBJECT: Application by Miss Büchele to reopen her school for needle work.

TO the Senior Military Government Officer, Memmingen

Memmingen, May 8, 1945.

Miss Dva Büchele, Memmingen, Vaterstrasse 38, who has been running a private school for needle work for 20 years asks for permission to reopen the same. A great many house wives - particularly those that have been bombarded - are anxiously awaiting the reopening of the school.
I recommend this application.

Dr. Berndl.

Translation

Fräulein Dva Büchele, Memmingen, Vaterstrasse 38, die seit 20 Jahren einer privaten Nähschule vorsteht, bittet, diese wieder eröffnen zu dürfen.
Es warten schon viele Frauen, besonders bombengeschädigte, dringend auf den Wiederbeginn des Unterrichts.
Ich befürworte diesen Antrag.

Dr. Berndl

Nein!

Abgelehnt!
(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM der Lindenschule Memmingen)

Die Mütter trennten mühsam alte Pullover auf, die Väter wickelten abends die Wolle um eine Stuhllehne, danach kam die Wolle angefeuchtet auf eine Flasche oder ein Brett, bevor sie zu Knäueln aufgerollt wurde. Die einzelnen Fäden wurden aneinander geknotet. Auch die „schicksten“ Wollpullover waren eine unangenehme Angelegenheit. Sie kratzen fürchterlich, genau so wie die Strümpfe. Das Hemd war meist zu groß und hatte einen falschen Kragen und Stulpen, die aus dem Rückenteil herausgeschnitten worden waren. An Stelle dieses fehlenden Rückenteils waren so genannte „Betrügerchen“ eingesetzt – irgendein Stück Leinen z. B von einem alten Betttuch. Selbstgefertigte Kleider aus alten Vorhängen, Wolldecken, Fallschirmen und was der Haushalt noch so hergab, waren selbstverständlich. Letztlich waren es der Einfallsreichtum und die Geschicklichkeit von Müttern, Großmüttern, Tanten oder einer hilfreichen Nachbarin, die die Familien halbwegs angemessen über den Winter brachten. Zuerst wurden die Kleider zerlegt, gewaschen und gebügelt, dann zugeschnitten und neu zusammengenäht. Modeware kam erst viel später auf. Besonders praktisch für die Jungen waren die Lederhosen. Sie waren strapazierfähig und nicht kaputtzukriegen und so konnte man sie das ganze Jahr über lange Zeit tragen.

Teppiche wurden noch lange bis in die 50er-Jahre aus alten Kleiderresten oder Vorhängen gewebt („Webteppiche“ oder „Flickerlteppiche“). Viele Teppiche hingen an der Wand, um im Winter die Kälte abzuhalten. Vielerorts gab es sogar einen Webstuhl, und die Besitzer hatten Hochkonjunktur.

Lotte L. erinnert sich: *„Man musste improvisieren. Meine Mutter hat gestrickt, um uns Kleidung zu beschaffen. Aus einer Wolldecke hat sie mir einen Mantel genäht. Alte Sachen wurden ‚aufgeräuffelt‘ und neu gestrickt, damit man sie wieder tragen konnte. Ich habe von unserem Schmied, der nebenan wohnte und mit dem meine Mutter viel tauschte, einmal Holzpantoffeln bekommen. Ich konnte das Glück gar nicht fassen. [...]*

Mein Bruder hatte einen alten Zuckersack, den er als Pullover getragen hat.“

Quelle: privat

Wäschewaschen

Wäschewaschen war eine ziemlich aufwändige und anstrengende Arbeit von mindestens zwei ganzen Tagen. Manche Häuser hatten im Hof eine eigene Waschküche für alle Bewohner – Waschmaschinen gab es noch nicht. In Mietshäusern war der Waschtag streng geregelt.

Hermine B. erinnert sich: *„Der Waschtag war immer furchtbar. Schon am Tag vorher wurde in der Waschküche die Schmutzwäsche in einem großen Waschtrog eingeweicht und immer wieder gewendet. Besonders schmutzige Wäsche wurde mit der Hand, einer Bürste und Kernseife auf dem Waschtisch oder Waschbrett mühsam vorgereinigt. Am Waschtag wurde dann in aller Frühe der Waschkessel angeheizt. Das Holz dazu haben meine Buben schon Tage zuvor gehackt. Es dauerte, bis das Wasser im großen Waschkessel die richtige Temperatur hatte. Immer wieder musste nach der Wäsche geguckt werden. Sie wurde mit einem großen ca. 1 m langen Holzlöffel – der bei frechen Kindern durchaus auch zu anderen Zwecken benutzt wurde! – umgerührt. Dabei konnte man sich an der kochenden Lauge leicht verbrühen. Auch musste Holz nachgelegt werden. Erst nach vielen Stunden ‚Wäschekochen‘ wurde am Nachmittag die Wäsche aus dem Waschkessel genommen, im großen Waschbottich mit Kaltwasser mehrmals ausgespült, mit der Hand ausgewrungen und dann im Hof auf einer Wäscheleine aufgehängt. Eine Wäscheschleuder oder -mangel kam erst in den 50er-Jahren auf den Markt. Wenn es regnete, wurde die Wäsche auf dem Dachboden getrocknet. Das Bügeln dauerte dann noch einen Tag.“*

Quelle: privat

Man kann gut verstehen, dass die Wäsche sehr pfleglich behandelt werden musste, weil das Wäschewaschen so aufwändig war. Die Kinder wurden immer wieder angehalten, „sorgsam“ mit ihren Kleidern umzugehen. „In die Pfütze treten“ war streng verboten und wurde hart bestraft, weil Kleider und Schuhe schmutzig wurden und nur schwer nachgekauft bzw. genäht werden konnten.

Baden

Heißes Wasser zum Baden war ein Luxus. Das führte in der Regel dazu, dass die Kinder meist nur einmal in der Woche gebadet wurden – in einer Zink- oder Holzbadewanne – und zwar alle Mitglieder der Familie nacheinander mit einer Wasserfüllung. Häufig geschah das auch in der Waschküche am Ende des Waschtages. Dazu schöpfte man das heiße Wasser der Kochwäsche in einen Waschtrog, den man vorher mit kaltem Wasser zur Hälfte füllte, und steckte dann die Kinder in die „Wanne“, um sie zu baden. Das war im Winter keine angenehme Angelegenheit, weil man durch die Kälte laufen musste, da die Waschküche häufig im Hof lag.

Baden in der Zinkwanne

Toiletten für alle Bewohner eines ganzen Hauses waren häufig nur auf dem Hof zu finden. Oft waren es so genannte „Plumpsklos“ (Holzsitz auf einem Holzkasten mit einem Loch zum Draufsitzen). Der Aufenthalt dort beschränkte sich auf ein Minimum: Im Sommer rochen die Fäkalien und im Winter fror man fürchterlich. Manchmal gab es auch auf jedem Stockwerk eine Toilette für mehrere Familien.

Begegnung mit den Fremden

Die Nachkriegskindheit in Bayern war gekennzeichnet durch die Begegnung mit den für die Bevölkerung damals exotisch erscheinenden amerikanischen Soldaten, vor allem mit den Farbigen. Bekanntlich hatte die US-Armee für ihre Angehörigen einen strikten Erlass herausgegeben, der die „Fraternisierung“ (Verbrüderung, das Vertrautwerden) mit den besiegten und durch Kriegsverbrechen diskriminierten Deutschen verbot. Trotzdem kam es zu Begegnungen. Gerade die farbigen Soldaten waren bei Kindern sehr beliebt, schenkten sie ihnen doch gerne die beliebten Kaugummis und vor allem Schokolade.

Frau G. erinnert sich: *„Man hat Angst gehabt, dass die Franzosen vor den Amerikanern kommen. Die Franzosen waren mehr gefürchtet. Vor allem waren in der Gegend viele Marokkaner und vor denen hat man halt Angst gehabt. Natürlich auch, weil der Franzose den Krieg direkt von uns gespürt hat. Der Amerikaner hat den Krieg von uns ja nicht direkt im Land gespürt. Dadurch war uns ja der Amerikaner bedeutend lieber.“*

Dennoch ließ man Vorsicht walten. Frau S. wurde als damals 13-Jährige erst einmal zu den Großeltern nach Attenhausen gebracht, „[...] weil man immer gesagt hat: Ja, die Amis, da kommen Schwarze mit, das ist gefährlich. Aber nach 14 Tagen bin ich wieder heimgekommen und da war eigentlich gar nichts mehr.“

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM der Lindenschule Memmingen)

Aus Feinden werden Freunde

Bei Kriegsende waren die Amerikaner entschlossen, die Deutschen auch nach dem Sieg als Feinde und Unterlegene zu behandeln. Schon bald wandelte sich aber die Haltung der USA gegenüber den Westdeutschen. Die ehemaligen Kriegsgegner wurden als Verbündete im Kalten Krieg gebraucht. Westdeutschland wurde daher finanziell und politisch unterstützt.

Immer stärker versuchten die USA, Westeuropa und vor allem Deutschland durch eine Wirtschaftsordnung nach ihrem Vorbild zu stabilisieren und so der Gefahr einer Ausbreitung des Kommunismus vorzubeugen. Kern dieser Politik war der Marshall-Plan, ein 13,9 Milliarden Dollar teures Aufbauprogramm für mehr als ein Dutzend Staaten, das am 3. 4. 1948 in Kraft trat. Zehn Prozent davon gingen zwischen 1948 und 1952 nach Westdeutschland. Rund ein Drittel der gesamten Hilfe zahlte die Bundesrepublik später zurück.

Privatleute, Kirchen und Wohlfahrtsverbände schickten zudem Nahrungsmittel, Kleidung und Gebrauchsgüter im Wert von 170 Millionen Dollar nach Deutschland. Zu den Lieferungen gehörten rund zehn Millionen CARE-Pakete. Der politische und psychologische Effekt der Hilfe war gewaltig; der wirtschaftliche nicht unbedeutend, aber weit weniger groß.

Geschenke von GIs

Das Fraternisierungsverbot betraf von Anfang an nicht die Kinder. Sie wuchsen unter Verhältnissen auf, wie sie ärmlicher nicht sein konnten. In ihrer Erinnerung an Begegnungen mit amerikanischen Soldaten spielen auch heute noch bei Erwachsenen zwei Dinge eine wichtige Rolle: Kaugummi und Schokolade. Wo immer Kinder auf amerikanische Soldaten trafen, bettelten sie um Schokolade, „Chewing Gum“ und anderes Essbares. Dies wurde in der Regel auch großzügig und meist mit freundlichem Lachen gewährt. Auch Süßigkeiten waren für die deutschen Kinder, die die Kriegsjahre erlebt hatten, ungewöhnliche Kostbarkeiten. Entweder kannte man sie nicht oder der Verzehr lag lange Zeit zurück. Jedes Stück Schokolade, das ein gutmütiger GI von einem Lastwagen warf, war ein Höhepunkt im Leben. Und wenn man gar eine olivgrüne Dose mit Pfirsichen oder Erdnussbutter ergattert hatte, glaubte man, im Paradies zu sein. Kein Wunder, dass eine ganze Generation heranwuchs, die vom „American way of life“ fasziniert war.

GI verschenkt Süßes

Frau B. hatte ebenfalls schnell die anfängliche Angst abgelegt: „Wir sind schon immer raus als Mädchen, meine Schwester und ich. Die Soldaten, das war doch was Neues, und wir haben öfters mal ein Stück Schokolade von den Amis gekriegt.“

Auch bei Herrn E. hatte die Neugier die Furcht sehr schnell besiegt: *„Als die Amerikaner einzogen, war das natürlich auch etwas Sensationelles für uns. Wir konnten bereits bei der zweiten Einmarschwelle am Marktplatz stehen, die Panzer beobachten, die vorbeigezogen sind und man hat zum ersten Mal Negersoldaten gesehen, die auch zum Teil von oben von den Panzern schon mal eine Schokolade oder eine Zigarette heruntergeworfen haben. Man ist dann jedem Soldaten nachgelaufen, der eine Zigarette geraucht hat und hat gewartet, bis er seine Kippe wegwirft. Man hat den Rest Tabak an einheimische Erwachsene verkaufen können.“*

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM der Lindenschule Memmingen)

Weisungen an die amerikanische Besatzungsarmee

[...] Du bist Soldat in Feindesland. Die Besetzung Deutschlands gibt dir die Chance, persönlich dafür zu garantieren, dass nach deiner Rückkehr Deutschland nicht noch einmal seine Waffen erhebt und seine Geschosse und Lügen gegen eine arglose Welt richtet. Es ist eine der größten Herausforderungen für den künftigen Frieden, sicherzustellen, dass das deutsche Volk seinen Platz als friedliche, nützliche Bürger in der Familie der Völker einnimmt. [...] Es darf keine Verbrüderung geben. [...] Wenn nicht ausdrücklich von höherer Stelle erlaubt, darf keine deutsche Wohnung aufgesucht oder ein freundschaftlicher Umgang mit Deutschen gepflegt werden. [...] Du darfst sie niemals in dein Vertrauen ziehen. [...] Du kannst ihnen durch dein Verhalten einen Eindruck vom Leben in einer Demokratie vermitteln. [...]

(aus: Pocket-Guide to Germany, prepaired by Army Information Branch, Army Service Forces, United States Army, 1944)

Das Fraternisierungsverbot wird umgangen: amerikanische Soldaten mit deutschen „Fräuleins“

Amerikahäuser als Begegnungsstätten

Die US-Militärregierung hatte bald systematisch um die Sympathie der jungen Deutschen geworben. In vielen Städten wurden Jugendzentren eingerichtet, in denen man Sport treiben und Theater spielen konnte, Werkstätten für künstlerische Tätigkeiten fand, und in denen regelmäßig Filme aus amerikanischer Produktion vorgeführt wurden. Besonders die überall in Bayern entstehenden „Amerikahäuser“ hielten ein reiches Angebot an Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche bereit, das gerne genutzt wurde.

Aus der Sicht des Zehnjährigen galten die Amerikaner bald als „toll“: *„Es wurde sehr schnell ein amerikanischer Hort eingerichtet im Bayerischen Hof, wo man als Kind hingehen und Tischtennis spielen konnte. Es wurde auch plötzlich überall Baseball gespielt. Die Amerikaner wollten das nie missen, du die haben auch versucht uns Deutschen das beizubringen. Das hat man als interessant empfunden. Wir sind auch nie schlecht behandelt worden von den Amerikanern.“*

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM der Lindenschule Memmingen)

Die Schule beginnt wieder

Die unmittelbaren Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches stellten Schüler und Lehrer vor viele Probleme, zumal die Alliierten viele Schulgebäude längere Zeit beschlagnahmt und „entnazifiziert“ hatten, indem sie fast alle Lehrmittel vernichtet und das Mobiliar beschädigt hatten. In manchen Schulen begann der Schulunterricht erst 1947. Wegen der Schulraumnot – viele Schulen wurden für andere Zwecke verwendet – und fehlendem Brennmaterial fand oft der Unterricht in einer Woche am Vormittag, in der nächsten am Nachmittag statt. Erst ab 1951 waren viele Schulen wieder nur für Unterrichtszwecke verwendbar. Im Winter gab es zusätzliche „Kohleferien“, weil die Räume nicht geheizt werden konnten.

Schulalltag

In den einzelnen Besatzungszonen begann die Schule recht unterschiedlich:

[...] In der britischen und amerikanischen Zone verfuhren die Militärregierungen nach der Maxime, Schulreformen müssten von den Deutschen selbst entwickelt und durchgeführt werden. Während die Engländer diesen Grundsatz bis zum Ende des Besatzungsregimes aufrecht erhielten, entschlossen sich die Amerikaner, im Herbst 1946 aber doch dazu, stärkeren Einfluss zu nehmen. Die deutschen Bestrebungen zur Reform des Schulwesens waren nämlich bis dahin sehr verhalten gewesen. Die Amerikaner propagierten das Modell der Einheitsschule, in der alle Kinder ohne Unterschied des Geschlechts, der sozialen Herkunft und der Berufsziele die ersten sechs Jahre gemeinsam verbringen sollten. [...] Diese Ziele sollten von den Bildungsoffizieren auf Länderebene propagiert, aber nicht oktroyiert werden.

[...] Ganz anders sah es in der französischen Zone aus. Dort wurde das bildungspolitisch radikalste und innovativste Besatzungsregime geführt. Die Militärregierung versuchte bis 1949, das französische Schulsystem zu etablieren. Es vereinigte liberalen Geist mit elitärer Zielsetzung, diente der sozialen Auslese und Elitenbildung. [...] Französisch erhielt vor allen Fremdsprachen den Vorrang, das humanistische Gymnasium wurde zwar nicht beseitigt, es sollte aber künftig nur noch eine untergeordnete Rolle spielen.

[...] In der sowjetischen Besatzungszone war ab Frühjahr 1946 das „Gesetz zur Demokratisierung der Deutschen Schule“ in Kraft, das als Einheitsschule die achtklassige Grundschule mit anschließender vierstufiger Oberschule oder Berufsschule einführte. [...] Die Kinder von Arbeitern und Bauern sollten besonders gefördert werden.

1948 war es für die Durchsetzung alliierter politischer Vorstellungen schon zu spät, und es wurde zunehmend beschlossene Sache, dass die Militärregierungen nicht mehr auf die vollständige Erfüllung ihrer Anordnungen dringen würden.

(aus: Informationen zur politischen Bildung, a.a.O., S. 27f)

Die Besatzer zeigten sich großzügig, vor allem gegenüber Kindern. Schließlich waren die Kinder für den Krieg und seine Folgen nicht verantwortlich. Trotzdem diktierte der Mangel an Unterrichtsmitteln den Lehrplan: Tafeln, Kreide oder Landkarten waren eine Seltenheit, die Schulbücher der Nazis hatten die Sieger verbrannt. Erst im Dezember 1945 kamen neue Lesebücher heraus (die brachte häufig der Nikolaus). Was gelernt wurde, bestimmten die Besatzer. Auch in der Schule begann ein Neuanfang.

Schüler bilden eine Kette und beseitigen die Trümmer vor ihrem Schulhaus

Monika B. erinnert sich nach fast 60 Jahren noch ganz genau an ihren ersten Schultag 1947: *„Alle Kinder außer mir hatten eine Schultüte, in der neben den raren Süßigkeiten alles Mögliche und Nützliche für den Schulalltag wie Malstifte, Bleistifte, Schiefertafel und Kreide zu finden war. Ich war die Einzige in der Klasse, die keine Schultüte hatte, weil wir ausgebombt waren und ich noch mehrere Geschwister hatte. Da schlossen sich die anderen Mütter, die in unserer Gasse wohnten und alle sehr zusammenhielten, zusammen und bastelten mir schnell eine Schultüte, während die Lehrerin die Schulanfänger befragte. Meine Schultüte war zwar kleiner als die der anderen Erstklässler, aber ich war sehr stolz, auch eine eigene Schultüte zu haben. Als ich sie dann aufmachen durfte, fand ich darin Zucker. Das war das schönste Geschenk für mich!“* Quelle: privat

Schulklasse im Jahr 1947

Schwierigkeiten im Alltag eines Gymnasiums

(Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung zum Schuljahresende 1945/46 an der Maria-Theresia-Oberschule in München)

[...] Nachdem der Anstaltsvorstand und seine beiden Vertreter ihres Dienstes enthoben waren, übernahm der Studienprofessor als ältestes Nichtparteimitglied am 3. Juli 1945 die Vertretung des Anstaltsvorstandes.

Er ging sogleich daran mithilfe der Lehrkräfte das Schulgebäude [...] wieder in gebrauchsfertigen Zustand zu versetzen. Türen und Fenster wurden wieder in Ordnung gebracht und das fehlende Glas durch Pappe ersetzt, Schutt und Scherben beseitigt und, soweit wie möglich, wieder Ordnung in die verbliebenen Einrichtungen, Lehrmittel und Büchereien gebracht. Eine besondere Aufgabe bestand in der Säuberung der letzteren von allem nationalsozialistischen und militaristischen Inhalt.

Endlich gelang es auch, den erhalten gebliebenen Teil der Anstalt mit einem Notdach aus Blech zu versehen, sodass die Schule im September zur Wiederaufnahme des Unterrichts in 10 Räumen notdürftig bereitstand. Ein großer Teil der Lehrkräfte, welche infolge ihrer Parteizugehörigkeit bei der Wiederaufnahme des Unterrichts nicht mehr teilnehmen sollten, hat sich mit großem Eifer und Geschick an den Wiederinstandsetzungsarbeiten beteiligt. [...]

Die Einschreibung begann am 3. September, die Ein- und Austritte der Schüler erstreckten sich bis in das Jahr 1946 hinein, so dass erst ab Februar 46 mit stabilen Verhältnissen gerechnet werden konnte. [...]

Am 13. Dezember 45 erfolgte die Wiedereröffnung der Schule. Doch konnte der Unterricht selbst in diesen Tagen noch nicht aufgenommen werden. Die Tätigkeit vor Weihnachten erstreckte sich in der Hauptsache auf die Abwicklung der Anfangsgeschäfte.

[...] Von den 30 hauptamtlichen Anstaltslehrern gehörten nur zwölf der Partei nicht an. Von diesen schied einer durch Tod, einer durch Versetzung in den Ruhestand und einer durch erlittenen Unfall aus, während zwei an andere Schulen versetzt wurden, sodass bei Unterrichtsaufnahme am 8. Jan. 1946 nur sieben Lehrkräfte zur Verfügung standen.

Bei der herrschenden Kälte ohne Brennmaterial und dichte Fensterabschlüsse konnte jede Klasse wöchentlich nur zwei Mal je 1 bis 2 Stunden unterrichtet werden. Erst mit der Zuweisung weiterer Lehrkräfte und steigenden Außentemperaturen konnte der Unterricht allmählich anlaufen. Vom 18. März ab erschien jede Klasse wöchentlich vier Mal im Unterricht (an 2 Vor- und an 2 Nachmittagen) und konnte zunächst in 13 bis 14 Wochenstunden unterrichtet werden.

Infolge dieses beschränkten Unterrichts kamen die meisten Fächer nur mit einer geringeren Stundenzahl aus, andere, wie Erdkunde, Geschichte und auch Latein, erst von Ostern ab, Zeichnen und Turnen sowie Biologie in den oberen Klassen überhaupt nicht zum Zuge. [...]

Da der Lehrstoff in keiner Klasse bis zu zwei Drittel behandelt werden konnte, haben alle Klassen das angeordnete Wiederholungsjahr zu machen. [...]

(aus dem Archiv des Maria-Theresia-Gymnasiums in München)

Gudrun O. erinnert sich: *„Wenn ich mich recht erinnere, bekamen wir wegen der Kälte extra frühe und lange Weihnachtsferien. Anfang 1946 wurden dann in der Schule die Fenster verglast, die Klassenräume erhielten gusseiserne Öfen mit besonders langen Ofenrohren. Die Schule hatte kaum Heizmaterial, deshalb wurden die Schülerinnen gebeten, nach Möglichkeit etwas Brennbares mitzubringen. Da kam von alten Verpackungen über einzelne Eierbriketts bis zu Holzstücken aus den Trümmern mit Glück so viel zusammen, dass die Räume wenigstens warm rochen, wenn sie auch selten warm wurden. In der Unterrichtsstunde vor der großen Pause rösteten meist einige Schülerinnen ihr Pausenfrühstück, eine Scheibe trockenes Brot, auf der Ofenplatte. Ich war als Landkind in der glücklichen Lage, meist ‚belegte' Brote zu haben, sei es mit Rübenkraut (Saft von Zuckerrüben), oder mit Quark, den die Mutter aus ein bisschen Milch zubereitet hatte. Die dünnsten und am wenigsten versorgten Klassenkameradinnen durften mit anderen Schulkindern an der Schulspeisung teilnehmen, die die Schweizer und die Quäker in Baracken ausgaben.*

Durch Mitschülerinnen, die nach und nach zu uns stießen, so wie sie aus der Evakuierung zurückkamen, hatte unsere Sexta [= 5. Klasse] allmählich eine knappe Klassenstärke erreicht. [...]

Schulbücher waren zu dieser Zeit noch Mangelware: die alten nicht mehr vorhanden oder verboten, neue aus Frankreich erst in Vorbereitung. Die Lehrer mussten also meist aus dem Gedächtnis referieren und viel diktieren. Das schrieben wir dann in selbstgenähte Hefte, außen Packpapier und innen unbenutzte Blätter aus alten Zeichenblocks oder aus Überresten von Großvaters handgeschriebenen Geschäftsbüchern.

Nach dem Vormittagsunterricht durfte ich, weil mittags immer noch kein Zug heimwärts fuhr, manchmal zu einer Verwandten gehen, die unweit der Schule wohnte. Hier konnte ich mein mitgebrachtes Essen wärmen und bis zur Abfahrt des Zuges Schularbeiten machen. Nur eines sollte ich nicht: die Tür zwischen Küche und Schlafzimmer öffnen. Einmal habe ich es doch heimlich getan. Da stand ich in einem Raum, der nur drei Wände hatte; anstelle der vierten war Luft und Leere. [...]"

(aus: Erlebte Geschichte, 50 Jahre Rheinland-Pfalz, www.koblenz.de/sehenswertes/erlebt)

In der Zeit zwischen 1945 bis etwa 1949 herrschte großer Lehrermangel. Viele Lehrkräfte befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft, andere hatten Berufsverbot, weil sie Mitglied der NSDAP gewesen waren. Viele Klassen wurden von einem jungen „Fräulein" unterrichtet, das in einem sechswöchigen Schnellkurs Lehrerin geworden war.

Wie teuer Schulhefte waren, zeigt die folgende Pressemitteilung:

In Montabaur erwarb ein Mann 1/2 kg Schnittmuster, Kreuzworträtsel, Schlagernoten und andere kräftigere Papiere für 5,80 Reichsmark, um damit seinem Sohn gegen diese Menge „Altpapier" ein Schulheft für 0,15 Reichsmark kaufen zu können.

(Pressemeldung vom 5. 12. 1947)

„Querschnitt durch eine Münchner Volksschulklasse“

(Zeitungsbericht vom 12. April 1946)

Die Volksschule in der Herrnstraße kam nicht besser und nicht schlechter durch den Krieg als viele andere. Das Dach ist beschädigt, die Fenster fehlen, in den wenigen brauchbaren Räumen sitzen irgendwelche städtischen Ämter. Übrig bleibt ein Klassenraum für den Unterricht von acht Klassen, für die fünf Lehrer einschließlich des Direktors zur Verfügung stehen. Alle zwei Tage haben hier die Schüler jeder Klasse zwei Stunden Unterricht. Was die Schule nicht bieten kann, muss das Elternhaus ersetzen. Wie sieht dieses aus?

Vor uns sitzt eine Klasse von 52 Buben zwischen zehn und zwölf Jahren. Drei erzählen, dass ihre Väter gefallen sind. zehn Väter sind in Gefangenschaft, davon fünf in Russland, nur zwei haben geschrieben. Sieben Väter sind vermisst, und es fehlt jede Nachricht von ihnen. Einer sagt, dass Vater und Bruder gefallen sind und ein weiterer Bruder vermisst ist.

Die Mutter wohnt mit vier Kindern in einem Zimmer, das andere muss sie vermieten, weil sie keine Unterstützung bekommt. Vier Familien mit drei und mehr Personen teilen einen Raum. 28 sind total bombengeschädigt.

Von den 52 Kindern tragen 38 völlig unbrauchbare Schuhe, 19 haben Schuhe von den Eltern oder Geschwistern geliehen.

Drei Väter sind wegen NSDAP-Zugehörigkeit entlassen worden. Nur sechs Kinder hatten keinen Hunger. 14 erklärten, dass ihre Eltern nicht genug Geld zum Leben hätten. In ihrer Freizeit müssen fast alle Kinder kleine Arbeiten verrichten, Holz hacken, Besorgungen erledigen.

Sonntags gehen sie bis auf einen in die Kirche. Ihre Lieblingsfächer sind Erdkunde und Geschichte des Weltkrieges. Alle kommen gern zur Schule. [...]

(aus: Karl Jering, a.a.O., S. 157)

Schulspeisung

Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln war auf dem Gebiet des Deutschen Reiches bis kurz vor Kriegsende gesichert gewesen. Bei Kriegsende und in den beiden folgenden Jahren, besonders im Winter 1945/46, wurde die Versorgungslage katastrophal, deshalb wurde die Schulspeisung eingeführt.

Mädchen bei der Schulspeisung

Von April 1947 an erstreckte sich die Schulspeisung [...] über die ganze nunmehr ernährungswissenschaftliche vereinigte Doppelzone. Etwa 3½ Millionen Schulkinder zwischen sechs und 18 Jahren wurden täglich mit einer zusätzlichen Mahlzeit von 350 Kalorien versorgt. Die Nahrungsmittel dafür stammten fast ganz aus alliierten Verpflegungslagern und aus der Einfuhr, nur in geringen Mengen aus deutschen Beständen. [...] Um möglichst allen bedürftigen Kindern helfen zu können, wurde die Schulspeisung von März 1948 an nur noch an fünf Wochentagen ausgegeben, so dass sie jetzt 4½ Millionen Kindern zugute kam. Von September 1948 wurden auch [...] die Hochschulen mit 150 000 Studenten einbezogen.

Bis zur Währungsreform mussten die zur Schulspeisung bestimmten Lebensmittel, wie die übrige Nahrungsmitteleinfuhr in deutscher Währung bezahlt werden. Zur Deckung der Kosten wurde ein Preis von 25 Pfennig für die Mahlzeit erhoben, der für Kinder mittelloser Eltern herabgesetzt wurde. Nach der Währungsreform waren selbst diese geringen Beträge einem großen Teil gerade der hilfsbedürftigsten Familien unerschwinglich, oder es war doch zu befürchten, dass sie das Geld dafür nicht aufwenden würden. Da auch die öffentlichen Haushalte zu angespannt waren, um sämtliche Kosten zu übernehmen, stellte die Militärregierung die erforderlichen Nahrungsmittel im Werte von jährlich 150 Millionen DM unentgeltlich zur Verfügung.

Die Kinder erhielten das Essen umsonst. Vom Mai 1949 an wurde die Schulspeisung auch auf die französische Zone ausgedehnt und kam damit im ganzen 4,8 Millionen Kindern und 228 000 Studenten zugute.

(zitiert nach: Hans Schlange-Schöningen, Im Schatten des Hungers, Hamburg/Berlin 1955, S. 121/122)

Schulspeisungs-Speiseplan
(in der Oberschule für Jungen in Brilon):

10. 5.	Bohnenflockensuppe mit Mischkonserven
11. 5.	Grieß-Suppe mit Fruchtsirup
12. 5.	Datteln
13. 5.	Bohnenflockensuppe mit Fleisch
14. 4.	1 Lactopanstange (mit Milchzucker)
19. 5.	1 Nährstange
20. 5.	Bohnenflockensuppe mit Fleisch
21. 5.	Süße Haferflockenspeise
24. 5.	Haferflockenspeise
25. 5.	Grieß-Suppe mit Fruchtsirup
26. 5.	Datteln
27. 5.	Bohnenflockensuppe mit Fleisch
28. 5.	1 Nährstange
31. 5.	Haferflockenspeise
1. 6.	Grieß-Suppe mit Fruchtsirup
2. 6.	Datteln

(zitiert nach Bärbel Jaedick u. a., Dokumentationen über den Schulalltag in der Nachkriegszeit von 1945–1949, in Geschichtsdidaktik Heft 2/1984, S.163)

Neubeginn des öffentlichen-kulturellen Lebens nach 1945

In Hamburg waren Ende 1945 von den mehr als 40 Millionen Kubikmetern Trümmer und Schutt, die der Krieg hier hinterlassen hatte, 416 000 m³ abgeräumt – zunächst auf den Durchgangs- und Ausfallstraßen. Experten gingen davon aus, dass für die vollständige „Enttrümmerung" der Stadt mindestens 20 Jahre veranschlagt werden müssten. Doch trotz aller Schwierigkeiten kam das öffentliche Leben schrittweise wieder in Gang. Am 22. 9. 1945 eröffneten hohe Offiziere der Militärregierung das Hanseatische Oberlandesgericht. Damit nahm die Justiz in der Hansestadt ihre Arbeit wieder auf. Am 6. November begann in der Universität für rund 3000 Studenten der Vorlesungsbetrieb in den Fakultäten Philosophie, Rechtswissenschaft, Medizin und Naturwissenschaften. Am 4. Dezember folgte die Wiedereröffnung der Hamburger Volkshochschule. Am 10. Januar 1946 nahm die Hamburgische Staatsoper in einem räumlichen Provisorium ihren Spielbetrieb mit „Figaros Hochzeit" wieder auf, und am 21. Februar 1946 erschien als erste deutsche Zeitung unter britischer Lizenz die Wochenzeitung „Die Zeit". Im April 1946 folgten die so genannten „Parteiblätter": Das traditionsreiche „Hamburger Echo" für die SPD, die „Hamburger Allgemeine Zeitung" für die CDU, die „Hamburger Freie Presse" für die FDP und die „Hamburger Volkszeitung" als das Organ der KPD. Die Zeitung „Die Welt" erschien als überparteiliches Blatt für die gesamte britische Besatzungszone.
Ähnlich geschah es auch in vielen anderen Städten.

Literatur

Von einer Literatur der Bundesrepublik kann man erst ab 1949 sprechen. Die Autoren konnten sich allerdings der zunehmenden Ost-West-Konfrontation nicht entziehen. Berlin existierte als Zentrum des literarischen Lebens nicht mehr. Leipzig war nicht mehr verlegerischer Mittelpunkt Deutschlands. Buchhandel und Verlage litten an der Papierknappheit sowie an der Spaltung Deutschlands in vier Besatzungszonen. Während im Kriegsjahr 1944 immerhin noch 11 714 Titel erschienen waren, wurden 1945 und 1946 nur 2409 Titel auf den Markt gebracht, wobei die Belletristik nur 21,8 Prozent der Produktion ausmachte.

Ein Großteil der Autoren war bereits vor 1945 tätig. Drei Generationen von Schriftstellern bestimmten das literarische Leben der damaligen Zeit:

- Autoren, die vor 1900 geboren sind: z. B. Alfred Döblin, Bertolt Brecht, Johannes R. Becher, Werner Bergengruen oder Thomas Mann,
- Autoren, die vor 1933 publizierten: z. B. Hans Werner Richter, Alfred Andersch, Günther Eich und
- die jungen Schriftsteller, die nach dem Krieg erstmals publizierten: z. B. Heinrich Böll, Wolfdietrich Schnurre oder Wolfgang Borchert

Auffallend an den veröffentlichten Autoren ist die Zahl derjenigen, die der „Inneren Emigration" zugerechnet wurden, da sie während der NS-Zeit weitgehend unpolitisch geblieben waren: Hans Carossa (1878–1956), Georg Britting (1891–1964), Stefan Andres (1906–1970), Werner Bergengruen (1892–1962) oder Elisabeth Langgässer (1899–1950). Ihre vor 1945 geschriebenen Prosawerke wurden erst nach 1945 wieder veröffentlicht.

Die Exilliteratur blieb dagegen nahezu ausgegrenzt. Ihre Wahrnehmung setzte erst verhältnismäßig spät ein. Es dauerte bis in die Fünfziger- bzw. Sechzigerjahre, bis man Bertolt Brecht oder Thomas Mann wirklich entdeckte.

„Man fing damals nicht an zu schreiben, weil man sich vorgenommen hatte, Schriftsteller zu werden. Man schrieb, weil man nicht anders konnte. Man schrieb aus Erschütterung und Empörung. Man schrieb, weil einem die furchtbaren Erfahrungen eine neue Lehre aufzwangen. Man schrieb, um zu warnen."
(aus: W. Schnurre, Man sollte dagegen sein, Geschichten, 1960)

Gruppe 47

Hans Werner Richter und Alfred Andersch gaben die Literaturzeitschrift „Der Ruf" heraus, in der u. a. die Forderung nach einer radikalen Erneuerung der Literatur artikuliert wurde. Die Zeitschrift wurde 1947 durch die Alliierten verboten. Hans Werner Richter reagierte darauf, indem er zu einem Treffen von Autorinnen und Autoren einlud, aus dem die „Gruppe 47" entstand. Sie sah sich als unpolitisch im Sinne von Parteien und Systemen. Wesentliches Ziel der Gruppe war es, die demokratische Elitebildung im Bereich Literatur und Publizistik ohne Politik, ohne Verein und ohne Organisation zu erreichen. Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Heinrich Böll, Wolfdietrich Schnurre, Günter Grass oder Ingeborg Bachmann verdanken der Gruppe 47 ihren Durchbruch. 1967 löste Hans Werner Richter die „Gruppe 47" auf.

Trümmerliteratur

Die Trümmerliteratur und ihre Literaten beschäftigten sich mit den Menschen, die nach dem Ende des Krieges oft in zweifacher Hinsicht vor den Trümmern standen: vor ihren zerbombten Häusern und Wohnungen und vor den Trümmern ihrer Beziehungen und Wertvorstellungen. Literarische Vorbilder waren die Autoren der amerikanischen „short-stories" (z. B. Hemingway). Heinrich Böll oder Wolfgang Borchert wandten sich gegen eine pathetische und symbolüberfrachtete Sprache. Borchert sah einen Gegensatz zwischen einer angenommenen Gefahr der Ästhetik. Er forderte die Wahrheit: *„Wir brauchen keine Dichter mit guter Grammatik. Zu guter Grammatik fehlt uns die Geduld. Wir brauchen die[...], die zu Baum Baum und zu Weib Weib sagen und JA sagen und NEIN sagen. Laut und deutlich und ohne Konjunktiv."*

Das Drama Wolfgang Borcherts (1921–1947) „Draußen vor der Tür“ thematisiert das materielle und psychische Elend der unmittelbaren Nachkriegszeit: Es beschreibt das Sich-Nicht-Mehr-Zurechtfinden eines von Krieg und Gefangenschaft gezeichneten Soldaten in dieser Zeit:

Als der Kriegsheimkehrer Beckmann mit steifem Knie und Gasmaskenbrille nach drei Jahren Gefangenschaft in Russland nach Deutschland zurückkehrt, findet er den Platz bei seiner Frau von einem anderen Mann besetzt und will sich deswegen das Leben nehmen.

Ein Selbstmordversuch misslingt in der Elbe, er wird von einem Mädchen aufgenommen, doch ihr Mann kehrt zurück, der im Krieg ein Bein verloren hat.

Beckmann besucht seinen ehemaligen Oberst, der einen Spähtrupp in den Tod geschickt hat, um ihn zur Verantwortung zu ziehen, doch dieser lacht ihn aus. Auch der Kabarettdirektor schickt ihn weg, weil Beckmann mit Kriegsliedern reüssieren will.

Seine Eltern haben sich das Leben genommen, aber er muss weiterleben:

Keiner hört ihn, keiner gibt ihm Antwort. [...]

An diesem Dienstag

Die Woche hat einen Dienstag. Das Jahr ein halbes Hundert. Der Krieg hat viele Dienstage. An diesem Dienstag erhält Frau Hesse den Brief von der Front, dass ihr Mann zum Hauptmann befördert worden ist. Stolz zeigt sie ihn der Nachbarin: „An Frau Hauptmann Hesse“. An diesem Dienstag wird Leutnant Ehlers die zweite Kompanie übertragen, die Kompanie von Hauptmann Hesse, der sich krank gemeldet hat. Er sei ein bisschen flau geworden, seit er Hauptmann sei, befindet der Bataillonskommandant. An diesem Dienstag spielen sie die Zauberflöte. Frau Hesse sitzt mit rot geschminkten Lippen im Publikum. An diesem Dienstag fragt Schwester Elisabeth den Unterarzt, ob man dem Kranken noch etwas geben solle. „Nein“, sagt der so leise, als ob er sich schämt. Dann wird Hauptmann Hesse auf einer Bahre herausgetragen. An diesem Dienstag sitzt die kleine Ulla vor ihren Schulaufgaben. Zehnmal muss sie den Satz schreiben: „Im Krieg sind alle Väter Soldat.“ Krieg schreibt man mit G, hat ihre Lehrerin ihr eingebläut. G wie Grube.

(Kurzgeschichte von W. Borchert)

Film

Am 24. April 1945 besetzten Einheiten der Roten Armee das Ufa-Gelände in Berlin. Mit Erteilung der ersten Produktionslizenz durch die Sowjetische Militäradministration wurde am 17. Mai 1946 die Deutsche Filmaktiengesellschaft, kurz DEFA, gegründet, als deren erster Spielfilm Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns“ (1946) mit Hildegard Knef realisiert wurde. Das restliche Reichsfilmvermögen blieb in den westlichen Besatzungszonen unter treuhänderischer Verwaltung, bis es 1956 zur Privatisierung von Bavaria und Ufa kam.

Die alten deutschen Filme wurden zunächst konfisziert und nach einer Überprüfung zur öffentlichen Vorführung freigegeben. Einige dieser Filme wurden bereits im Sommer 1945 wieder aufgeführt. Die konfiszierten Filme wurden von den Amerikanern und Briten in drei Gruppen (A-B-C) geteilt, wobei in Gruppe A Filme fielen, die bedenkenlos in der Öffentlichkeit gezeigt werden konnten, Gruppe B solche umfasste, die nach Schnittauflagen freigegeben werden konnten und unter C die gänzlich verbotenen eingeordnet wurden.

Musik

Mit Enthusiasmus, Energie und Improvisationstalent wurde in Deutschland innerhalb kürzester Zeit das Musikleben neu belebt. Von allen Künsten trat die Musik als erste wieder an die Öffentlichkeit. Im tristen, sorgenvollen Nachkriegsalltag bedeutete sie für die Deutschen vor allem Abwechslung und Aufmunterung in der schlechten Zeit. Die Besatzungsmächte unterstützten aktiv das musikalische Leben in ihren Zonen, halfen bei der Beschaffung von Instrumenten und Noten, bei der Organisation von Konzerten oder sorgten für eine bessere Ernährung der Musiker in der Hungerzeit.

Das Musikleben fand zunächst in Provisorien statt, denn die Konzertsäle und Opernhäuser waren weitgehend zerstört. Vielschichtig und bunt präsentierte sich das Bild des musikalischen Neuanfangs. Klassische Musik stand auf der Wunsch- und Werteskala der Konzertbesucher weit oben. Doch neben dem altvertrauten Repertoire wurden nun auch Werke der während des NS-Regimes verbotenen deutschen wie ausländischen Komponisten aufgeführt.

Die jüdischen Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy und Gustav Mahler, die avantgardistischen Künstler der Zwanzigerjahre, Paul Hindemith, Arnold Schönberg, Carl Orff und Anton von Webern, die während des Dritten Reiches verfemt waren, wurden wieder gespielt, ausländische Komponisten wie Igor Strawinsky, Sergej Prokofjew oder Béla Bartók wurden bekannt gemacht.

Die Operettenkomponisten Jacques Offenbach, Robert Stolz und Emmerich Kálmán, allesamt von den Nationalsozialisten verboten, fanden ein ebenso zahlreiches wie dankbares Publikum. Und auch der Jazz und die amerikanischen Schlager feierten ein überzeugendes Comeback in Deutschland.

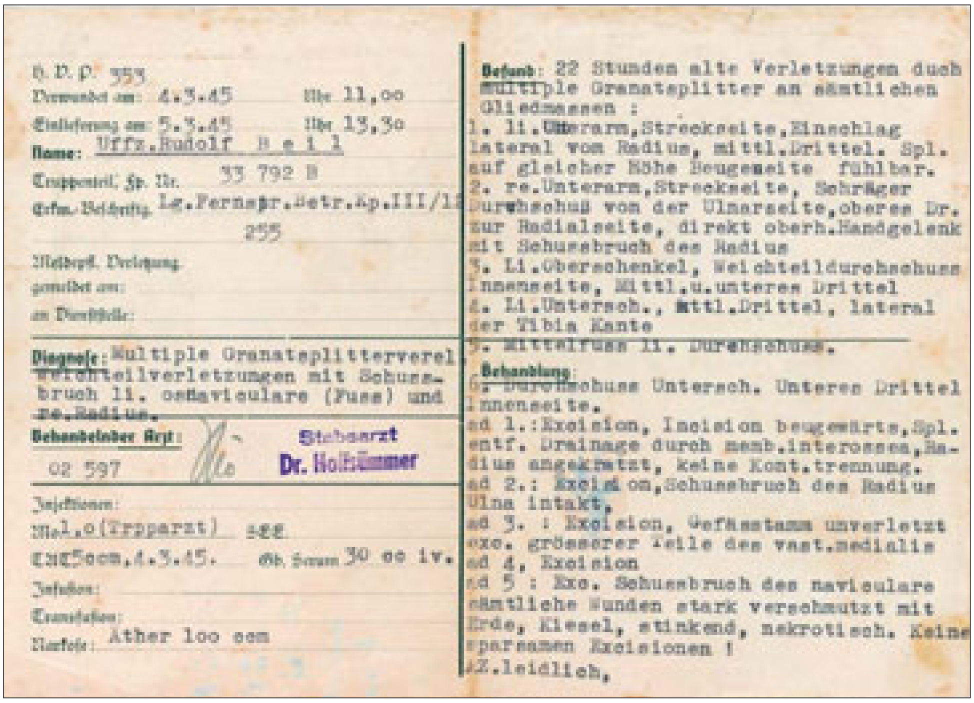
Kriegsfolgen

Kriegsversehrte

Nach der amtlichen Statistik gab es als Folge des Zweiten Weltkrieges ca. 35 000 000 Kriegsversehrte (Overmanns, a.a.O. und Deutsche Dienststelle [WASt], 2005).

Am Beispiel von Rudolf Beil soll anhand von privaten Dokumenten hier und auf der nächsten Seite ein Kriegsversehrtenschicksal dargestellt werden.

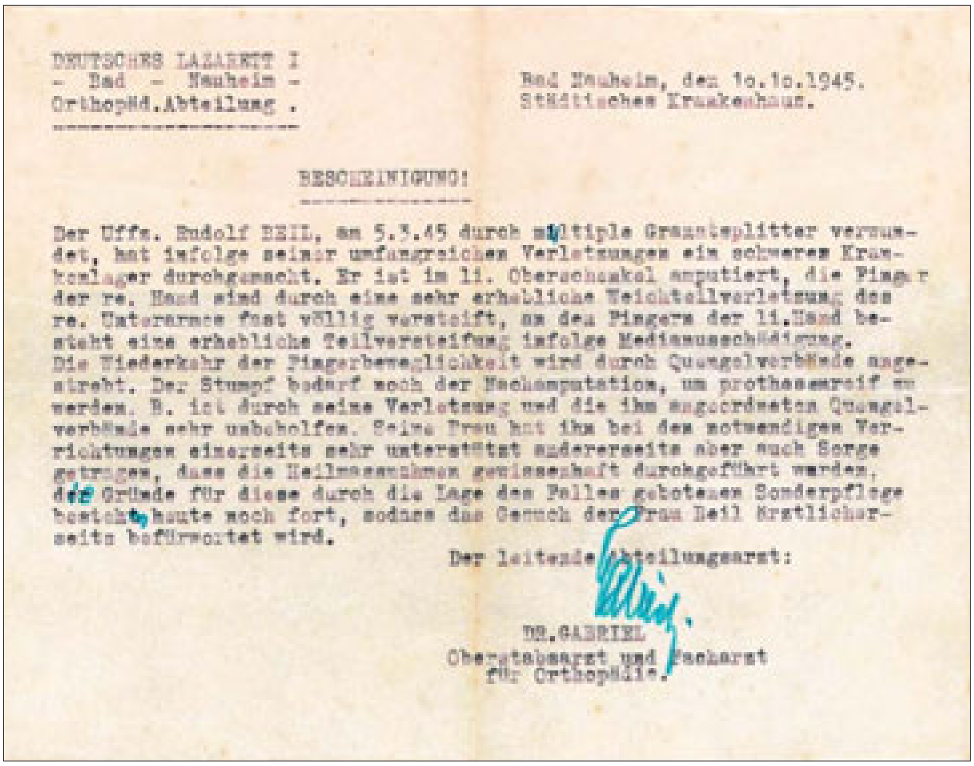
Rudolf Beil war in der Militärausbildung zum Funker, als der Zweite Weltkrieg ausbrach. 1939 zog er als gesunder Mann mit 29 Jahren in den Krieg. Er war vor allem in Deutschland, den Niederlanden und Belgien eingesetzt. Kurz vor Kriegsende wurde er schwer verwundet und in das Militärlazarett in Bad Nauheim eingeliefert.



H.V.P. 353
Verwundet am: 4.3.45 Uhr 11,oo
Einlieferung am: 5.3.45 Uhr 13,3o
Name: Uffz.Rudolf B e i l
Truppenteil, Fp. Nr. 33 792 B
Erkm.-Beschrftg. Lg.Fernspr.Betr.Kp.III/12 255
Meldepfl. Verlegung
gemeldet am:
an Dienststelle:
Diagnose: Multiple Granatsplitterverel. Weichteilverletzungen mit Schussbruch li. os navicul are (Fuss) und re.Radius.
Behandelnder Arzt: 02 597 Stabsarzt Dr. Holthümmer
Injektionen:
M.1,o(Tropparat) Ser
ExG.5ccm,4.3.45. Gb. Serum 30 cc iv.
Infusion:
Transfusion:
Narkose: Äther 1oo ccm

Befund: 22 Stunden alte Verletzungen duch multiple Granatsplitter an sämtlichen Gliedmassen :
1. li.Unterarm,Streckseite,Einschlag lateral vom Radius, mittl.Drittel. Spl. auf gleicher Höhe Beugeseite fühlbar.
2. re.Unterarm,Streckseite, Schräger Durchschuß von der Ulnarseite,oberes Dr. zur Radialseite, direkt oberh.Handgelenk mit Schussbruch des Radius
3. Li.Oberschenkel, Weichteildurchschuss Innenseite, Mittl.u.unteres Drittel
4. Li.Untersch., mttl.Drittel, lateral der Tibia Kante
5. Mittelfuss li. Durchschuss.
Behandlung:
6. Durchschuss Untersch. Unteres Drittel Innenseite.
ad 1.:Excision, Incision beugewärts,Spl. entf. Drainage durch memb.interossea,Radius angekratzt, keine Kont.trennung.
ad 2.: Excision,Schussbruch des Radius Ulna intakt,
ad 3. : Excision, Gefässtamm unverletzt exc. grösserer Teile des vast.medialis
ad 4, Excision
ad 5 : Exc. Schussbruch des naviculare sämtliche Wunden stark verschmutzt mit Erde, Kiesel, stinkend, nekrotisch. Keine sparsamen Excisionen !
AZ.leidlich,

Durch eine Bluttransfusion infizierte er sich unbemerkt mit Malaria und bekam schwere Fieberanfälle. Da die Ärzte zunächst nicht an Malaria dachten (Rudolf Beil war nie in den Tropen gewesen), amputierten sie das linke Bein oberhalb des Knies. Das Fieber ging jedoch nicht zurück und so wollte man auch schon das rechte Bein amputieren. Glücklicherweise vermutete ein Oberarzt, der in den Tropen gewesen war, als Ursache eine Malariaerkrankung. Die Diagnose bestätigte sich. Entsprechende Medikamente senkten das Fieber und so konnte wenigstens das rechte Bein erhalten bleiben.



DEUTSCHES LAZARETT I
- Bad - Nauheim -
Orthopäd.Abteilung .

Bad Nauheim, den 1o.1o.1945.
Städtisches Krankenhaus.

BESCHEINIGUNG!

Der Uffz. Rudolf BEIL, am 5.3.45 durch multiple Granatsplitter verwundet, hat infolge seiner umfangreichen Verletzungen ein schweres Krankenlager durchgemacht. Er ist im li. Oberschenkel amputiert, die Finger der re. Hand sind durch eine sehr erhebliche Weichteilverletzung des re. Unterarmes fast völlig versteift, an den Fingern der li. Hand besteht eine erhebliche Teilversteifung infolge Medianusschädigung. Die Wiederkehr der Fingerbeweglichkeit wird durch Quengelverbände angestrebt. Der Stumpf bedarf noch der Nachamputation, um prothesenreif zu werden. B. ist durch seine Verletzung und die ihm angeordneten Quengelverbände sehr unbeholfen. Seine Frau hat ihm bei den notwendigen Verrichtungen einerseits sehr unterstützt andererseits aber auch Sorge getragen, dass die Heilmassnahmen gewissenhaft durchgeführt werden. Die Gründe für diese durch die Lage des Falles gebotenen Sonderpflege bestehen heute noch fort, sodass das Gesuch der Frau Beil ärztlicherseits befürwortet wird.

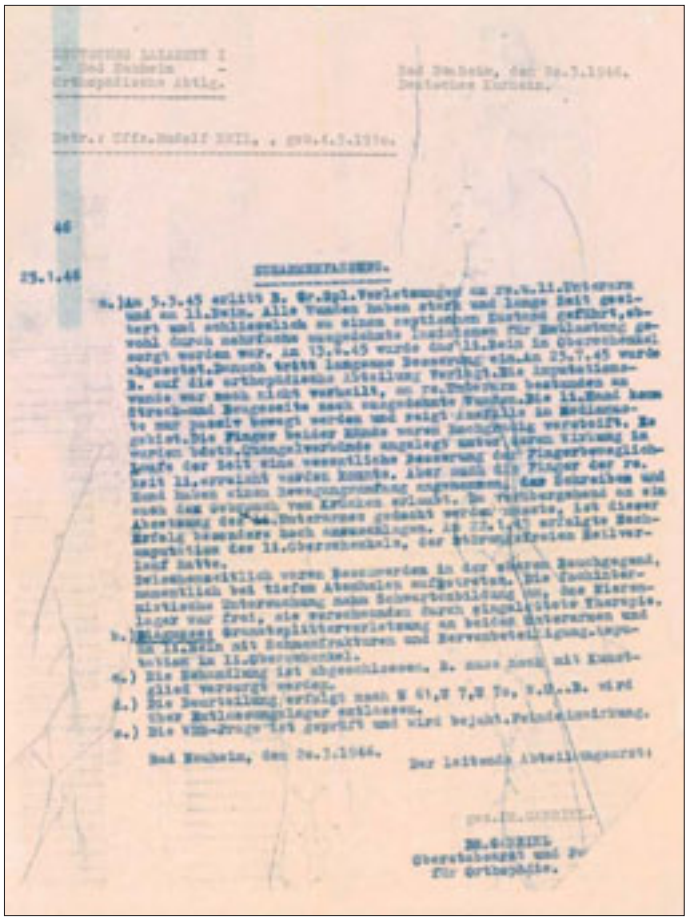
Der leitende Abteilungsarzt:

DR.GABRIEL
Oberstabsarzt und Facharzt
für Orthopädie.

Seine Ehefrau (das Ehepaar hatte 1942 geheiratet), die nach Kriegsende in Mainz, in der französischen Besatzungszone wohnte, durfte nur mit einer besonderen Erlaubnis ihren schwerkranken Mann in der amerikanischen Zone im Krankenhaus besuchen und pflegen.

Rudolf Beil lag über ein Jahr im Militärkrankenhaus und wurde dann schwerstbehindert in eine ungewisse Zukunft entlassen.

„Gesund" war Rudolf Beil allerdings noch lange nicht! Zu Hause musste er lange Zeit gepflegt werden und war zeitlebens Vollinvalide. Seinen Beruf konnte er aufgrund seiner Schwerbehinderung nicht mehr ausüben und musste sich in dieser schweren Nachkriegszeit um neue Arbeit bemühen. Für das Ehepaar begann eine sehr schwierige Zeit, zudem 1947 das erste Kind geboren wurde. Ihre Wohnung in Mainz war zweimal aus-



Bad Reichenhall, den 28.7.1946.

Betreff: Ufa.Rudolf Beil, geb.6.3.1914.

46

23.1.46

KRANKENPAPIERE.

a.) Am 5.3.45 erlitt B. Gr.Kpl.Verletzungen am 22.4.11.Untersuchung und am 11.Mai. Alle Wunden haben stark und lange Zeit geeitert und schließlich zu einem reaktionären Zustand geführt,der durch mehrfache ausgedehnte Inzisionen für Ableitung gesorgt werden war. Am 13.6.45 wurde das 11.Bein in Oberschenkel abgerissen.Danach trat langsame Besserung ein.Am 23.7.45 wurde B. auf die orthopädische Abteilung verlegt.Die Amputationswunde war noch nicht verheilt, es rd.Oberarm bestanden an Streck-und Beugeseite noch ausgedehnte Wunden.Die 11.Hand kann so nur passiv bewegt werden und zeigt Ausfälle in Nervenstörungen.Die Finger beider Hände waren hochgradig verkrüppelt. Es wurden bereits Operationen angelegt und deren Klärung in Laufe der Zeit eine wesentliche Besserung der Fingerbeweglichkeit 11.erreicht werden konnte. Aber auch die Finger der re. Hand haben einen Bewegungsumfang angenommen, das Schreiben und Essen halben einen Bewegungsumfang angenommen, das Schreiben und nach den vorgenommen von Knochen erlaubt. Es verbesserte sich ein Abwartung der re.Unterarmes gedacht werden, hierbei Erfolg besonders nach Operationen, die 22.1.47 erfolgte Nachamputation des 11.Oberschenkels, der Heilungsprozess Heilverlauf hatte.

Zwischenzeitlich waren Besserungen in der oberen Bauchgegend, wesentlich bei tiefem Abschalen aufgetreten. Die fachärztliche Untersuchung nahm Schwerbeschädigten, das Eisenlager war frei, sie verschwanden durch eingeleitete Therapie.

b.) Diagnose: Grundgelitterverletzung an beiden Unterarmen und 11.Knie mit Schussfrakturen und Nervenbeteiligung.Lagerung im 11.Oberschenkel.

c.) Die Behandlung ist abgeschlossen. B. muss noch mit Kunstglied versorgt werden.

d.) Die Beurteilung erfolgt nach H 61,2 7,8 7c, 8.0..B. wird über Entlassungslager entlassen.

e.) Die VHB-Frage ist geprüft und wird bejaht.Feindeinwirkung.

Bad Reichenhall, den 28.7.1946.

Der leitende Abteilungsarzt:

Gez. [illegible]

Oberstabsarzt und Dr
für Orthopädie.

III
PARTICULARS OF DISCHARGE
Entlassungsvermerk

THE PERSON TO WHOM THE ABOVE PARTICULARS REFER
Die Person auf die sich obige Angaben beziehen

WAS DISCHARGED ON (Date) 28.2.46 FROM THE* AIR-FORCE
wurde am (Datum der Entlassung) von/von der* entlassen

RIGHT THUMBPRINT
Abdruck des rechten Daumen

LINK.

CERTIFIED BY
Bestätigt durch

DAVID E. S[illegible]
1st Lt. F. A.

OFFICIAL EMBOSSED SEAL

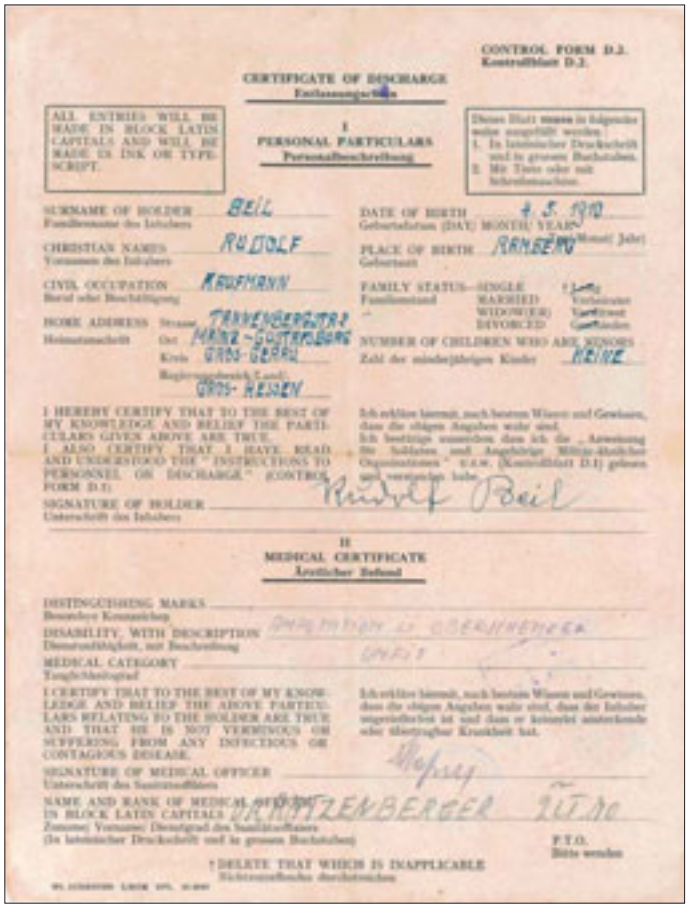
NAME, RANK AND APPOINTMENT OF ALLIED DISCHARGING OFFICER IN BLOCK CAPITALS
Amtlicher Eingangsstempel

*INSERT "ARMY," "NAVY," "AIR FORCE," "VOLKSSTURM," OR PARAMILITARY ORGANIZATION, e.g., "R.A.D.", "N.S.F.K.", ETC.
Wehrmacht oder Überweg der die Einheit angehört, z.B. „Heer", „Kriegsmarine", „Luftwaffe", „Volkssturm", „Waffen SS" oder „R.A.D.", „N.S.F.K.", usw.

MUSTERING OUT PAYMENT
RM. 40,-
PAY-MASTER

Für laufenden Empfang von Lebensmittelkarten angemeldet ab 28.2.46

Gelöscht



CONTROL FORM D.2.
Kontrollblatt D.2.

CERTIFICATE OF DISCHARGE
Entlassungsschein

ALL ENTRIES WILL BE MADE IN BLOCK LATIN CAPITALS AND WILL BE MADE IN INK OR TYPESCRIPT.

I
PERSONAL PARTICULARS
Personalbeschreibung

Dieses Blatt muss in folgender Weise ausgefüllt werden:
1. In lateinischer Druckschrift und in grossen Buchstaben.
2. Mit Tinte oder mit Schreibmaschine.

SURNAME OF HOLDER: BEIL
Familienname des Inhabers

CHRISTIAN NAMES: RUDOLF
Vornamen des Inhabers

CIVIL OCCUPATION: KAUFMANN
Beruf oder Beschäftigung

HOME ADDRESS
Heimatanschrift
Strasse
Ort: TRAVENBRÜCKSTR. 8
Kreis: MARKT-GOTTESBURG
Regierungsbezirk/Land: GROSS-GERAU
GROSS-HESSEN

DATE OF BIRTH: 6.3.1914
Geburtsdatum (DAY, MONTH, YEAR)

PLACE OF BIRTH: RANGEND
Geburtsort

FAMILY STATUS—SINGLE, MARRIED, WIDOW(ER), DIVORCED
Familienstand

NUMBER OF CHILDREN WHO ARE MINORS
Zahl der minderjährigen Kinder: KEINE

I HEREBY CERTIFY THAT TO THE BEST OF MY KNOWLEDGE AND BELIEF THE PARTICULARS GIVEN ABOVE ARE TRUE.
I ALSO CERTIFY THAT I HAVE READ AND UNDERSTOOD THE "INSTRUCTIONS TO PERSONNEL ON DISCHARGE," (CONTROL FORM D.11)
Ich erkläre hiermit, nach bestem Wissen und Gewissen, dass die obigen Angaben wahr sind.
Ich bestätige ausserdem, dass ich die „Anweisung für Soldaten und Angehörige [illegible] usw. (Kontrollblatt D.1) gelesen und verstanden habe.

SIGNATURE OF HOLDER
Unterschrift des Inhabers: Rudolf Beil

II
MEDICAL CERTIFICATE
Ärztlicher Befund

DISTINGUISHING MARKS
Besondere Kennzeichen

DISABILITY, WITH DESCRIPTION
Dienstunfähigkeit, mit Beschreibung: [illegible] OBERSCHENKEL LINKS

MEDICAL CATEGORY
Tauglichkeitsgrad: [illegible]

I CERTIFY THAT TO THE BEST OF MY KNOWLEDGE AND BELIEF THE ABOVE PARTICULARS RELATING TO THE SOLDIER ARE TRUE AND THAT HE IS NOT VERMINOUS OR SUFFERING FROM ANY INFECTIOUS OR CONTAGIOUS DISEASE.
Ich erkläre hiermit, nach bestem Wissen und Gewissen, dass die obigen Angaben wahr sind, dass der Inhaber augenblicklich ist und dass er keinerlei ansteckende oder übertragbare Krankheit hat.

SIGNATURE OF MEDICAL OFFICER
Unterschrift des Sanitätsoffiziers: [illegible]

NAME AND RANK OF MEDICAL OFFICER IN BLOCK LATIN CAPITALS
Zuname, Vorname, Dienstgrad des Sanitätsoffiziers (in lateinischer Druckschrift und in grossen Buchstaben): DR. KATZENBERGER Lt. RC

F.T.O.
Bitte wenden

†DELETE THAT WHICH IS INAPPLICABLE
Nichtzutreffendes durchstreichen

gebombt worden, ebenso war das Elternhaus von Rudolf Beil in Kitzingen zerstört (s. S. 24). Seine Frau musste neben der Pflege ihres Mannes auch noch zum Lebensunterhalt beitragen, denn erst viel später gab es eine Kriegsversehrtenrente.

Kriegsversehrte demonstrieren für eine verbesserte staatliche Unterstützung

Flucht und Vertreibung: Zwölf Millionen Deutsche verlieren die Heimat

Im Chaos des Kriegsendes hatten ab Herbst 1944 Millionen von Deutschen aus Angst vor den heranrückenden Truppen ihre Heimat verlassen und waren in den Westen des Reiches geflohen. Die rücksichtslose NS-Durchhaltepolitik führte dazu, dass eine Flucht hinausgeschoben wurde und nun oft inmitten von Kampfhandlungen des letzten Kriegswinters erfolgte. Auf dem Territorium der späteren Bundesrepublik waren deshalb etwa zwölf Millionen Menschen zusätzlich mit Wohnraum, Kleidung und Nahrung zu versorgen. Insgesamt ging die Versorgung und Integration dieser Flüchtlinge und Heimatvertriebenen erstaunlich schnell und oft reibungslos vor sich. Aber es war auch mit Härten und Schwierigkeiten auf beiden Seiten verbunden. So musste für die Neuankömmlinge zuerst für eine Unterkunft gesorgt werden.

Flüchtlingslager

Einweisungsschein

Der Flüchtling

wird mit dem heutigen Tage bei Herrn — Frau

in die beschlagnahmten Räume eingewiesen.

Zeitz, den 194

Umsiedlerlager Moritzburg

Der Lagerverwalter

Dieser Einweisungsschein gilt als Ausweis für:
1. die polizeiliche Anmeldung,
2. das Wirtschaftsamt.

Einweisungsschein für einen Flüchtling

Aufforderung!

Zur Unterbringung von Flüchtlingen werden

Luftschutzbetten samt Strohsäcken

dringend benötigt! Sie wurden bisher leihweise der Bevölkerung überlassen.

Nunmehr wird die Bevölkerung dringend aufgefordert, die Betten samt den Strohsäcken sofort abzuliefern und zwar ab heute Samstagnachmittag, morgen Sonntag und Montag in der Turnhalle (Karl-Wahl-Str.)

Angesichts der Dringlichkeit kann eine Abholung nicht erfolgen.

Bei der Not der Flüchtlinge wird das Verständnis der Bevölkerung zur restlosen Abgabe der **Betten** mit **Strohsäcken** erwartet.

Memmingen, 27. Jan. 1945

Der Bürgermeister der Stadt Memmingen
Dr. Berndl.

(aus dem Preisausschreiben des Volksbundes, LV Bayern, 2005: Klasse 9cM, Lindenschule Memmingen)

Das Ende des Zweiten Weltkriegs löste dann eine beispiellose Völkerwanderung in Europa aus. Vor der heranrückenden Roten Armee flüchteten in den letzten Kriegswochen hunderttausende Deutsche nach Westen. Millionen von Menschen waren auf der Flucht oder suchten eine neue Heimat. Von den 16,6 Millionen Deutschen, die aus den deutschen Ostprovinzen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern vertrieben wurden, starben über zwei Millionen. Nach Kriegsende begann die brutale Vertreibung der Deutschen aus Ost-, Mittel- und Südosteuropa. Ab 1946 folgten in Ausführung der Potsdamer Beschlüsse die großen „regulären“ Vertriebenentransporte.

Die größte Völkerwanderung der Geschichte: Flüchtlinge

Nicht nur Flüchtlinge und Vertriebene waren unterwegs, sondern auch entlassene Soldaten, Verwundete, Evakuierte, Kinder aus den Heimen der Kinderlandverschickung, Zwangsarbeiter, Überlebende der KZs oder zurückkehrende Emigranten. Sie zogen auf der Suche nach ihren Familien, ihren Heimatorten oder einem neuen Zuhause quer durch Deutschland. Ein kleiner Handwagen, ein Rucksack, ein Holzkoffer mit wenigen Habseligkeiten waren häufig der einzige Besitz. Hunger, Kälte und Krankheiten begleiteten ihre wochen- oder oft monatelange Odyssee. Viele Familien wurden auseinander gerissen und waren auf der Suche nach ihren Angehörigen. Immer mehr Menschen strömten in das Gebiet der vier Besatzungszonen. Bei der ersten auf Anordnung des Alliierten Kontrollrats durchgeführten Volkszählung im Oktober 1946 wurden 9,6 Millionen Flüchtlinge gezählt. Allein in Schleswig-Holstein stieg die Bevölkerung um 860 000 Vertriebene (= 33 Prozent der Gesamtbevölkerung). Die Flüchtlinge wurden in Lager und Notquartiere eingewiesen oder bei Privatfamilien untergebracht. Bis 1950 fanden rund zwölf Millionen Menschen Aufnahme im Gebiet westlich der Oder-Neiße-Linie.

Flüchtlingskinder in einer Notunterkunft

In vielen Schulklassen der Nachkriegszeit waren fast die Hälfte der Kinder Flüchtlinge und Heimatvertriebene. Flüchtlingskinder hatten es besonders schwer. Zu ihrer Traumatisierung kam vielfach noch eine Stigmatisierung.

Zum Nachlesen: Kent Martha, Eine Porzellanscherbe im Graben: Eine deutsche Flüchtlingskindheit, Scherz Verlag, Bern, 2003

Martha ist fünf Jahre alt, als sie 1945 in das für Deutsche eingerichtete polnische Lager Potulice eingewiesen wird – alleine in eine Mädchenbaracke. Die Mutter lebt hinter Stacheldraht im gleichen Lager.

Lügen, um zu überleben

Brigitta L. aus S. leidet noch heute unter ihrer Stigmatisierung, die sie vor Jahrzehnten als Flüchtlingskind in der Nachkriegszeit erlitten hatte. Viele Jahre galt sie in ihrer Kleinstadt als die Lügnerin schlechthin.

Als Kind einer ledigen Mutter war sie alleine schon deswegen eine Außenseiterin. Dazu kam noch, dass sie mit ihrer Mutter als arme Flüchtlinge am Rande der Stadt in einer Barackensiedlung lebte. Ihre Mutter musste arbeiten, um beide zu versorgen. Das Jugendamt erfuhr über die Schule, dass Brigitta nachmittags alleine ohne Aufsicht zu Hause war. Das war nach damaliger Auffassung nicht möglich. Die Mutter wurde deswegen vom Jugendamt zur Rede gestellt und hatte folgende Alternativen: Aufgabe des Berufes, was aber unmöglich war, weil sie alleine für den Unterhalt sorgen musste und beide ohne Geld nicht überleben konnten, Freigabe des Kindes zur Adoption (so konnte die Mutter arbeiten und für sich selbst sorgen) oder „amtliche“ Trennung beider und Einlieferung des Mädchens in ein Kinderheim. Es verblieben nur wenige Tage bis zu einer Entscheidung.

Mutter und Tochter wussten keinen Ausweg. Die rettende Lösung war der Besuch von Verwandten aus dem Schwarzwald, die sich nach Schilderung des Falles bereiterklärten, das Mädchen zu sich in ihre Familie mitzunehmen. Obwohl sich die „Stiefeltern“ gut um ihr Pflegekind kümmerten, hatte Brigitta Heimweh nach ihrer Mutter und klagte ihr heimlich nach einem halben Jahr auf einer Postkarte ihr Leid. Ihre Mutter fuhr daraufhin sofort zu ihr und holte sie zurück. Das Jugendamt, das von der Schule informiert wurde, drohte daraufhin erneut mit den drei bekannten Möglichkeiten, weil Brigitta am Nachmittag wieder ohne Aufsicht war.

Der „Schutzengel“ kam in Form einer älteren Flüchtlingsfrau, die zu dieser Zeit nach S. in die benachbarte Baracke einzog. Ihr Mann und Sohn waren im Krieg vermisst. Mit ihr verstanden sich Brigitta und ihre Mutter sofort. Die Nachbarsfrau merkte, dass Mutter und Tochter sehr niedergedrückt waren und sprach sie deswegen an. Brigittas Mutter erzählte ihr ihre Sorgen. Man kam überein, die Flüchtlingsfrau als Großmutter (Mutter des geheim gehaltenen und angeblich vermissten Vaters von Brigitta) auszugeben. Dies wurde amtlicherseits nach einiger Zeit auch akzeptiert. Und damit hatte alles seine Ordnung. Da die angebliche „Oma“ ja verwandt war und sich nachmittags um Brigitta auch kümmerte, durfte Brigitta zu Hause bleiben und wurde ihrer Mutter nicht mehr weggenommen. Sie litt allerdings sehr darunter, dass sie immer lügen musste, besonders wenn sie die Schule schwänzte, um mit ihrer Oma im Wald Beeren und Pilze zu sammeln, um zu überleben. Die falschen Krankmeldungen und unwahren Ausreden kamen jedoch heraus und Brigitta galt viele Jahre lang als „notorische Lügnerin“, der man überhaupt nicht mehr glauben konnte.

Quelle: privat

Zerrissene Familien: Arbeit der Suchdienste

Zur allgemeinen Notlage in Deutschland kam noch die persönliche Ungewissheit über das Schicksal von Angehörigen dazu. Besonders nach der Kapitulation brach die Kommunikation innerhalb des Reiches über die Klärung von Schicksalen zusammen. Es gab zunächst kaum eine Möglichkeit, etwas über den Verbleib vermisster Menschen zu erfahren. Besonders schwierig war es für Kriegsgefangene, Nachrichten an ihre Familien weiterzuleiten. Jeder vierte Bewohner Deutschlands suchte einen oder mehrere Angehörige. Man schätzt, dass zwischen 14 und 17 Millionen Menschen vermisst wurden. Allein mehr als 500 000 Kinder verloren im Krieg oder auf der Flucht ihre Angehörigen. Viele Kinder kannten zwar ihren Namen, jedoch nicht den Ort, in dem sie früher gewohnt hatten. Viele kamen ins Lager Friedland und hofften dort, ihre Familie wiederzufinden – doch viele Kinder kamen in Heime oder zu Pflegefamilien.

Jugendliche und Kinder aller Altersklassen kamen ins Lager Friedland. Sie hofften dort ihre Familie wiederzufinden. Niemand weiß, wie viele von ihnen heute noch auf der Suche nach ihren Wurzeln sind

Mütter wussten nicht, ob ihre Ehemänner oder Söhne an der Front gefallen waren. Nachrichten über Gefallene kamen, wenn überhaupt, nur über Umwege nach Hause. Überall hingen Bilder und Zettel mit Namen. Hilfreiche Menschen nahmen die Flüchtigen oftmals spontan auf und kümmerten sich um sie, trotz der eigenen Notlage.

Private Suchaktionen waren räumlich begrenzt und meist zum Scheitern verurteilt. Zwei entlassene Soldaten gründeten zusammen mit dem Roten Kreuz einen Suchdienst. Der Deutsche Caritas-Verband, das Hilfswerk der evangelischen Kirche, das Deutsche Rote Kreuz und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge bauten gemeinsam eine Suchkartei auf. Hunderttausende von Schicksalen verwandelten sich in Karteikarten. So konnten viele Vermisstenschicksale geklärt und Familien wieder zusammengeführt werden. In hunderttausenden Fällen konnten die Suchdienste jedoch wenigstens das zermürbende Warten beenden.

Jeder Soldat, der über das Lager Friedland aus der Gefangenschaft zurückkam, wurde über den Verbleib von Kameraden befragt

Suche auch heute noch!

Der Suchdienst des Roten Kreuzes in Hamburg und München versucht bis heute, das Schicksal der deutschen Soldaten, besonders der Kriegsgefangenen aufzuklären und Familien wieder zusammenzuführen. Der Kirchliche Suchdienst baute Heimatortkarteien auf, um den Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen zu helfen. Der Internationale Suchdienst in Arolsen kümmerte sich um die zivilen Opfer der Gewaltherrschaft. Alleine die Namenskartei des Roten Kreuzes in München umfasst ca. 61 Millionen Karteikarten, auf denen die Namen von 27 Millionen Menschen stehen, die durch Krieg, Gefangenschaft, Internierung, Haft, Flucht, Vertreibung und die Teilung Deutschlands zu Suchenden und Gesuchten wurden.

Die Suche nach Kindern stellte den Suchdienst vor besondere Probleme. Wie sollten Kinder identifiziert, wie sollte für sie gesucht werden, wenn sie nicht einmal ihren eigenen Namen kannten? Hier dienten vor allem Fotografien als Grundlage der Nachforschung. Sie wurden in umfangreichen Bildkarteien zusammengestellt. Aber auch mit Hilfe von Plakaten, Filmen und Radiosendungen wurde versucht, die Kinder ihren Eltern oder den nächsten Angehörigen wieder zuzuführen.

War die Suche erfolgreich, spielten sich ergreifende Szenen ab. Über sieben Millionen Menschen wurden zusammengeführt. Oft allerdings wurde auch der Tod der Angehörigen zur traurigen Gewissheit. Trotz aller Mühen, trotz aller Erfolge sind heute noch mehr als eine Million Schicksale ungeklärt.

Nach einer Meldung des ZDF vom 25. 4. 2005 werden noch 60 Jahre nach dem Krieg in Russland jede Woche vom Suchdienst 300 Soldatenschicksale geklärt. Nach Kriegsende gab es 15 Millionen Anfragen beim Roten Kreuz.

Der Volksbund hilft bei der Suche nach Angehörigen. Auch über 60 Jahre nach Kriegsende gelten mehr als 1,3 Millionen deutsche Soldaten noch als vermisst. Zu diesem Thema bietet der Volksbund die Gräbersuche online an: www.volksbund.de (Stichwort: gräbersuche online).

Displaced Persons

Auch nichtdeutsche Staatsbürger waren von Bevölkerungsverschiebungen in Deutschland betroffen. Die so genannten „Displaced Persons“, oder abgekürzt DPs, waren in den ersten Nachkriegsjahren für die Alliierten und die deutsche Verwaltung ein gravierendes Problem. Laut Definition der Alliierten waren das Personen, die als Zwangsarbeiter oder aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen ihr Land verlassen mussten und jetzt in den vier Besatzungszonen festsaßen. Bei Kriegsende befanden sich zwischen acht und zehn Millionen Displaced Persons aus Polen, der Sowjetunion, der Ukraine, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Frankreich in Deutschland. Die meisten von ihnen waren als Zwangsarbeiter nach Deutschland gekommen, viele waren jedoch auch Kriegsgefangene und befreite Internierte aus den zahlreichen Konzentrationslagern. Das in Jalta unterzeichnete Geheimabkommen sah die wechselseitige Repatriierung der Kriegsgefangenen vor.

Da es den meisten Displaced Persons nicht möglich war, mit eigenen Mitteln in ihr Heimatland zurückzukehren und ihre Versorgung erhebliche Probleme hervorrief, begannen sofort nach Kriegsende umfangreiche Repatriierungsaktionen durch die Alliierten. Bis zum September 1945 wurden so in regulären Transporten 4,622 Millionen DPs aus den Westzonen in ihre jeweilige Heimat gebracht. Vielen gelang die Auswanderung in die USA, nach Australien oder Israel. Die Bemühungen einer Repatriierung erwiesen sich jedoch besonders im Fall der osteuropäischen Staaten als außerordentlich schwierig, da viele Menschen wegen der dort herrschenden politischen Verhältnisse zögerten oder es ganz ablehnten, zurückzukehren, weil ihnen z. B. das Straflager oder sogar der Tod drohte.

Für die sowjetischen Kriegsgefangenen ergab sich dabei eine besondere Zwangslage. Die ehemaligen Mitglieder der Wlassow-Armee, die an der Seite der Deutschen gekämpft hatten, erwartete der sichere Tod in ihrer Heimat. Auch den Soldaten, die in deutscher Gefangenschaft verblieben waren, drohte der Tod, da Stalin 1942 per Dekret alle von den Feinden gefangenen Sowjetsoldaten zu Vaterlandsverrätern erklärt hatte. Viele Sowjetsoldaten, die die Deportation erwarteten, begingen deshalb Selbstmord.

Die **U**nited **N**ations **R**elief and **R**ehabilitation **A**dministration (UNRRA), eine Hilfsorganisation der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Flüchtlinge und Verschleppten in den von den Alliierten besetzten Gebieten, kümmerte sich um die Displaced Persons. Da die UNRRA an diesen Aufgaben aber scheiterte, wurde sie 1947 durch die **I**nternational **R**efuge **O**rganisation (IRO = Internationale Flüchtlingsorganisation) abgelöst. In Deutschland gab es zahlreiche IRO-Lager.

1949 befanden sich in den drei Westzonen noch 411 654 DPs. Sie lebten meist in Lagern oder geschlossenen Siedlungen. Weil sie nicht in ihre Heimatländer zurückgeführt werden konnten, gewährte ihnen die Bundesregierung 1951 auf Druck der Alliierten ein Aufenthalts- und Niederlassungsrecht als „heimatlose Ausländer“.

Die wichtigsten DP-Camps in den Besatzungszonen

„Displaced Persons“ demonstrieren

Displaced-Persons-Camp Wildflecken

Die heutige Kriegsgräberstätte Wildflecken (Rhön) ist eine Gedenkstätte für 544 polnische Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft – darunter 428 Kinder. Die Menschen starben an den unmittelbaren Kriegsfolgen. Zwischen Mai 1945 und 1951 waren hier bis zu 20 000 Polen untergebracht. Sie lebten eingepfercht und dicht gedrängt in menschenunwürdigen Behelfsunterkünften. Von den zahlreichen Neugeborenen starben viele bereits im Säuglingsalter zumeist an Hirnhautentzündung. Eines von ihnen war Danuta Duras, geboren am 14. 3. 1948, gestorben am 21. 5. 1948 (Grablage: Feld A, Grab Nr. 24).

Zunächst war hier ein UNRRA-Lager, später ein IRO-Lager. Dieses sollte für die Menschen Durchgangsstation für ein neues Leben sein: entweder Rückführung in die Heimat oder Auswanderung in ein anderes Land. Für viele war es jedoch Endstation. Diese Kriegsgräberstätte wird vom Volksbund mitbetreut.

Kriegsgefangene

11 094 000 deutsche Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft, davon 7,7 Millionen in den Lagern der Westmächte. Die Mehrzahl der Soldaten schaffte es, von den westlichen Alliierten festgesetzt zu werden. Dort erhofften sich die Männer eine bessere Behandlung und frühere Freilassung als bei den Sowjets. 3,63 Millionen Wehrmachtssoldaten befanden sich in britischen Lagern. Diese Camps lagen nicht nur in Großbritannien und Deutschland, sondern zum Beispiel auch auf Malta und Madagaskar, in Äthiopien oder in Kanada. 3,1 Millionen Soldaten kamen in US-Camps, viele davon in die Vereinigten Staaten. 937 000 Deutsche waren in französischer Gefangenschaft, vorwiegend in Frankreich, Deutschland und Österreich. 3,3 Millionen befanden sich in sowjetischen Lagern. In über 80 Ländern wurden mehr als 12 800 Lager in fünf Kontinenten errichtet, davon alleine bis zu 6000 Lager (einschließlich Nebenlagern) in der Sowjetunion.

Kriegsgefangenenlager in der UdSSR

Deutsche Kriegsgefangene bei Moskau

Besonders schwierig war es für die Kriegsgefangenen in Russland, da sie lange Zeit keine Nachrichten an ihre Familien senden konnten. Einen Hoffnungsschimmer brachte der nach dem Krieg eingerichtete Suchdienst des Roten Kreuzes. Vor allem in Russland begann ein neuer, langer Kampf ums Überleben. Die Mehrzahl der deutschen Soldaten in sowjetischer Haft wurde in Lagern im europäischen Teil der Sowjetunion gefangen gehalten. Im Ural und ostwärts davon wurden lediglich elf Prozent der Einzellager und Arbeitsbataillone eingerichtet. Zehntausende überleben die ersten Wochen nicht. Viele Kriegsgefangene wurden schon nach wenigen Monaten entlassen, andere erst nach vielen Jahren. Nur knapp zwei Millionen kehrten aus der Sowjetunion nach Deutschland zurück, die letzten erst Anfang 1956.

Lebensbedingungen in den Lagern

Die Lebensbedingungen variierten stark: In amerikanischer und britischer Haft ging es den Gefangenen zumeist relativ gut. Zu Problemen führte vor allem die enorm hohe Zahl der bei Kriegsende festgesetzten Angehörigen der geschlagenen Wehrmacht – etwa in den Rheinwiesen-Lagern, wo Tausende an Hunger und Krankheit starben. In Frankreich spürten die Gefangenen die schwierige Wirtschaftslage, ebenso in der Sowjetunion. Dort kam ungleich stärker als bei den Westmächten das Verlangen nach Rache für den Vernichtungskrieg der Deutschen hinzu. Viele Gefangene litten unter Hunger und Kälte, Schikanen und Terror.

Viele Schicksale noch ungeklärt

Die Schätzungen über die Zahl der in Haft gestorbenen Männer schwanken zwischen 600 000 und einer Million. Nach Angaben des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes ist bis heute das Schicksal von 1,3 Millionen Kriegsgefangenen ungeklärt – sie gelten offiziell als vermisst. Nun steht der Zugang zu den russischen Archiven offen. Namen und Orte können so ermittelt und viele Schicksale – auch der Zivilpersonen – endlich geklärt werden.

Deutsche Soldaten, die durch das Karlstor in München ziehen, kommen in amerikanische Kriegsgefangenschaft

Deutsche Kriegsversehrte nach Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1946 in Frankfurt/Main

Zum Nachlesen über Schicksale in Gefangenschaft:

Dehning Hans Jürgen, Meine sieben bitteren Jahre. Soldat in Russland und Kriegsgefangener in Jugoslawien (1942–1949)
Eicher Eduard, Neunundvierzig Monate – In russischer Kriegsgefangenschaft
Schuster Elisabeth (Hrsg.), Reite Schritt, Schnitter Tod! – Leben und Sterben im Speziallager Nr. 1 des NKWD
(s. Literaturverzeichnis)

Arbeit des Volksbundes

Jedes der Opfer – gefallene deutsche Soldaten und Kriegsgefangene – sollte ein würdiges Grab erhalten. Das ist die Aufgabe des Volksbundes. Doch gerade im Osten war es lange Zeit nicht möglich, alle Anlagen wiederherzustellen und dauerhaft zu pflegen. Deshalb lag der Schwerpunkt zunächst auf der Dokumentation der Lagerfriedhöfe und der Namen der Gefallenen, so in der Kirche von Sologubowka bei St. Petersburg und in Rossoschka bei Wolgograd/Stalingrad.

Für die Angehörigen gibt es somit wenigstens diesen Trost: Die Namen und Schicksale sind nicht vergessen.

Friedland: Synonym für ein neues Leben

Der Ort Friedland wurde durch das Grenzdurchgangslager weltweit bekannt. Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde von der britischen Militärverwaltung ein Auffanglager eingerichtet, um Flüchtlinge, Vertriebene oder Soldaten, die auf der Suche nach einer neuen Bleibe waren, aufzunehmen. In der Nähe von Göttingen grenzten die amerikanische, britische und sowjetische Besatzungszone aneinander. Im Dorf Friedland gab es einen Bahnhof, eine gut ausgebaute Straße und ein leer stehendes Stallgebäude des Versuchsgutes der Universität Göttingen. Nach und nach wurden Blechbaracken, so genannte „Nissenhütten“ aufgestellt, um das Lager zu erweitern. Verzweifelte Angehörige warteten oft tagelang auf die Transporte mit den entlassenen Kriegsgefangenen. Sie trugen Schilder mit Namen und dem Bild des Gesuchten. Die Wände der Baracken waren mit Suchzetteln beklebt.

Suche nach Vermissten

Wege zur Demokratie in Deutschland

Die Nürnberger Prozesse

26 Millionen Tote klagen an!
Plakat zu den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen

Schon lange vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren sich die Alliierten einig, die Verantwortlichen für die nationalsozialistische Herrschaft vor einem internationalen Gericht, der im Namen der 1945 als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes gegründeten Vereinten Nationen, zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Internationale Militärgerichtshof von Nürnberg war zuständig für die Verurteilung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden. Dahinter verbargen sich Morde und Misshandlungen, Verfolgung und Vernichtung von Menschenleben, Deportation zur Zwangsarbeit. Dazu kam noch der Anklagepunkt „Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskriegs“. Der Internationale Gerichtshof trat am 18. 10. 1945 in Berlin zur Eröffnungssitzung zusammen und am 14. 11. 1945 begann der erste der Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher des „Dritten Reiches“. Nicht alle konnten vor Gericht gestellt werden: Die Hauptschuldigen wie Adolf Hitler, Heinrich Himmler und Joseph Goebbels hatten Selbstmord begangen. Angeklagt waren unter anderen der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß, „Reichsmarschall“ Hermann Göring, die ehemaligen Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath und Joachim von Ribbentrop, der Chefideologe Alfred Rosenberg, Rüstungsminister Albert Speer, Reichsjugendführer Baldur von Schirach und der verschollene Reichsleiter der NSDAP, Martin Bormann, gegen den in Abwesenheit verhandelt wurde. Der Prozess enthüllte das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft.

Die Anklagebank im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher: vorne (v.l.n.r.): Hermann Göring, Rudolf Heß, Joachim von Ribbentrop, Wilhelm Keitel; hinten (v.l.n.r.): Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur von Schirach, Fritz Sauckel

Nach fast einem Jahr Verhandlungsdauer wurden zwölf der 24 Hauptkriegsverbrecher am 1. 10. 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet, unter ihnen Ribbentrop und Rosenberg. Göring entzog sich dem Henker durch Selbstmord. Sieben Angeklagte erhielten langjährige oder lebenslange Haftstrafen. In drei Fällen lautete das Urteil auf Freispruch, weil eine Mitschuld nicht nachgewiesen werden konnte. Die Leichen der Gehenkten wurden in einem Münchener Krematorium eingeäschert und die Asche in die Isar gestreut. Die Alliierten wollten nationalsozialistische „Wallfahrten“ verhindern. In Nürnberg folgten weitere Prozesse vor Militärgerichten gegen Angehörige des Auswärtigen Amtes, Industrielle, Generäle, Ärzte, Juristen und höhere SS-Funktionäre. Bis in die Gegenwart sind Gerichte mit der Ahndung von NS-Straftaten beschäftigt.

Flucht aus der Verantwortung

Im zerstörten Deutschland irrten nach 1945 Millionen von Flüchtlingen oder Ausgebombten ohne Ausweise herum. Dieses Chaos gab braunen Tätern eine Atempause. Sie waren schwer zu orten. Ihre Verbrechen waren oft noch nicht aktenkundig. Polizei und Justiz waren überlastet. Viele konnten ins Ausland (z. B. nach Südamerika) fliehen.

Adolf Eichmann, Organisator der Judentransporte in die Konzentrationslager, konnte 1946 nach Argentinien entkommen. Israels Geheimdienst spürte ihn 1960 auf. Er wurde in Jerusalem vor Gericht gestellt und zwei Jahre später hingerichtet

Die Truman-Doktrin

Hilfe für freie Völker

Rede des amerikanischen Präsidenten Truman vor den beiden Häusern des Kongresses am 12. 3. 1947:

[...] Es ist eines der Hauptziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, Bedingungen zu schaffen, die es uns und anderen Nationen ermöglichen, eine Lebensform zu gestalten, die frei ist von Zwang. Hauptsächlich um diesen Punkt ging es in dem Krieg gegen Deutschland und Japan. Unser Sieg wurde über Länder errungen, die versuchten, anderen Nationen ihren Willen und ihre Lebensform aufzuzwingen. [...]

In jüngster Zeit wurden den Völkern einer Anzahl von Staaten gegen ihren Willen totalitäre Regierungsformen aufgezwungen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat immer wieder gegen den Zwang und die Einschüchterungen in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert, die eine Verletzung der Vereinbarungen von Jalta darstellen. Ich muss auch erwähnen, dass in einer Anzahl von anderen Ländern ähnliche Entwicklungen vor sich gehen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte muss fast jede Nation zwischen alternativen Lebensformen wählen. Nur zu oft ist diese Wahl nicht frei.

Die eine Lebensform gründet sich auf den Willen der Mehrheit und ist gekennzeichnet durch freie Institutionen, repräsentative Regierungsform, freie Wahlen, Garantien für die persönliche Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit von politischer Unterdrückung. Die andere Lebensform gründet sich auf den Willen einer Minderheit, den diese der Mehrheit gewaltsam aufzwingt. Sie stützt sich auf Terror und Unterdrückung, auf die Zensur von Presse und Rundfunk, auf manipulierte Wahlen und auf den Entzug der persönlichen Freiheiten.

Ich glaube, es muss die Politik der Vereinigten Staaten sein, freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen. Ich glaube, wir müssen allen freien Völkern helfen, damit sie ihre Geschicke auf ihre eigene Weise selbst bestimmen können. Unter einem solchen Beistand verstehe ich vor allem wirtschaftliche und finanzielle Hilfe, die die Grundlage für wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Verhältnisse bildet. [...]

Die freien Völker der Welt rechnen auf unsere Unterstützung in ihrem Kampf um die Freiheit. Wenn wir in unserer Führungsrolle zaudern, gefährden wir den Frieden der Welt – und wir schaden mit Sicherheit der Wohlfahrt unserer eigenen Nation. [...]

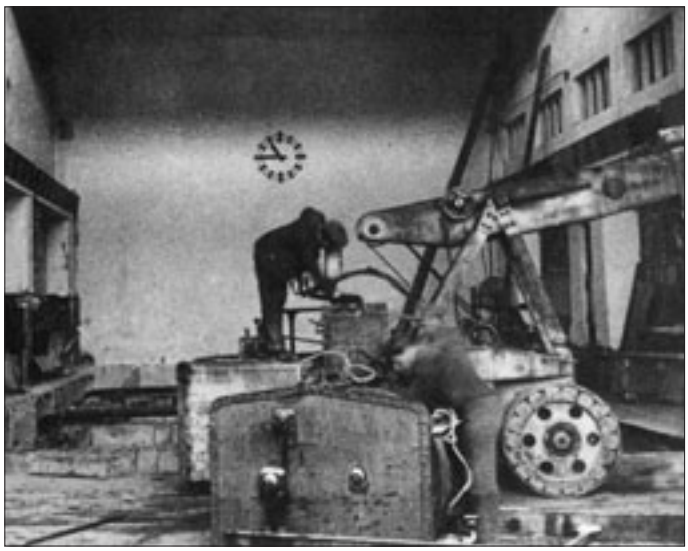
(aus: Wolfgang Lautemann/Manfred Schlenke (Hrsg.), Die Welt seit 1945, S. 576 f.)

Der amerikanische Präsident Harry S. Truman verkündete am 12. März 1947 vor dem amerikanischen Kongress den Grundsatz, dass Griechenland, der Türkei und allen „freien Völkern", die vom Kommunismus bedroht seien, amerikanische Unterstützung zugesichert werde (sog. Truman-Doktrin). Jede Nation, so Truman, müsse in Zukunft zwischen westlicher Demokratie und Kommunismus wählen – also zwischen einer Lebensweise, die sich auf den Willen der Mehrheit, freie Wahlen und Freiheit vor politischer Unterdrückung gründe, und einer Lebensweise, die auf dem Willen einer Minderheit beruhe, welcher der Mehrheit durch Terror und Unterdrückung aufgezwungen werde.

Reparationsleistungen

Reparationsleistungen aus Deutschland sollten eine Wiedergutmachung für wenigstens einen Teil der von den Deutschen angerichteten Schäden darstellen. Gleichzeitig wollten die Alliierten damit deutsche Kriegskapazitäten beseitigen. Sie vereinbarten zudem, „dem deutschen Volk genügend Mittel zu belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren". Moskau verlangte 20 Milliarden Dollar für die vier Mächte, davon zehn allein für sich. Nach westlichen Berechnungen holte sich die Sowjetunion aus ihrer Zone und später aus der DDR Werte von rund 14 Milliarden Dollar.

Neben den Demontagen griffen die Alliierten auch noch in andere Bereiche der Wirtschaft ein: In den Westzonen wurden im Zusammenhang mit der Dekartellisierung zahlreiche Großunternehmen in kleinere Betriebe aufgelöst. In der sowjetischen Besatzungszone wurden im Zuge der Entnazifizierung weitreichende Verstaatlichungen vorgenommen. Ziel war hier die Einführung einer sozialistischen Zentralplanwirtschaft nach sowjetischem Muster.



Demontage der Forschungsanstalt bei M.A.N.

Der Wiederaufbau der Wirtschaft wurde durch die Demontagen der Fabriken schwer beeinträchtigt. Während die Westmächte bereits auf den Wiederaufbau Deutschlands setzten, wurde in der sowjetischen Besatzungszone weiter demontiert.

Der Marshall-Plan

Das Vorgehen der UdSSR in Osteuropa und in ihrer Besatzungszone vergrößerte das Misstrauen der Westmächte und bewirkte eine Veränderung ihrer Deutschlandpolitik. Am 6. 9. 1946 kündigte der amerikanische Außenminister James F. Byrnes in seiner Stuttgarter Rede an, dass Deutschland nicht in ein Armenhaus verwandelt werden dürfe, und die USA dem deutschen Volk helfen würde, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt. Deutschland sollte dabei auch als Bollwerk gegen Russland dienen.

Der Verkündung der Truman-Doktrin folgte am 6. Juni 1947 eine Rede des amerikanischen Außenministers George C. Marshall an der Harvard-Universität, in der er ein „Europäisches Wiederaufbauprogramm“ (**E**uropean **R**ecovery **P**rogram = ERP) vorschlug. Damit sollte Europa finanziell geholfen werden, um die Demokratien weniger anfällig für sowjetische Einflussnahme zu machen.

Dieser so genannte „Marshall-Plan“ war dringend notwendig, weil das wirtschaftliche Überleben Westeuropas nach dem strengen Krisenwinter 1946/47 ernsthaft in Gefahr war. Der Versuch, mit der Sowjetunion zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, war zuvor auf der Moskauer Außenministerkonferenz im März und April 1947 gescheitert. Außenminister Marshall hatte daher nach seiner Rückkehr aus Moskau beschlossen, einen eigenständigen Weg zu gehen.

Politische Auflagen des Marshall-Plans

Die Hilfe der Amerikaner war mit klaren politischen Auflagen verbunden: Westeuropa sollte seine Staatshaushalte sanieren, feste Wechselkurse einführen, sich ökonomisch zusammenschließen und zugleich zum Weltmarkt öffnen. Das Geld des Marshall-Plans sollte als Anreiz dienen, „um die zögernden Regierungen auf den Pfad der Integration zu bringen“, und es sollte auch „die Währungsrisiken auffangen, die mit der Liberalisierung des Handels und des Zahlungsverkehrs verbunden waren“.
(nach Roland Bunzenthal, a.a.O.)

Tatsächlich waren Truman-Doktrin und Marshall-Plan, in den Worten von Präsident Truman, „zwei Hälften derselben Walnuss“, obwohl sich das Angebot des Marshall-Plans offiziell auch an die osteuropäischen Länder richtete. Doch die Sowjetunion, die anfänglich sogar gewillt war, im Juli 1947 an der ERP-Konferenz in Paris teilzunehmen, sprach ein Verbot für ihre Verbündeten aus, Marshall-Plan-Hilfe anzunehmen. Der sowjetische Außenminister Molotow brandmarkte den Plan als „imperialistisch“ und nannte ihn einen amerikanischen Einmischungsversuch in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Die Befürchtung, die USA könnten das ERP als Trojanisches Pferd gegen die kommunistischen Länder einsetzen, überwog offenbar die ersehnten wirtschaftlichen Vorteile. Polen und die Tschechoslowakei, die ihre Teilnahme am ERP bereits zugesagt hatten, mussten daraufhin unter sowjetischem Druck ihre Zusage wieder zurückziehen.

Am Ende blieben 16 westeuropäische Länder übrig – darunter die drei westlichen Besatzungszonen in Deutschland und die Westsektoren Berlins –, die Marshall-Plan-Hilfe erhielten. Sie schlossen sich 1948 in der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (**O**rganization for **E**uropean **E**conomic **C**ooperation = OEEC) zusammen, die die Verteilung der Hilfe organisierte. Insgesamt flossen Westeuropa bis 1952 ERP-Mittel in Höhe von rund 14 Milliarden Dollar zu, die vornehmlich dem Bezug von Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Investitionsgütern aus den USA dienten. Nach heutiger Kaufkraft gerechnet entspricht das etwa 80 Milliarden Dollar. Westdeutschland und West-Berlin erhielten 1,585 Milliarden Dollar, von denen später eine Milliarde zurückgezahlt wurde. Die letzte Rückzahlungsrate wurde 1966 von der Bundesrepublik vorzeitig überwiesen.

Die Hilfsleistungen der USA bestanden aber nicht nur aus Krediten, sondern auch aus Waren, Rohstoffen und Lebensmitteln.

Zusammensetzung der ERP-Einfuhren nach Westdeutschland (in Mio. Dollar)

Jahr	Nahrungsmittel, Futtermittel, Saaten	Industrielle Rohstoffe	Maschinen und Fahrzeuge	Frachten
1948/49	213	135	8	32
1949/50	175	212	9	29
1950/51	196	240	13	31
1951/52	76	100	8	26
1952/53	24	38	2	4
insg.	**684**	**725**	**36**	**122**

(aus: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 259, a.a.O., S. 38)

Die bereitgestellten Gelder waren ein wichtiger Impuls für den raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau der späteren Bundesrepublik Deutschland. Der Marshall-Plan, den die UdSSR für sich und die von ihr beherrschten Länder ablehnte, trug deshalb indirekt zur Spaltung Deutschlands und Europas bei.

Die Marshall-Plan-Kredite ermöglichten die wirtschaftliche Selbsthilfe. Richtfest eines mit ERP-Geldern errichteten Wohnhauses in Berlin

Währungsreform

Schon lange bevor die Alliierten Truppen das deutsche Reichsgebiet betraten, hatte man vorsorglich Besatzungsgeld mit der Jahreszahl 1944 gedruckt, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern z. B. auch für Frankreich, Italien und Japan. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs herrschten auch auf dem Gebiet der Geldversorgung chaotische Verhältnisse. Mit dem Vorrücken der Alliierten in einst von den Deutschen besetzte Länder und ins Reichsgebiet wurden teilweise die dort umlaufenden Zahlungsmittel für ungültig erklärt, umgetauscht oder gekennzeichnet. Die Bürger staunten nicht schlecht, als amerikanische Soldaten ebenso wie Rotarmisten zur Bezahlung von Waren und Dienstleistungen neue Geldscheine vorlegten, die niemand vorher gesehen hatte. Diese Scheine sahen eigenwillig gleich aus und mussten von jedem in Zahlung genommen werden. Sie gab es von einem Halbmarkschein bis zum Tausender.

Nach dem Krieg hatte sich der Notenumlauf von neun Mrd. RM auf 75 Mrd. RM erhöht. Parallel dazu ging die Produktion zurück. Dies führte zur Inflation. Da gleichzeitig von den Alliierten die Preise festgesetzt und Waren rationiert wurden, trat diese Inflation verdeckt als „schwarzer Markt“ („Zigarettenwährung“) auf. Zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft bedurfte es nun eines wichtigen Schrittes, der Einführung einer stabilen Währung.

Aber die politischen Spannungen zwischen den Besatzungsmächten machten eine einheitliche Währungsreform in ganz Deutschland unmöglich. Deshalb entschlossen sich die drei westlichen Besatzungsmächte, mit Wirkung vom 21. 6. 1948 in den drei Westzonen, die als „Währungsgebiet“ bezeichnet wurden, eine neue Währung einzuführen. Für das Saargebiet wurde die französische Währung verbindliches Zahlungsmittel, die sog. „Franzosenscheine“.

Note der Bank Deutscher Länder über 100 DM vom 9. 12. 1948, wegen des sehr dünnen französischen Papiers auch „Franzosenschein“ genannt

Aus der Reichsmark (RM) wurde die Deutsche Mark (DM). Bei den laufenden Verbindlichkeiten, den Löhnen, Gehältern und Mieten, trat 1 DM an die Stelle von 1 RM. Abgeschlossene Forderungen, Verpflichtungen, Schuldverschreibungen und Hypotheken wurden grundsätzlich im Verhältnis 10:1 umgestellt. Dabei wurde kein Unterschied zwischen Kassenbeständen und Vermögensansprüchen gemacht. Die Einführung der Deutschen Mark war also nicht mit einer echten Abwertung gleichzusetzen.

Durchführung

Mit dem Ablauf des 20. 6. 1948 verloren alle auf RM lautenden Zahlungsmittel ihre gesetzliche Zahlungskraft. Für den Aufbau des Verkehrs mit den neuen gesetzlichen Zahlungsmitteln wurden drei Wege vorgesehen:

Die Ausgabe des neuen Geldes erfolgte in mehreren Schritten. Pro Person wurden zunächst gegen Vorzeigen der Kennkarte und Lebensmittelkarte gegen Ablieferung von 60 Reichsmark nur 40 DM, dann im August nochmals 20 DM bar ausgegeben. Bald wurde das Geld wegen dieses Vorgehens auch „Kopfgeld“ genannt. Juristische Personen, Personenvereinigungen, ins Handelsregister eingetragene Kaufleute, Gewerbetreibende, Landwirte und Angehörige freier Berufe erhielten auf Antrag den sog. Geschäftsbetrag in Höhe von 60 DM je beschäftigten Arbeitnehmer, höchstens jedoch 1 DM für 1 RM des Altgeldguthabens.

Die Landeszentralbanken wurden verpflichtet, die Länder und die anderen in ihren Bereichen liegenden Gebietskörperschaften mit Zahlungsmitteln in Höhe von einem Sechstel der Ist-Einnahmen der genannten Körperschaften in der Zeit vom 1. 10. 1947 bis 31. 3. 1948 zu versehen. Die Bahn- und Postverwaltungen des Währungsgebietes wurden in der gleichen Weise unmittelbar durch die „Bank deutscher Länder“ mit Zahlungsmitteln ausgestattet.

Altgeldnoten und im Währungsgebiet gehaltene RM-Guthaben mussten bis zum 26. 6. 1946 bei einer Abwicklungsbank eingezahlt oder angemeldet werden. Dabei wurden Personen, Personenvereinigungen und Gebietskörperschaften unterschiedlich behandelt.

Nach der Währungsreform sind die Schaufenster plötzlich reich gefüllt. Bereits ein Jahr nach der Währungsreform produzierte Deutschland schon wieder fast so viel wie vor dem Krieg. Die Währungsreform hatte die Einführung der Marktwirtschaft zur Folge. Nicht mehr der Staat setzte den Preis fest, sondern die Nachfrage

Preise nach der Währungsreform:

1 Brezel oder 1 Brötchen	4 Pfennig
1 Kugel Eis	5 Pfennig
1 ganzes Brot	42 Pfennig
1 kg Kartoffel	10 Pfennig

Aufbau der Verwaltung

Nach der Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaftsstruktur kamen die Traditionen der kommunalen Selbstverwaltung aus der Zeit vor 1933 wieder auf. Vorerst jedoch arbeitete die gesamte Verwaltung im Auftrag der Militärregierung. Fast alles bedurfte der vorherigen Genehmigung. Solange der Zentralstaat und die Länder politisch nicht existierten, mussten die Kommunen auch deren Aufgaben mit übernehmen.

Die Verwaltung innerhalb der vier Zonen war unterschiedlich organisiert: In der sowjetischen Besatzungszone war die Zentralisierung am stärksten ausgeprägt. Hier verlagerte sich das Schwergewicht der Verwaltungsbefugnisse zunehmend von den Ländern auf die bereits 1945 errichteten übergeordneten Zentralverwaltungen. In der britischen Zone gab es seit Ende 1945 zentrale Zonenorgane, allerdings lediglich mit beratender Funktion. Die amerikanische Zone war durch einen früh ausgeprägten Länderföderalismus gekennzeichnet, der aber durch ein Koordinierungsgremium auf Zonenebene, durch den Länderrat, abgeschwächt wurde. Die französische Besatzungsmacht bildete den Föderalismus am stärksten aus, mit dem Ziel, die deutsche Zentralgewalt zu schwächen. Im Westen brachten vor allem frühere Politiker der Weimarer Republik ihre Erfahrungen ein. Im Osten besetzten Kommunisten Schlüsselpositionen in den Kommunen und im gesamten Staatsapparat. Die Militärregierungen übertrugen den Länderverwaltungen allmählich weitgehende Vollmachten auf dem Gebiet der gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Gewalt und schufen die Voraussetzungen für eine demokratische Legitimierung.

Erste Wahlen

Die Demokratisierung des politischen Lebens in Deutschland war eines der wichtigsten Ziele der Alliierten. Dazu sollten alle demokratischen Parteien zugelassen werden. Während Amerikaner und Briten in ihren Besatzungszonen erst im August bzw. September 1945 offiziell die Bildung von Parteien zuließen, hatten die Sowjets schnell gehandelt. Schon am 10. Juni 1945 gaben sie in einem Befehl den Weg zur Bildung demokratischer Parteien in ihrer Besatzungszone frei. In den westlichen Besatzungszonen fanden 1946/47 erste freie Wahlen statt. Verfassungen wurden in der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone durch Volksentscheid in Kraft gesetzt, in der sowjetischen Besatzungszone durch die Länderparlamente.

In der sowjetischen Besatzungszone fanden die einzigen annähernd demokratischen Wahlen im Herbst 1946 statt. In den Ländern führten die nach dem Proporzsystem durchgeführten Wahlen vom 20. Oktober 1946 zu einem für die SED enttäuschenden Ergebnis. Gerade in den Industriebezirken schnitt sie im Vergleich zu den kurz vorher durchgeführten Gemeindewahlen gegenüber den anderen Parteien schlecht ab.

In den westlichen Besatzungszonen führten die Landtagswahlen von 1946/47 zu regional sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Absolute Mehrheiten errangen lediglich die CSU in Bayern, die CDU in Württemberg-Hohenzollern und in Baden sowie die Christliche Volkspartei (CVP) im Saarland. In Berlin fanden am 20. Oktober 1946 die ersten und bis 1990 letzten freien Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin unter alliierter Aufsicht statt. Erst 1949 erfolgte die erste Bundestagswahl.

Wahlplakate der Parteien aller Besatzungszonen zu den Kommunal- und Landtagswahlen

Berufung zum Gemeinderat in Marktheidenfeld

Am 18. September 1945 trat der Marktheidenfelder Gemeinderat zu seiner ersten Sitzung nach Ende des Zweiten Weltkrieges zusammen. Freilich war es kein Gemeinderat im heutigen Sinn, denn er war nicht gewählt, sondern berufen, und das Entscheidungsrecht lag beim Bürgermeister. Von einer gemeindlichen Selbstverwaltung konnte ebenfalls keine Rede sein, hatte doch die amerikanische Siegermacht letztlich das Sagen.

Die Berufung erfolgte mit Zustimmung der amerikanischen Militärregierung auf Grund des Wahlergebnisses vom November 1932, als die letzten freien Wahlen vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten stattgefunden hatten. Entsprechend diesem Wahlergebnis wurden in Marktheidenfeld „zu Beräten berufen und verpflichtet“: [...]

Der 2. Bürgermeister [...] war bereits zu einem früheren Zeitpunkt „im Einverständnis mit der Militärregierung und dem Landrat“ berufen worden.

Als Bürgermeister amtierte, von den Amerikanern eingesetzt, seit Mitte Juni 1945 der Kaufmann Hans Kißner. Die Bildung zweier Kommissionen belegt, welche Probleme damals besonders groß waren: Das Problem, Wohnraum zu beschaffen, und das Problem, Holz als Brenn- und Baumaterial zur Verfügung zu haben. Am 27. Januar 1946 fanden die ersten freien Gemeindewahlen statt. [...]

(aus: Main-Post, 19. 9. 2005)

Entstehung der beiden deutschen Staaten

Mit der Schaffung der Bizone im Jahre 1947 zeichneten sich bereits erste Konturen eines westdeutschen Staates ab. Durch den Kalten Krieg zwischen Ost und West zerbrach die Anti-Hitler-Koalition. Dies hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Politik der jeweiligen Besatzungsmächte. Diese beschritten in ihren Besatzungszonen eigene Wege.

Die Trennung Deutschlands in zwei Verwaltungszonen geschah als Folge einer am 5. 6. 1947 in München gescheiterten Konferenz der Ministerpräsidenten der vier Besatzungszonen. Die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone waren mit dem Auftrag nach München gekommen, vornehmlich die politische Einheit Deutschlands zu diskutieren, was für die französische Besatzungszone untersagt worden war. Die von den Westalliierten besetzten Länder wollten vor allem über Wirtschaftsfragen reden. Die Außenministerkonferenzen der Alliierten brachten keine Einigung der Westalliierten mit den Sowjets in der Deutschlandfrage.

Die entscheidenden Weichen zur Gründung der Bundesrepublik wurden im Frühjahr 1948 auf einer Sechsmächtekonferenz ohne die UdSSR in London gestellt. Eine weitere „Dreimächte"-Konferenz fand am 23. 2. 1948 in Brüssel statt. Die Russen verließen die anschließende letzte gemeinsame Tagung des Alliierten Kontrollrates am 20. 3. 1948 unter Protest, weil sie nicht ausführlich über die Inhalte, Ziele und Ergebnisse der Vor-Konferenzen informiert worden waren. Damit war der Bruch zwischen den ehemals vier Alliierten vollzogen. Am 7. 6. 1948 schloss die Sechsmächtekonferenz in London mit einem Kommuniqué zur Bildung einer westdeutschen Bundesregierung. Die drei Westalliierten sowie die Benelux-Staaten einigten sich darauf, die westdeutschen Ministerpräsidenten zu autorisieren, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, welche eine Verfassung für den zu schaffenden westdeutschen Staat ausarbeiten sollte. Die Ministerpräsidenten wiesen in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass vermieden werden müsse, „die Spaltung zwischen West und Ost zu vertiefen". Sie plädierten für ein Provisorium, das einen organisatorischen Rahmen für den Bereich der Westzonen bilden sollte. Auch eine Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf lehnten die Ministerpräsidenten ab. Die Länderparlamente sollten nach ihrer Ansicht das Grundgesetz ratifizieren.

Die Bedenken gegenüber einer westdeutschen Teilstaatenbildung wurden aufgegeben, nachdem der US-Militär-Gouverneur Lucius D. Clay mit Konsequenzen für das eingeschlossene Berlin gedroht hatte. Die Ministerpräsidenten erreichten, dass das Grundgesetz nicht von einer vom Volk gewählten Nationalversammlung, sondern von einem „Parlamentarischen Rat" erarbeitet werden sollte, dessen 65 Mitglieder die Länderparlamente zu bestimmen hatten (s. S. 60).

Ein wichtiger Einschnitt im Kalten Krieg war die Einbeziehung der westdeutschen Besatzungszonen in den Marshall-Plan. Die Einführung der neuen Währung in den Westsektoren von Berlin war für die Sowjetunion der Anlass für die Berlin-Blockade. Das Aushungern der Westberliner Bevölkerung sollte die Bildung eines westdeutschen Teilstaates verhindern. Der Versuch scheiterte jedoch im Mai 1949 aufgrund der Luftbrücke und des Durchhaltewillens der Westberliner.

In der sowjetischen Besatzungszone entstand Ende 1947 die von der SED initiierte „Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden". Der aus ihr hervorgehende 1. Deutsche Volksrat erarbeitete den Entwurf für eine „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik". Der 2. Deutsche Volksrat erklärte sich am 7. 10. 1949 zur „Provisorischen Volkskammer" der DDR und setzte die schon am 19. 3. 1949 beschlossene Verfassung in Kraft. Zum Staatspräsidenten der DDR wurde der frühere KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck gewählt. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der DDR wurden nach sowjetischem Vorbild zentral durch das Politbüro des Zentralkomitees der SED gelenkt.

Kurz nach dem Beginn der Berlin-Blockade erhielten die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder von den drei Militärgouverneuren den Auftrag zur Ausarbeitung einer Verfassung. Daraufhin erarbeitete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es wurde nach Genehmigung durch die Militärgouverneure am 23. Mai 1949 feierlich verkündet (s. S. 61).

Gründung der Bundesrepublik Deutschland (23. 5. 1949)

Durch die Gründung eines Weststaates befürchteten viele westdeutsche Politiker die Trennung zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu vertiefen. Alle hatten die Einheit Deutschlands als Ziel. Deshalb beschlossen sie, nicht eine Verfassung, sondern nur ein vorläufiges „Grundgesetz" zu schaffen und bei der Staatsgründung die Einheit Deutschlands zu betonen. Die Präambel (Einleitung) des Grundgesetzes hält diesen Anspruch des neuen Staates, der Bundesrepublik Deutschland, fest (s. S. 61). Die Bundesrepublik nahm für sich in Anspruch, als einzige die Interessen des gesamten deutschen Volkes wahrzunehmen und somit auch im Namen der DDR-Bürger zu sprechen (Alleinvertretungsanspruch). Die feierliche Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland fand am 23. 5. 1949 in Bonn statt. Das Grundgesetz trat damit in Kraft. Die konstituierende Sitzung des ersten deutschen Bundestages fand am 7. 9. 1949 statt.

Gründung der DDR (7. 10. 1949)

Die Einbeziehung der sowjetischen Besatzungszone in das sowjetische Imperium wurde von 1945 an systematisch verfolgt. Schon im August 1948 wurde in der Ostzone ein Verfassungsentwurf vorgelegt und am 19. 3. 1949 gebilligt (Verfassung für eine „Deutsche Demokratische Republik"), jedoch erst am 7. 10. 1949 die DDR gegründet.

Auch sie ging auf die Spaltung Deutschlands ein und betonte ihrerseits die Einheit. Wie die deutsche Regierung beanspruchte sie als einzige die Interessen des gesamten deutschen Volkes wahrzunehmen.

Berlin-Blockade (24. 6. 1948 – 12. 5. 1949)

Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin, also inmitten der sowjetischen Besatzungszone, war der Sowjetunion ein Dorn im Auge. Sie wollte die ganze Stadt Berlin alleine beherrschen. Die Westalliierten erklärten jedoch, sich nicht aus Berlin vertreiben zu lassen. Die Berlin-Blockade hatte begonnen. Nach dem Auszug der Sowjets aus dem Alliierten Kontrollrat am 20. 3. 1948 kam es zu Behinderungen westalliierter Truppentransporte auf den Transportwegen nach Berlin. Am 20. 6. 1948 stellten die Westmächte die Währung in ihren Zonen um, nachdem die vorangegangenen Anläufe zu einer gesamtdeutschen Währungsreform gescheitert waren. Die sowjetische Antwort darauf war die Sperrung der Land- und Wasserwege, der Energie-, Wasser- und Kommunikationsleitungen zwischen den Westzonen und den Westsektoren Berlins am 24. Juni 1948. Auch zwischen dem sowjetischen Sektor und den westlichen Sektoren wurde der Güteraustausch verboten.

Landeanflug einer Douglas C-54 der US-Air-Force auf den Berliner Flughafen Tempelhof Berlin, 1948/49. Bis 1949 wurden 1 736 781 Tonnen Versorgungsgüter in 212 621 Transportflügen eingeflogen. 88 Mitglieder von Flugzeugbesatzungen kamen dabei ums Leben

Luftbrücke nach West-Berlin

Die Gegenantwort der Westmächte war eine Luftbrücke von den westlichen Besatzungszonen aus nach West-Berlin. Die Versorgung des Westteils der Stadt konnte ab dem 24. Juni 1948 nur noch durch die Luft erfolgen. Damit begann eine der größten Bravourleistungen in der Geschichte der Luftfahrt, die „Luftbrücke“. Treibende Kraft der Aktion war der amerikanische General Clay. Er beschwor nicht nur in den regelmäßigen telefonischen Konferenzen mit Washington die amerikanischen Politiker zu einer festen Haltung in Berlin. Er versprach auch dem Oberbürgermeister, Ernst Reuter, der 1947 gewählt, aber von den Sowjets nicht bestätigt und in der Amtsführung behindert worden war, dass die Westalliierten alles tun würden, um die Berliner mit Nahrungsmitteln und allem Notwendigen zu versorgen. Das eingeschlossene Berlin wurde in den folgenden Monaten (und bis zur Wiedervereinigung 1990) zum Symbol für Freiheit und Demokratie.

Während die Westmächte Protestnoten nach Moskau schickten, die Westberliner in Demonstrationen ihren Willen zum Ausharren bekundeten, perfektionierten die britische Royal Air Force und die amerikanischen Luftstreitkräfte ihre Operationen und flogen nach einem generalstabsmäßig ausgearbeiteten Plan von mehreren Flugplätzen in Westdeutschland aus ununterbrochen Lebensmittel, Kohle, Maschinen, Geräte, ja sogar ein ganzes Kraftwerk und alle anderen Güter des täglichen Bedarfs nach Berlin. Die Transportmaschinen („Rosinenbomber“) landeten im Drei-Minuten-Abstand in Berlin, wurden in aller Eile entladen und flogen zurück, um weiteres Material zu holen. Im Propagandakrieg gegen die sowjetische Seite waren die Rekorde der Luftbrücke eindrucksvolle Waffen. Am 15. 4. 1949 wurden in einer „Osterparade“ in 24 Stunden mit 1398 Flügen 12 940 Tonnen Lebensmittel und andere Güter in die belagerte Stadt geflogen. Auch die Berliner hielten durch. Sie nahmen Einschränkungen bei der Energielieferung und im Versorgungssektor hin, und wurden dafür in den täglichen Nachrichten von Rundfunk und Presse gefeiert. Im Kino zeigte die „Wochenschau“, wie tapfer findige Berliner sich durch den Alltag kämpften.

Trotzdem war die Lage in West-Berlin schlimm. Aus Energiemangel konnte nur wenig produziert werden, und auch die eindrucksvollsten Leistungen der Luftbrücke erbrachten gerade das Bedarfsminimum der 2,1 Millionen Westberliner. Die Kosten der Aktion waren enorm. Die amerikanischen und britischen Steuerzahler bezahlten zirka 200 Millionen Dollar dafür. Die

Güter wurden größtenteils aus dem Fonds des amerikanischen Hilfsprogramms GARIOA (**G**overnment **A**id and **R**elief in **O**ccupied **A**reas) finanziert; ebenso ein Teil des Berliner Haushaltsdefizits (monatlich 53 Millionen DM). Die Hauptlast trug die Bizone bzw. dann die Bundesrepublik, die mit einer Sondersteuer („Notopfer Berlin“) ab November 1948 den Widerstand Berlins gegen die sowjetische Blockade unterstützte.

Die „Rosinenbomber“ werden von den Berlinern begeistert begrüßt. Die Versorgung des gesamten Westteiles der Stadt hing von diesen Versorgungsflügen ab

Auch die politische Situation in der Stadt spitzte sich zu. Sympathisanten der SED drangen in das Magistratsgebäude in Berlin ein und griffen nichtkommunistische Stadtverordnete körperlich an. Daraufhin zogen am 6. 9. 1948 die Abgeordneten des Berliner Westsektors aus dem (in Ost-Berlin gelegenen) Neuen Rathaus aus. Auf Anordnung der Sowjets zog sich die SED nach Ost-Berlin zurück und wählte dort ihren eigenen Magistrat (Verwaltung). Die politische Spaltung Berlins war damit vollzogen. Am 30. 11. 1948 wurde Friedrich Ebert (Sohn des früheren Reichspräsidenten) durch eine Delegiertenversammlung zum Oberbürgermeister Ost-Berlins gewählt. Die Westalliierten brachten den Streit um Berlin vor den UN-Sicherheitsrat, der von der UdSSR mit Vetos und Auszug blockiert wurde.

Das Ende der Blockade

Diese Auseinandersetzung zwischen USA und UdSSR war einer der Höhepunkte im „Kalten Krieg“. Das Ansehen der Sowjetunion verringerte sich zunehmend und die westeuropäischen Staaten schlossen sich immer enger um die USA zusammen, was zur Gründung der NATO am 4. 4. 1949 führte. Der westdeutsche Staat nahm zunehmend Gestalt an. Die westdeutschen Politiker sahen es als notwendig an, ein Gegengewicht zu den kommunistischen Ländern zu bilden, selbst wenn das die Teilung Deutschlands vertiefte. Durch Vermittlung der Vereinten Nationen (UNO) kam es im Mai 1949 zum New Yorker Abkommen der vier Mächte. Durch diesen Vertrag wurde die Blockade am 12. 5. 1949, also elf Monate nach ihrem Beginn, beendet. Der Zugang nach Berlin war wieder frei.

Begriffe aus dieser Zeit:

Kalter Krieg: Der Begriff „Kalter Krieg“ entstand 1946. Er bezog sich auf die zwischen Ost und West (Ost-West-Konflikt) aufkommenden Spannungen über die Entwicklung der befreiten Länder. Wie in der sowjetisch besetzten Zone brachte die UdSSR in ganz Osteuropa völlig von ihr abhängige kommunistische Parteien an die Macht, die sich kaum auf den Rückhalt bei den Wählern stützen konnten.

Satellitenstaaten: Der Sowjetunion nach Westen vorgelagerte Staaten des Ostblocks. Sie standen unter dem Einfluss der Sowjetunion, waren von ihr abhängig und wurden von ihr gelenkt.

Eiserner Vorhang: Die militärisch bewachten Grenzen der Ostblockländer zu den westlichen Ländern.

Notopfer Berlin

Vom Zweiten Weltkrieg und den politischen Verwicklungen danach (Blockade, Konfrontation der Siegermächte u. a.) besonders betroffen, brauchte West-Berlin finanzielle Hilfe. Im April 1949 beschloss daher der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets der Westzonen die Einführung eines „Notopfer Berlin“, das bis 1956 von allen Einkommensteuer- und bis 1957 von allen Körperschaftssteuerpflichtigen erhoben wurde. Eigentlich nur für wenige Monate geplant, erwies sich auch das Notopfer Berlin als äußerst langlebig. Bis 1956 war zudem auf alle außerhalb Berlins aufgegebenen Postsendungen eine blaue rechteckige 2-Pfennig-Steuermarke „Notopfer Berlin“ zu kleben, deren Erlös der ehemaligen Hauptstadt zugute kam.

Zur finanziellen Unterstützung der Luftbrücke nach Berlin wurde das „Notopfer Berlin“ mit einer 2-Pfennig-Briefmarke erhoben

Die Pflichtmarke wurde zum Bestseller. Rund 23 Milliarden Mal wurde sie verklebt und brachte 430 Millionen Mark in die Kassen der Not leidenden Frontstadt des Kalten Krieges. Weiteres Geld für die Berlin-Hilfe brachte eine Sondersteuer, die zusammen mit dem Zusatzporto Gesetz wurde. Für je 100 Mark Monatseinkommen waren 60 Pfennig für Berlin fällig, bei Besserverdienenden eine Mark. Erst 1956 fielen die Briefmarkensteuer und der Solidaritätszuschlag weg, Unternehmen mussten sogar noch bis Ende 1957 ein Notopfer Berlin zahlen. Doch auch danach hing die Stadt noch jahrzehntelang finanziell am Tropf der Bundesrepublik. Großzügige Investitionsförderung, Steuernachlässe und Arbeitnehmerzulagen sollten Firmen und Menschen an die Spree locken. Nach der Wiedervereinigung schmolzen die Subventionen dahin.

Der Parlamentarische Rat

Den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder wurden am 1. 7. 1948 von den Militärgouverneuren die „Frankfurter Dokumente“ übergeben, die unter anderem die Aufforderung zur Ausarbeitung einer Verfassung enthielten. Auf einer Konferenz im Hotel „Rittersturz“ bei Koblenz beschlossen die Ministerpräsidenten zehn Tage später, dieser Aufforderung nachzukommen, doch statt eines regulären Staates nur ein Provisorium zu gründen, um die deutsche Teilung nicht weiter zu vertiefen. Sie lehnten auch den Begriff „Verfassung“ ab und schlugen stattdessen ein Grundgesetz vor, das auch nicht von einer verfassunggebenden Versammlung, sondern lediglich durch einen Parlamentarischen Rat entworfen werden sollte. Auf der Insel Herrenchiemsee erarbeitete dann im August 1948 ein von den Ministerpräsidenten berufener Ausschuss „Richtlinien für ein Grundgesetz“.

Parlamentarischer Rat

Der Parlamentarische Rat, der ab Anfang 1948 in Bonn tagte, setzte sich zum Ziel, einen Rechtsstaat in Deutschland zu schaffen und eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Muster zu errichten. Man stimmte darin überein, dass man „Lehren aus Weimar“ (= Weimarer Verfassung) ziehen wollte, das den Untergang der ersten deutschen Demokratie begünstigt hatte.

Am 1. September 1948 trat in Bonn der Parlamentarische Rat zusammen. Seine 65 stimmberechtigten Mitglieder waren vorher von den Länderparlamenten der drei westlichen Besatzungszonen gewählt worden. CDU/CSU und SPD stellten je 27 Abgeordnete, die FDP fünf, DP, KPD und Zentrum je zwei Delegierte. Die fünf Abgeordneten aus den Westsektoren Berlins hatten nur beratende Stimme.

Der Verfassungskonvent der Länder der drei Westzonen trat am 10. 8. 1948 im alten Schloss auf der Insel Herrenchiemsee zusammen, um über Verfassungsprobleme des neu zu gründenden Staates zu beraten. Der bayerische Staatsminister Anton Pfeiffer eröffnete die Versammlung

Die Erfahrung mit dem „Dritten Reich“ prägte die Debatten des Parlamentarischen Rates. Die Drohungen des Totalitarismus sollten für immer gebannt und die Fehler der Weimarer Verfassung vermieden werden. Umstritten waren besonders die Machtverteilung zwischen Bund und Ländern sowie die Finanzverfassung. Nach mehrfachen Korrekturen durch die Besatzungsmächte konnte der Entwurf des Parlamentarischen Rates dann am 8. 5. 1949 in dritter Lesung verabschiedet werden.

Entscheidenden Anteil an der Ausarbeitung des Grundgesetzes hatte Carlo Schmid (SPD), der Vorsitzende des Hauptausschusses. Präsident des Parlamentarischen Rates war Konrad Adenauer (CDU). Auch der spätere Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) gehörte dem Gremium an. Am 12. 4. 1949 stimmten dann die Ministerpräsidenten in Bonn dem von den Westalliierten am 8. 4. 1949 vorgelegten Besatzungsstatut als Voraussetzung für die Gewährung der künftigen westdeutschen Teilsouveränität zu.

Am 8. Mai 1949 stimmte der Parlamentarische Rat mit 53 gegen zwölf Stimmen dem Grundgesetz für den neuen westdeutschen Bundesstaat zu. In der ersten Reihe Prof. Carlo Schmid (Mitte) und Prof. Theodor Heuss (rechts), der spätere erste Bundespräsident

Nach dem Besatzungsstatut lag die oberste Regierungsgewalt praktisch bei den westlichen Alliierten, die sich Sonderbefugnisse in wichtigen Bereichen vorbehalten hatten (Abrüstung, Militarisierung, Ruhrkontrolle, Demontage und Entflechtung der Großindustrie, auswärtige Angelegenheiten und Außenwirtschaft). Der junge Staat war jedoch auch nach der Verabschiedung des Grundgesetzes noch unter Vormundschaft der Alliierten Hohen Kommission, die im September 1949 an Stelle der Militärgouverneure getreten war. Gesetze traten nur in Kraft, wenn die Besatzungsmächte keine Einwände erhoben. Sie konnten die Regierungsgewalt jederzeit aus „Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung“ in Deutschland übernehmen.

Mit dem Besatzungsstatut wurde die direkte Militärregierung der westlichen Besatzungsmächte beendet. Die politischen Kontrollbefugnisse wurden auf die Alliierten Hohen Kommissare John J. McCloy (USA), André Francois-Poncet (Frankreich) und Sir Brian Robertson (Großbritannien) übertragen. Das Grundgesetz wurde am 8. 5. 1949 mit 53 gegen zwölf Stimmen von den Abgeordneten des Parlamentarischen Rats angenommen. Die Besatzungsmächte und die Länderparlamente, mit Ausnahme Bayerns, stimmten ebenso zu. Da jedoch zwei Drittel der Länder zur Annahme des Grundgesetzes ausreichten, trat es auch in Bayern in Kraft. Am 23. 5. 1949 wurde es in Bonn feierlich verkündet und unterzeichnet. Einen Tag darauf trat es in Kraft.

Das Grundgesetz

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Bonn, 23. Mai 1949

Aus der Präambel des GG: *„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern [...] um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, [...] dieses Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. [...]“*

In den Fragen nach dem Freiraum der Landespolitik und über die Rolle und das Gewicht der Länder in Angelegenheiten der Bundespolitik hatte es sowohl innerhalb des Parlamentarischen Rats, als auch zwischen der deutschen Seite und den Alliierten Konflikte gegeben. Grundsätzlich einigte man sich auf eine Stärkung der Rechte der Ländervertretung.

Konrad Adenauer

geb. am 1. 5. 1876 in Köln
gest. am 19. 4. 1967 in Bad Honnef-Rhöndorf bei Bonn

Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, unterzeichnet das Grundgesetz

Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, war zunächst Rechtsanwalt und später Oberbürgermeister von Köln. 1933 wurde er entlassen, vorzeitig pensioniert und 1944 im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 vorübergehend in Haft genommen. Nach 1945 war er kurze Zeit erneut Oberbürgermeister und trat der CDU bei. 1948/49 war er Präsident des Parlamentarischen Rates. Im September 1949 wurde er zum ersten Bundeskanzler gewählt. Während seiner Kanzlerzeit trug er auf entscheidende Weise zur Wiedererlangung der Souveränität Westdeutschlands, zur Aussöhnung mit Frankreich und zum Ausbau der sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard bei. Zugleich vollzog er im Zuge des Kalten Krieges mit nachhaltiger Wirkung die Verankerung der jungen Bundesrepublik im westlichen Wirtschafts- und Verteidigungsbündnis. Dem Blockdenken der Zeit verhaftet, stellte Adenauer somit ungewollt auch die Weichen für die Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

Grundgesetz und Weimarer Verfassung

Das Grundgesetz hat verschiedene Wurzeln: Es fußt auf politischen Traditionen und Ideen des 19. Jahrhunderts und zieht die Konsequenzen aus dem Scheitern der Weimarer Republik. Wie in der Weimarer Verfassung werden im Grundgesetz individuelle Freiheit und politische Mitwirkung garantiert. Neu ist, dass die Grundrechte als vorstaatliche Menschenrechte angesehen werden, die unter den Schutz einer Verfassungsgerichtsbarkeit gestellt sind.

Das 1951 geschaffene Bundesverfassungsgericht wird zum „Hüter der Verfassung“. In der Weimarer Republik war der Schutz der Verfassung höchstens indirekt über den Art. 48 (Notstandsparagraph, Reichsexekution) möglich; prinzipiell konnten alle Artikel mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden.

Die Rechte des Staatsoberhaupts (des Bundespräsidenten) werden deutlich beschnitten. Dieser wird nicht mehr direkt vom Volk, sondern von der „Bundesversammlung“ gewählt, die je zur Hälfte aus Mitgliedern des Bundestags und aus Abgeordneten der Länderparlamente besteht.

Die Stellung des Kanzlers und seiner Regierung wird gestärkt. Die Entscheidung über seine Wahl (oder Abwahl) liegt allein beim Parlament. Über das Instrument des „konstruktiven Misstrauensvotums“ kann er nur dann zum Rücktritt gezwungen werden, wenn sich gleichzeitig eine parlamentarische Mehrheit für einen neuen Kanzler findet. Diese Regelung festigt die Position des Kanzlers gegenüber dem Parlament. Der Kanzler hat außerdem das Recht, Minister zu ernennen und zu entlassen. Er legt die Zuständigkeiten eines jeden Ressorts fest und bestimmt generell die „Richtlinien der Politik“.

Während der Weimarer Republik war die Stellung der Regierung wegen der Möglichkeit eines „einfachen Misstrauensvotums“ durch das Parlament relativ schwach.

Das Parlament bekommt zu seiner traditionellen Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion noch die Möglichkeit, den Kanzler zu bestimmen. Die Regierung muss sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen.

Dem Bundesrat, dem Organ für die Vertretung der Länder, wird in bestimmten Fragen (vor allem in Fragen der Steuererhebung und der Steuerverteilung) ein Mitspracherecht an der Gesetzgebung des Bundes eingeräumt.

Literaturverzeichnis

Aden Gerhard, Oh, Deutschland hoch in Ehren. Ein enttäuschtes politisches Leben, Essen, 2004

Beitz Christoph, Schicksale: 1945 – Ende und Anfang, München, 1995

Beitz Christoph, Lebenszeichen. Feldpostbriefe erzählen ..., München, 2003

Bode Sabine, Die vergessene Generation – Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen, München, 2005

Boenke Susan und von Zwehl Konrad, Angesichts der Trümmerfelder ..., Haus der Bayr. Geschichte, München 1989

Bonkat Maurice, et al., Krieg ist nicht an einem Tag vorbei, Pößneck, 2005

Bulitta Erich und Hildegard, Trauer, Erinnerung, Mahnung – Grundlagen und Materialien für einen zeitgemäßen Volkstrauertag, München, 2002

Bulitta Erich und Hildegard, Privatarchiv

Bunzenthal Roland, 50 Jahre Marshall-Plan – Mythos und Motor der Marktwirtschaft. In: Frankfurter Rundschau vom 31. 5. 1997

Burgdorff Stephan / Habbe Christian, Als Feuer vom Himmel fiel – Der Bombenkrieg in Deutschland, Bonn, 2004

Conrad Willi, Warum ich? Gedanken über den Irrsinn des Krieges, Kerpen, 2003

Dehning Hans Jürgen, Meine sieben bitteren Jahre. Soldat in Russland und Kriegsgefangener in Jugoslawien (1942 – 1949), Bremen, 2003

Dollinger Hans, Kain, wo ist dein Bruder? – Was der Mensch im Zweiten Weltkrieg erleiden musste – dokumentiert in Tagebüchern und Briefen, München, 1984

Dörr Margarete, Wer die Zeit nicht miterlebt hat ... Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, Augsburg, 2001

Eicher Eduard, Neunundvierzig Monate – In russischer Kriegsgefangenschaft Mai 1945 bis Juni 1949, Neumarkt - St. Veit, 2004

Ermann Michael, Wir Kriegskinder, Vortrag im Südwestrundfunk im November 2003

Fausten Heinz Otto, Wir haben uns die Zeit nicht ausgesucht, Melsungen, 2002

Fehrmann Brigitte, Kriegskinder brechen jetzt ihr Schweigen. In: Wiesbadener Kurier, 12. 3. 2005

Fenske H., Wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen in den Familien von Gefallenen, Vermissten und Gefangenen. In: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Hg.), Die falsche Rechnung: Was bringt der Krieg ein? LV Baden-Württemberg, Schriftenreihe H 7, Freiburg, 1987

Fürstenau Justus, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied, 1969

GEO Epoche, Kriegsende 1945, Hamburg, 2005

Hoffend Andrea, Die Stunde Null und die Frauen, Bad Boll, 2005

Horbelt Rainer und Sonja Spindler, Wie wir hamsterten, hungerten und überlebten, Frankfurt/Main, 1983

Horbelt Rainer und Sonja Spindler, Tante Linas Kriegs-Kochbuch, Reinbek, 1985

Informationen zur politischen Bildung, Nr. 259, Bonn, 1998

Jarausch Konrad, Die Umkehr – Deutsche Wandlungen 1945–1995, München, 2004

Jering Karl, Überleben und Neubeginn, München/Wien, 1979

Kahlmann Günter, Prisonnier de Guerre N° 538899. Als Kriegsgefangener bei Amerikanern und Franzosen, Gevelsberg, 2002

Kammerer Anja und Willi, Narben bleiben – Die Arbeit der Suchdienste – 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, Pößneck, 2005

Kammerer Willi, Dienst am Menschen – Dienst am Frieden, Gütersloh, 1994

Kent Martha, Eine Porzellanscherbe im Graben: Eine deutsche Flüchtlingskindheit, Bern, 2003

Kleßmann Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1995, Bonn, 1986

Larbig Hans-Dieter (Hrsg.), Der Erinnerung bittere Seiten. Berichte aus Krieg und Gefangenschaft 60 Jahre nach Stalingrad, Neuhof/Fulda, 2004

Lautemann Wolfgang/Schlenke Manfred (Hrsg.), Die Welt seit 1945, München, 2002

Leisgang Joachim, Paschen Christine, Lang Georg, Krieg – Heimatverlust – Neubeginn, München, 1997

Lützkendorf Hans, Lasst uns an ihren Gräbern stehen, Kassel, 2002

März Peter, Dokumente zu Deutschland 1944–1994, München, 2000

Meister Rudolf, ... aber ich wollte wieder nach Hause. Bericht über meine Gefangenschaft in Stalingrad 1944–1949, Berlin, 2004

Meyer-Krahmer Marianne, Aus der Sippenhaft in eine ungewisse Freiheit. In: Die Stunde Null. Erinnerungen an Kriegsende und Neuanfang, Stuttgart, 1995

Michling Hubertus, Kriegsgefangenschaft in Frankreich 1945–1948, Hoyerswerda, 2004

Müller Artur, Geschichte(n) für meine Enkel. Kriegs- und Nachkriegsjahre – Kindertage auf dem Land, Suderburg-Holxen, 2004

Müller Helmut, Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn, 1990

Overmanns Rüdiger, Deutsche militärische Verluste im II. Weltkrieg – Beiträge zur Militärgeschichte, München, 2004

Pieper-Clever Monika, ... damit die Erinnerung bleibt, Lennestadt, 2002

Polm Rita, ... neben dem Mann die andere Hälfte eines Ganzen zu sein?!. Junge Frauen in der Nachkriegszeit, Münster, 1990

Radebold Hartmut, Abwesende Väter und Kriegskindheit – Fortbestehende Folgen in Psychoanalysen, Göttingen, 2004

Remmers Wolfgang, Deutsche Dienststelle (WASt) 1939–1999, 60 Jahre im Namen des Völkerrechts, Berlin, 1999

Renger Annemarie, Die Trümmer in den Köpfen der Menschen. In: Hoffend Andrea, Die Stunde Null und die Frauen, Bad Boll, 2005

Saalfeld, Lerke von, Wer die Zeit nicht erlebt hat – Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, Deutschlandfunk 2005

Schlink Bernhard, Der Vorleser, Zürich, 1997

Schulze Hagen (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bonn, 2005

Schumann Robert, Großbritannien – Kanada – Großbritannien. In britischer Gefangenschaft 1942–1947, Hiddenhausen, 2004

Schuster Elisabeth (Hrsg.), Reite Schritt, Schnitter Tod! – Leben und Sterben im Speziallager Nr. 1 des NKWD Mühlberg/Elbe, Pößneck, 2004

Seidler, C., Lange Schatten – Die Kinder der Kriegskinder kommen in die Psychoanalyse. In: Radebold, H. (Hg.), Kindheit im II. Weltkrieg und ihre Folgen. Psychosozial 26: 73–80

Seiwert Irene, Die Türme stehen noch. Schulzeit, Kinderlandverschickung und Familienschicksal 1940–1945, Köln, 2005

Späth Bernd, Trümmerkind, Bergisch-Gladbach, 2004

Szlosze Joachim, Die Menschlichkeit stirbt nicht. Bericht eines Kriegsgefangenen aus Sibirien und der Ukraine, Gotha, 2002

Trapp Dorothea, Das Inferno. Meine Flucht aus Pommern, Bad Zwischenahn, 2002

Traupe Albert, Von der Elbe zu den Hungerlagern am Rhein, Einbeck, 2004

Vaccaro Tony, Entering Germany 1944–1949, Köln, 2001

Veitshans Helmut, Kriegsgräber Online-Spurensuche im Internet, Kassel, 2004

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge:
Vergessen wird, wer sie vergisst, München, 1979
Arbeitsbilanz 2004, Kassel, 2005

Weinbach Adalbert, Leben und Überleben in schwerer Zeit. Krieg, Gefangenschaft und Neubeginn, Wilflingen, 2002

Wildenhain Johannes, Anpassen oder widerstehen? Eine Überlebensfrage, Berlin, 2004

Wipperman Wolfgang. Die Bedeutung des 8. Mai 1945, in www6.dw-world.de/de/zweiterweltkrieg.php

Internetadressen:
www.volksbund.de
www.kriegskinder.de
www6.dw-world.de/de/zweiterweltkrieg.php
www.br-online.de

© 2006
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Landesverband Bayern
Maillingerstraße 24, 80636 München
Telefon: (0 89) 18 80 77, Telefax: (0 89) 18 66 70
E-Mail: volksbund.bay@t-online.de
Internet: www.volksbund.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Gerd Krause, Landesgeschäftsführer

Gestaltung:
Erich und Hildegard Bulitta

Gesamtherstellung:
Mediengruppe Universal, Kirschstraße 16, 80999 München

Hinweis:
Für den Fall, dass Rechtsinhaber nicht feststellbar waren, werden diese gebeten, sich an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Bayern, zu wenden. Berechtigte Ansprüche werden im üblichen Rahmen abgegolten.

Die Jugendbegegnungsstätten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

JBS Ysselsteyn
Niederlande

Jugendhaus Futa-Pass
Italien

Fremde werden Freunde

Ihr Ansprechpartner für die JBS:

Herr Hans-Dieter Heine
Bundesjugendreferent
Werner-Hilpert-Str. 2
34112 Kassel

Telefon: 0561 / 7009-114 Fax: -295
E-Mail: jbs@volksbund.de
Internet: www.volksbund.de

JBS Albert-Schweitzer
Niederbronn-les-Bains, Frankreich

Lernen ohne Klassenzimmer

JBS Golm (Insel Usedom)
Deutschland

Länder, Leute & Geschichte erleben

JBS Lommel
Belgien